

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis halbjährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Illustration Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erkaltet täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgeheilte Kolonnenzeile oder deren Raum 40 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 25 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (eingedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 28. Juni 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

### Ein Gefinnungs-Dekret.

Das Recht zu brechen heißt unter Umständen einen revolutionären Fortschritt der Geschichte erzwingen. Ein solcher Rechtsbruch bedeutet die Schöpfung neuen Rechts und hebt so wenig den Begriff des Rechts, die Ehrfurcht vor der Rechtsidee auf, daß er vielmehr die Anerkennung und Förderung des höheren und höchsten Rechts bedeutet. Dagegen heißt das Recht biegen alles Recht aufheben, das Rechtsprinzip in seinem innersten Wesen verhöhnen und ertöten. Im revolutionären Rechtsbruch triumphiert das Recht, in der Rechtsbeugung stirbt das Recht.

Die heutige preussische Verfassung ist aus Rechtsbrüchen hervorgegangen, nicht aus revolutionären, sondern aus reaktionären, nicht aus kulturellen Erfolgen, nicht aus vollmächtiger Notwehr, sondern aus Staatsstreichen einer geschichtlich überwindenen herrschenden Macht. Insofern kann man in diesen Rechtsbrüchen nicht die Anerkennung höheren und besseren Rechts finden. Dennoch wohnt selbst in diesen gewaltthätigen Ausschreitungen der Kontorrevolution noch eine Art von Rechtsgefühl, wenn es auch nur das Recht einer vermoderten Vergangenheit ist. Aber gegenüber der heutigen „gesetzlichen“ Politik der preussischen Regierung und der konterrevolutionären national-liberalen Dreiklassen-Mehrheit ist jene alte Staatsrechts-Vera noch Recht und Gerechtigkeit strengster Auffassung. Denn heute beugt man das Gesetz. Zu feige, um offen zu erklären, daß Grundrechte und Verfassung je nach den Launen der herrschenden Politik gebrochen werden müssen, erklärt man in widerwärtiger, die Rechtschaffenheit selbst in der Wurzel zerstörender Verlogenheit, im Namen des Gesetzes, der Gerechtigkeit, der Verfassung das anarchische Spiel mit dem Recht als — Recht. Man beugt und beugt das Gesetz, um dem Jugendsinn sich zu entziehen, daß man die Grundrechte des modernen Staates im Interesse einer augenblicklichen „Staatsraison“, welche die Vernunft des Wahnsinns ist, in die Luft sprengt.

Das preussische Kontraktbruchgesetz und die Ansiedelungsvorlage sind Zeugen dieses tiefsten politischen und sittlichen Verfalls einer reaktionären Sippe, die ihre Ueberfälle meuchlerisch aus dem Hinterhalt unternimmt und nicht einmal den Mut ihrer Frevler hat. Wie man bei dem Kontraktbruchgesetz log, daß das Gesetz sich keineswegs gegen die Arbeiter richte, sondern nur gegen die Arbeitgeber, so wird bei der Ansiedelungsvorlage in einem wüsten Gegeneinander der Rechtsverdrängung und Begriffsverwirrung immer wieder versucht, nachzuweisen, daß dieses ungeheuerliche Ausnahmengesetz, das in Kulturstaaten nicht seinesgleichen hat, nicht den leisesten Verstoß gegen Verfassung und Recht Preußens wie des Reichs enthalte. Kein normaler Mensch glaubt natürlich diesen feig-frechen Unsin, die Ueberzeugung von der Rechtmäßigkeit der Ansiedelungsvorlage ist etwa so echt wie seiner Zeit der Monarchismus des Dr. Leo Leipziger. Aber je ärger die Unrechtheit ist, um so lauter brüllt man seine „Ueberzeugung“, in die Welt. Und in solchem frechen Spiel mit dem Recht geht dann alles Rechtsbewußtsein überhaupt unter. Die Regel eines Terroristen tötet nur die Verhöhnung eines als Unrecht empfundenen Systems. Die Dehnung und Anstetung des Rechts unter scheinheiliger Berufung auf Recht und Gesetz ist der terroristische Umsturz je glücklicher Rechtsstaates, die brutale Herrschaft der Willkür in der ekelhaften Form der Rechts-Tarntaffel.

Die Ansiedelungsvorlage, deren zweite Beratung am Montag im preussischen Abgeordnetenhaus begann, nachdem die Herren von Hammerstein, Rheinboden und Schönstedt sogar ein paar Tage vor der Kieler Negativa geopfert, ist schlechterdings unvereinbar mit dem Grundrecht jedes modernen Staates, daß der Erwerb von Grundbesitz und der Ansiedelung gleichermäßen das Recht jedes Staatsbürgers ist und nur a l l g e m e i n - polizeilichen Beschränkungen unterworfen werden kann, die unabhängig von der Person sind. Es ist also selbstverständlich, daß dieses Recht sowohl in der preussischen Verfassung wie durch die Reichsgesetzgebung gewährleistet ist. Die im Artikel 4 der preussischen Verfassung ausgesprochene Gleichheit vor dem Gesetz bezieht sich nicht zuletzt gerade auf das Grundrecht des Eigentumsvertrags und der Ansiedelung. Wenn wir heute lesen würden, daß der böhmische Landtag die Ansiedelung der Deutschen verboten habe, so würde namentlich bei den Deutsch-Rationalen ein Wunsch der Enttäuschung über diese Schamlosigkeit sich erheben. Würde die brasilianische Regierung den deutschen Einwanderern die Ansiedelung verweigern, so würden unsere Rationalen sofort die Mobilisierung der deutschen Flotte fordern, obwohl es sich in diesem Fall doch nicht um Staatsbürger des eignen Landes handelt, sondern um Ausländer. Mit Recht hat ein Centrumsblatt hervorgehoben, daß nicht einmal die Politik Rußlands in Simland derartige Ausnahmengesetze gemacht hat. Ja, selbst die Skotto-Politik des Mittelalters ist noch human und modern gegenüber dieser preussischen Gesetzesmacherei, die einem bestimmten Teil der Staatsbürger die Ansiedelung überhaupt unmöglich machen will. Die Ansiedelungsvorlage verurteilt die Polen — insbesondere das polnische Proletariat — dieses erste Urteil, das der „Vorwärts“ sofort beim Bekanntwerden des Entwurfes fällte, charakterisiert die Aktion am schärfsten — zum „bürgerlichen Tode“. Der bürgerliche Tod war die äußerste Strafe, mit der in barbarischen Zeiten die schwersten Verbrechen geahndet wurde; er bedeutete das völlige Erlöschen aller bürgerlichen Rechtsfähigkeit, also insbesondere auch des Rechts des Eigentumsvertrags. Die preussische Verfassung hebt diese mittelalterliche Strafe noch ausdrücklich auf. Sie gewinnt Gestalt in der jetzigen Ansiedelungsvorlage, die den Polen die Ansiedelung unmöglich machen will, weil sie Polen sind.

„Weil sie Polen sind“ — nein, diese Auffassung ist noch viel zu günstig, viel zu wohlwollend. In den bestimmungslosen Bemühungen, den Entwurf als verfassungsmäßig zu beweisen, hat der kluge Minister v. Hammerstein am Montag seinem Gesetz eine Tendenz

zugeschrieben, die noch viel gemeingefährlicher, viel rechtvermindernder ist, als wenn es sich um ein Ausnahmengesetz gegen die Polen schlicht hin handeln würde. Gewiß, so krächzte Herr v. Hammerstein, das gebe er zu, diese Vorlage richte sich leider auch gegen einen Teil der preussischen Staatsbürger, aber nicht gegen die Polen als solche, sondern nur gegen die Polen, die keine guten Preußen sind.

Das Wort erhellt bligartig die Gefinnungen und Tendenzen des herrschenden Preußens. Ein Ausnahmengesetz gegen die Polen ist immer noch eine gewisse Rechtschaffenheit, was den betroffenen Personenkreis anlangt. Herr v. Hammerstein aber will nur die Gesinnung strafen. Damit wird das Ausnahmengesetz zugleich als das Verneinung zur absoluten, saarabischen Willkür gesteigert. Die Verfassung zwar heischt Gleichheit vor dem Gesetze. Die preussische Regierung macht die Zuerkennung oder Aberkennung abhängig von der Gefinnung, die so fein muß, wie es gerade einem jeweiligen Minister paßt.

Prellisch, wie wissen es längst, der juristische Verfassungsgrundsatz von der Gleichheit vor dem Gesetze sieht nur auf dem Papier. Auf dem Verwaltungswege hat man stets Unterschiede gemacht: Nach Parteizugehörigkeit, Konfession, ja selbst nach der durch die Verfassung noch ausdrücklich ausgeschalteten standesgemäßen Geburt. Auch das haben wir ja hören müssen, daß für die preussische Justiz es nicht dasselbe sei, wenn zwei dasselbe thun. Aber das waren doch nur verstoßene Verneinung, Frevler der Praxis, die man in der Theorie leugnete und abschwor. Das ist der bedeutsame „Fortschritt“ in der Ansiedelungsvorlage, wie sie Herr v. Hammerstein interpretiert hat: Jeder Preuze ist ja nach seiner Gefinnung vor dem Gesetze ungleich. Die Bahn ist frei, das staatsbürgerliche Recht nach saarabischem Muster in patriarchalische Willkür aufzulösen und zu vernichten. Was heute den „schlechten“ Polen begegnet, kann morgen den „schlechten“ Arbeitern, den „revolutionären“ Juden oder den jüdischen Großhändlern „von Rechts wegen“ zugefügt werden.

Mag immer die Ansiedelungsvorlage sich den Gesetzentwurf — kraft der Uebermacht einer rechtsverdrängenden Parlamentsmehrheit — erzwingen, er bleibt immer für das gesunde Rechtsbewußtsein nur ein gefehltes Dekret, das Gefinnungen — seien es nun wirkliche oder nur fälschlich behauptete, das ist für die Sache ganz gleichgültig — nach der Laune einer Augenblickspolitik mit Entziehung eines der wesentlichsten Grundrechte des modernen Staates bestraft. Das Gefinnungsdekret heiße immer Gesetz; Recht wird es nie sein, sondern nur ein beispielloses Denkmal reaktionärer Rechtsverwilderung.

Ein volles Haus, eine Zuhörerhaft, die sich auf den Tribünen dicht drängte, zeigte das Interesse, das die zweite Beratung der Ansiedelungsvorlage erweckt hat. Es herrschte eine lebhafte Stimmung, die wiederholt sich in stürmischen Wettkämpfen des Beifalls und des Protestes äußerte.

Anfangs schien es, als ob die Polen Obstruktion treiben wollten. Die Polen verlangten in einer weitgesponnenen Geschäftsordnungsdebatte die Zurückverweisung der Vorlage an die Kommission. In der That wäre niemals eine Obstruktion moralisch und politisch so gerechtfertigt wie dieser Durchbrechung eines Gewaltaktes gegenüber. Aber man brauchte dann keine geschäftsordnungsmäßigen Mittel mehr, so daß schon heute die Debatte über den entscheidenden § 13b durch die Mehrheit geschlossen werden konnte.

Moeren vom Centrum, der Pole v. Dziembowski, der freisinnige Träger geistelten in temperamentvollen und scharfen, unwiderleglichen Darlegungen noch einmal die Verfassungswidrigkeit, die politische Unvernunft und die wirtschaftliche Bedenklichkeit des Entwurfs. Die Politik der Mehrheit ward kompromittiert durch die juristischen Berenlungen des Rationalen liberalen Glagel, durch eine Hurra- und Hussa-Rede des zu allem fähigen Herrn v. Jeddy, der am Schluß seine deutsch-nationale Gefinnung so laut brüllte, daß sein Gesicht sogar rot zu werden verstand, und durch den „Praktiker“ Ties, der sich auch national-liberal nennt, und der mit der furchtbaren Drohung die in dieser Hinsicht sehr verständnisvollen polnischen Magnaten belustigte, die Deutschen würden schließlich keine polnischen Arbeiter mehr beschäftigen: Ach, als Lohnbrüder liebt der deutscheste Agrarier und Industriebauer die Polen weit mehr als die deutschen Proletarier! Herrn Schönstedts „juristische“ Darlegungen blieben zum Glück unverständlich.

Wenn die Sozialdemokratie nicht principuell die Grundrechte des modernen Staates, insbesondere die Rechtsgleichheit verteidigen würde, wenn sie allein ihren parteipolitischen Interessen folgte, so könnte sie mit dieser Aktion des herrschenden Preußens ganz außerordentlich zufrieden sein. Nicht nur daß die polnischen Kleinbauern durch diese Maßnahme notwendig ins Industrie- und Handelsproletariat gedrängt und damit der sozialistischen Aufklärung leichter zugänglich werden, diese willkürliche, gefühllose, ausnahmerechtliche Karikatur der Expropriation wird auch das Verständnis für jenes höchste und segensreichste Recht sozialistischer Expropriation reifen, welche Grund und Boden und die sonstigen Produktionsmittel in das Eigentum der Gesellschaft überführt, damit alle gleichmäßig an den Gütern der Kultur teilnehmen können — diese Expropriation, die in Wahrheit nicht das Eigentum raubt, sondern erst Eigentum schafft!...

Mit einer Geschäftsordnungsdebatte schloß auch die Montagssitzung, wie sie begann. Die Konservativen bewilligen sich als Extrabelohnung dafür, daß sie doch noch die Ansiedelungsvorlage beraten haben, einen Antrag, der die Doppelunterjochung des Fleisches in den städtischen Schlachthäusern endgültig beseitigen will. Trotz des Widerpruchs des freisinnigen Fischel soll der Antrag noch vor den Ferien beraten werden.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. Juni.

#### Herrenhaus.

Die Herrenhäuser hatten sich am Montag mit sehr verschiedenen gesetzgeberischen Materialien zu befassen; aber dank ihrer besonderen Befähigung erledigten sie ihre Aufgaben spielend. Ueber eine Petition des Vorstandes des ostpreussischen Städtetages um eine der Einwohnerzahl und den Steuerleistungen der Städte entsprechende Vertretung derselben auf den Kreistagen ging das Haus ohne Debatte zur Tagesordnung über. — Das Lotteriegesez (Bestrafung des Spieles in außerpreussischen Lotterien und des Betriebes von Losen außerpreussischer Lotterien) gelangte in der Fassung des Abgeordnetenhauses zur Annahme. Mit einer geringfügigen Aenderung nahm das Haus ferner den Gesetzentwurf zur Aenderung des Gesetzes betreffend die ärztlichen Ehrengerichte, das Umlagerrecht und die Kosten der Wertekammern an, obwohl es sich, wie der frühere Landwirtschaftsminister Hr. Lucius v. Ballhausen meinte, hierbei beinahe um einen kommunistischen oder sozialistischen Vorstoß handelt. Dieser Sozialismus oder Kommunismus soll in dem Recht der Wertekammern auf Auserlegung von Beiträgen bestehen, deren Höhe sich nach der Staatseinkommensteuer richtet. In einem Anfall von Selbstüberwindung haben sich die „Herren“ damit begnügt, ihre Wünsche nur in einer Resolution zusammenzufassen, die den Kultusminister ersucht, dafür zu sorgen, daß der Jahresbetrag der aufzubringenden Beiträge nicht höher als auf 5 Proz. der Staatseinkommensteuer festgestellt werde. Die Resolution wurde angenommen.

Weniger glimpflich als mit den Sozialisten verfahren die Herren mit den Polen. Während in der Zweiten Kammer heftig über die große Polenvorlage debattiert wurde, stimmte die Erste Kammer nach unerheblicher Erörterung der kleinen Polenvorlage zu, die die Vertretung des Staatsfiskus auf den Kreistagen und bei den Wahlen für den Provinziallandtag in der Provinz Posen regelt — ein neues Ausnahmengesetz, das gewiß nicht zur Beruhigung der polnischen Bevölkerung beitragen wird.

Am Dienstag stehen neben kleineren Gesetzentwürfen die beiden Meliorationsvorlagen auf der Tagesordnung.

#### Rief.

Die Kieler Woche leidet unter Regen und Sturm. Die Berichterstatter der Zeitungen beklagen die Ungunst der Witterung nicht mit Unrecht, denn zu einem Sport- und Unterhaltungsfest ist glänziger Himmel ebenso erforderlich wie es gleichgültig ist, wenn die „Kieler Woche“ einen politischen Sinn hätte. Einige Blätter scheinen nun den Regenbruch überwinden zu wollen, indem sie trotz alledem den Tafelkosten der beiden Monarchen politische Bedeutung abzusprechen bemüht sind. Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ leisten den Reford, indem sie erklären, die Kieler Trinkspilke haben die Begegnung des Kaisers mit dem König von England sofort zu einem Ereignis von großer Bedeutung gestempelt. Thatsächlich werden die Friedensbetuerungen der beiden Monarchen nicht das geringste ändern an dem sich steigenden Gegensatz ihrer Staaten. Gerade ein Blatt wie die „Berliner Neuesten Nachrichten“ ist das letzte, das die wirkliche Verbesserung der deutsch-englischen Beziehungen fördern möchte; wer andauernd nach neuen Seekriegsgründungen schreit, schürt das Mißtrauen der andern. Wo dieses Mißtrauen waltet und zu gegenfeitigem Ueberbieten von Marinevermehrungen treibt, da vermag der eifrig betonte Friedenswille der Fürsten keinerlei sichere Gewähr zu geben. Daher haben die Londoner „Times“ in diesem Falle sicherlich recht, wenn sie sagen:

Seine Majestät hätten genauer den nichtpolitischen Zweck der Königsreise ausdrücken können, als die Zielfahrt des britischen Herrschers. Es handle sich lediglich um einen schlichten und natürlichen Austausch von Höflichkeiten zwischen zwei Verwandten, welche auch Herrscher seien und deren Begegnung daher die friedlichen Beziehungen der Länder, über die sie herrschen, darstelle.

Die „friedlichen Beziehungen“ freilich zeigen sich in Wirklichkeit in den fortgesetzten Panzerschiffbauten Deutschlands und in der England erregenden Frage, ob es nicht nötig sei, ein stehendes Heer mit allgemeiner Wehrpflicht einzuführen, um Sicherheit gegen die Landung einer fremden Armee zu gewinnen!

Die Bedeutung der Kieler Woche wird auch nicht erhöht durch eine eben jetzt bekannt gegebene deutsch-englische Abmachung über Ägypten. Die Abmachung besagt, daß die deutsche Regierung die Führung der ägyptischen Finanzen nach englischem Wunsch zuläßt, während der deutsche Handel mit Ägypten mit dem französischen unter dieselben Bedingungen gestellt wird.

#### Sport und Menschenleben.

Der Kieler Sport hat am Sonnabend mehrere Menschenleben gekostet. Mit wirklichem Unglück, so schreibt der Korrespondent der „Frank. Ztg.“, ging die Wettfahrt der Kriegsschiffboote aus — ein Resultat, an dem bei der leichtesten und „ranken“ Bonart dieser Boote unter Fachleuten von vornherein nicht gezweifelt wurde, trotzdem die Bahn im inneren Hafen tief und noch gefahrt wurde. Mehrere der Fahrzeuge kenterten, und das Facit des Tages war außer der Preisverteilung, die abends feierlich vorgenommen wurde, der Verlust von drei Menschenleben aus der Mannschaft. Unwillkürlich vergleicht man die Preise, die da den Siegern gespendet werden,

Alberne Bierpolale und ähnlichen Schaufensterfenster, mit den Preisen, die gezahlt werden: den Matrosen, die kommandiert sind und ihren Tod finden. Der Zufall sagte es, daß wir in der Dampfmaschine eines der Kriegsschiffe an der Rettung zweier solcher leuchtender Boote teilnehmen konnten. Unser Kapitän sah die Segel dieser Boote klein werden, uns Wasser sinken, und nachdem er den Befehl „Vordampfen voraus“ gegeben hatte, kamen wir gerade noch zurecht, um die Männer, die sich an der gekippten Vorle, an Risten, Brettern und den daran hängenden Seilen, in den Wellen schwinde, festzuhalten, an Bord zu nehmen. Es war ein richtiger Kampf auf Tod und Leben. Verzweifelt schnappten die Leute, die ihr Leben bedroht sahen, sie wollten schreien und konnten nicht mehr, gedrängt gackten einige auf dem kleinen Teil des Schiffbaues, der das Wasser überragte; einer hatte sich in der Verzweiflung die Kleider vom Leibe gerissen und wartete plittlerfarnacht, daß man ihn rette. In den meisten Fällen waren die Dampfboote sofort zur Stelle. Am eifrigsten durchkreuzte zur Hilfeleistung ein alter Admiral die gefährliche Bahn. Wir hörten ihn einmal entrüstet ausrufen: „Nun bin ich aber entschlossen dafür, daß die Sache ausgegeben wird!“

Es war Admiral v. Koester.

**Kieler Errungenschaft.** Der Festkorrespondent der „Nationalzeitung“ erzählt:

Die Illumination der deutschen Kriegsschiffe und einiger Teile der Werften litt unter der Ungunst der Witterung und kam nicht zur vollen Geltung. Trotzdem wogte eine gewaltige Menschenmenge an den Hafenfronten entlang und die aufgeweichte, sonst so herrliche Düsterbroder Allee hinauf. Die Polizei hatte reichlich zu thun bei der Enge der Straßen, machte aber von ihrem neuesten Ausrüstungsstück, einem vom Säbelkoppel herabhängenden handfesten Knüttel, wohl nirgends Gebrauch.

**Eine Ehrung durch den König von England.** Das „Echel-Blatt“ schwelgt in Silberlichtern von den gewaltigen Ereignissen in Kiel. So meldet es an der Spitze seines „Neuesten“ von der Ehrenmitgliedschaft des Königs Eduard beim kaiserlichen Jagdklub:

„König Eduard VII. hat die ihm angetragene Ehrenmitgliedschaft des kaiserlichen Jagdklubs angenommen und heute Vormittag den Vorstand des Klubs an Bord der „Victoria und Albert“ empfangen. Der Kaiser hat seiner großen Freude über diese dem Klub wiedererlangte Ehrung durch ein Handschreiben an den Vorstand Ausdruck gegeben, und großer Jubel über die gute Nachricht herrschte unter den deutschen und englischen Gästen in den Klubräumen.“

Selbstverständlich haben beide Monarchen den Herren des beiderseitigen Gefolges auch reichliche Ordens-Ehrungen zugeteilt. Die Klätter zählen jede einzelne dieser Begebenheiten ebenso sorgfältig auf, wie sie keinen Gang des Mittagsmahls und des Frühstückes verschweigen.

#### Offiziers-Schuppung.

Das deutsche Bürgertum hat niemals vermocht, das feudale Standesbewußtsein zu überwinden. So erneuern sich von Zeit zu Zeit, aber stets erfolglos, die liberalen Klagen über die Bevorzugung des Adels im Offizierscorps. Diese Klagen zeigen den Jammer des deutschen Liberalismus umso eindringlicher, da sie die großen Klaffenschnitten des heutigen Heerwesens gänzlich übersehen, obgleich gegenüber dieser militärischen Grund- und Kernfrage die Bevorzugung des Adels im Offizierscorps eine Nebenbedeutung bleibt. Immerhin kennzeichnet die Verechtigung solcher Klagen die vorbürgerliche Rückständigkeit der preussisch-deutschen Zustände. Und bemerkenswert ist, daß auch höhere Offiziere a. D. sich auf Grund ihrer Erfahrungen offen an dieser Kritik des Offizierscorps beteiligen. So macht im „Berliner Tageblatt“ ein Oberst a. D. recht interessante Mitteilungen. Man betone, so schreibt er, stets die innere Gleichartigkeit des Offizierscorps, aber in Wirklichkeit schafft man „auf Grund mittelalterlicher Anschauungen zwei Klassen von Offizieren“. Zur Erläuterung dieser Behauptung erzählt der Oberst:

„In den Regimentern, die jetzt offenbar einen Schuppungsprozeß vornehmen, gehört außer 86 und 145 auch das Grenadierregiment 8. Augenblicklich überwiegt in diesem Regiment allerdings noch das bürgerliche Element, das kommt aber daher, daß der Kaiser erst seit wenigen Jahren (1901) Chef dieses Regiments ist. Nun kontrollierte man mal mit Hilfe der Ranglisten die Beförderungen, die seit dieser Zeit aus diesem Regiment und in dasselbe erfolgt sind und noch erfolgen werden, und man wird den unzweideutigsten Beweis finden, daß das Regiment auf dem besten Wege ist, sich durchweg zu nobilitieren („veredeln“). Das ist ja nach den herrschenden Anschauungen durchaus notwendig, zumal das Schwesterregiment, Grenadierregiment 1, bei dem der Kronprinz zunächst nur à la suite steht, einen Befehlshaber von adeligen Offizieren fast wie ein Garderegiment aufweist. Was glaubt nun wohl das Militärkabinett, welche Gefühle die Brust eines bürgerlichen Offiziers erfüllen, wenn er plötzlich aus dem Regiment, in das er eingetreten ist, und an das sich seine schönsten militärischen Erinnerungen knüpfen, versetzt wird, nur um für einen adeligen Offizier die Stelle freizumachen? Ich will mich darüber nicht näher auslassen, aber ich muß gestehen, ich halte diese Schuppungsprozesse für die gefährlichsten Wanderver, die man anstellen kann. Sie müssen das Ehrgefühl der bürgerlichen Offiziere auf das tiefste verletzen.“

Weiter weist der Oberst darauf hin, daß auch im Garde-Infanterieregiment und im Garde-Pionier-Bataillon das Streben vorwalte, die Offiziersstellen dem Adel vorzubehalten. Er macht auch aufmerksam, daß in der Armee durch die Vorgesetzten ein Unterschied zwischen adeligen und bürgerlichen Offizieren gemacht wird; der adlige wird mit „Herr von so und so“ angeredet, der bürgerliche mit „Lieutenant so und so“.

Der Oberst fürchtet, daß durch solche Bevorzugung des Adels die bürgerlichen Offiziere verletzt werden und er warnt:

„Nicht es erst an, im Offizierscorps zu trüben, dann folgt auch bald der Verfall der Armee, und welche Gefahr für das Vaterland darin liegt, wird jeder Verständige von selbst einsehen. Deshalb ist es Patriotenspflicht, seine Stimme zu erheben und zu warnen, so lange es noch Zeit ist.“

Der Oberst steht allzu düster. Das deutsche Bürgertum hat sich von jeher alle Zurücksetzungen feig bieten lassen. Auch haben die bürgerlichen Offiziere keinen berechtigten Anlaß zur Empfindlichkeit, so lange ihre eigene Stellung nicht auf ausschließlich persönlichem Verdienst ruht, sondern auf ungerecht kapitalistischem Privilegium gegenüber dem übrigen Volk.

#### Stundt und „gewöhnlicher Arbeiter“.

Aus Halle wird berichtet: Vor dem Kriegsgericht der 8. Division erschien am Sonntag wegen großen Unfalls, Körperverletzung und Widerstandes der Dr. phil. Oskar Apelt, der gegenwärtig als Einjährig-Freiwilliger dient. A. hat die ihm zur Last gelegte That in der Silvesternacht zu 1904 vor seinem Dienstverhältnis begangen. In dieser Nacht schlug er auf der Ulrichstraße die Mutter eines Händlers ohne Anlaß mit der Faust einige Male auf den Rücken. Als der Händler dann seine Mutter schätzen wollte und das aufgeregte Publikum gegen A. Partei ergriff, schritt der Wachmeister Wagener ein, um den Angeklagten in seinem eignen Interesse festzunehmen. A. legitimierte sich nicht, leistete gewaltigen Widerstand, riß sich fünf- bis sechsmal los und schlug wie ein Wahnsinniger auf den Polizeibeamten ein. Der Beamte erhielt von A. 15 bis 16 Puffe und zwei Faustschläge ins Gesicht. Auch der Mahnung eines des Weges kommenden Polizeiführers: „Mensch, gehen Sie doch nur mit, der Beamte meint es doch nur gut mit Ihnen“, leistete A. nicht Folge. Der Arrestant war nicht etwa betrunken gewesen; der Wachmeister mußte schließlich den Säbel ziehen und A. mit Hilfe eines Wächters nach der Wache bringen. Dort stieß A. den Beamten mit beiden Händen

vor die Brust, dann schlug er mit der Faust auf den Tisch und ließ sich von mehreren Beamten 1 1/2 Stunden lang zur Abgabe seiner Personalien nötigen. Anderen Tages besah A. noch die Dreifigkeit, gegen den Beamten eine Anzeige wegen rechts-widrigen Waffengebrauchs zu erstatten. Der Beamte sagte vor Gericht aus, Apelt habe sich so benommen, wie es dem Jungen in seiner Praxis als Polizeibeamter noch nicht vorgekommen ist. Er habe sich in jener Nacht von dem gebildeten Herrn viel bieten lassen müssen, und glaube nicht gleich so energisch zugreifen zu sollen, da seine Instruktion lautete, mit Studenten bei Arresturen besonders rücksichtsvoll zu verfahren. Beantragt wurden gegen A. drei Wochen Gefängnis und 20 M. Geldstrafe und das Urteil lautete auf 300 Mark Geldstrafe. In der Begründung hieß es u. a., das Gericht habe lange überlegt, ob dem Angeklagten mildernde Umstände zuzubilligen waren, und selbstverständlich ohne Ansehen der Person gerurteilt. Besonders der Umstand, daß der Angeklagte den Speiß umdrehete und gegen den schuldlosen Beamten eine Anzeige erstattete, habe bezüglich der Bewilligung mildernder Umstände Bedenken erregt. In Erwägung gezogen sei aber, daß nach der Lebensstellung des Angeklagten eine Gefängnisstrafe ihm doch ungewöhnlich härter getroffen hätte, als wie einen gewöhnlichen Arbeiter oder Gelegenheitsarbeiter.

**Rosafil-Interpellation.** Die freisinnige Volkspartei hat mit Unterstützung der freisinnigen Vereinigung folgende Interpellation im Abgeordnetenhaus eingebracht: Nach Mitteilungen in den öffentlichen Blättern hat der Oberhofmeister Frhr. v. Mirbach die Oberpräsidenten mittels Rundschreibens veranlaßt, durch ihnen nachgeordnete Behörden Sammlungen zu veranstalten, deren Erträge dem Kaiserpaar demnächst am Tage seiner silbernen Hochzeit für evangelisch-kirchliche Zwecke, insbesondere für die Rosafil-Verzierung der Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche, zu übergeben sind. Hat die königliche Staatsregierung den Oberhofmeister Frhr. v. Mirbach zu solcher Inanspruchnahme von Staatsbehörden vorher autorisiert und erachtet es die königliche Staatsregierung für zulässig, die Autorität der Behörden den Eingekessenen ihrer Bezirke gegenüber zu benutzen für Sammlungen, bei denen nach ihrem Anlaß alles ganz besonders vermieden werden muß, was die Freiwilligkeit der Geber fraglich erscheinen lassen kann?

Die Ansichten der badischen Wahlreform scheinen, wie uns berichtet wird, sich noch mehr zu bessern. Wir teilen kürzlich mit, daß die Erste Kammer nach einem heftigen Vorstoß gegen die Reform einzulernen begann — wahrscheinlich weil der Ministerpräsident sich mit aller Kraft für die Reform ins Zeug legte. Jetzt ist nun die Kommissionsberatung in der Ersten Kammer abgeschlossen und wie man von der Regierung hörte, hat die Vorlage eine Form erhalten, welche von der Zweiten Kammer angenommen werden könnte. Am Freitag, 1. Juli, wird die Plenarberatung der Ersten Kammer über die Wahlreform stattfinden.

Inzwischen hat die Regierung eine durch die Vermehrung der Abgeordnetenzahl auf 73 notwendig gewordene neue Wahlkreiseinteilung für die Zweite Kammer ausgearbeitet. Dabei ist auch den Centrumswünschen auf stärkere Berücksichtigung des flachen Landes Rechnung getragen; man hat der Arbeiterstadt Mannheim von den sechs zugehörigen Abgeordneten einen gesonderten und den ländlichen Kreisen eingereicht. So sind alle Voraussetzungen gegeben, daß die Wahlreform nicht zu fortschrittlich wird und die Zustimmung der liberal-nationalliberalen Mehrheit finden kann.

#### Südwest-Afrikanisches.

**Siebttausendfünfhundert Mann an Offizieren und Mannschaften** befinden sich nach dem „Militär-Wochenblatt“ unter Einrechnung der zuletzt abgezogenen Truppenerklärungen bereits auf dem südwestafrikanischen „Kriegsschauplatz“ — und doch soll Trotha noch weitere 1900 Mann verlangen! Selbst die „Kölnische Zeitung“ findet die ewigen Nachschübe bereits uferlos.

**Weitere Opfer des Typhus-Feldzugs.** Vom 21.—24. Juni sind in Südwestafrika weitere drei Soldaten dem Typhus erlegen. Außerdem ist noch ein Soldat in einem Gefecht gefallen. Die Meldung lautet:

Relevist Prölich ist bei der Polizeistation Dijeewa gefallen und beerdigt; in Olahandja Seesoldat Kaver Wacherl aus Waldmühle, Kreis Oberpfalz, 21. d. Mts. am Darmtyphus gestorben. Gelehrter Heinrich Priebe aus Sandau, Regierungsbezirk Marienwerder, am 24. d. Mts. in Olahandja am Darmtyphus gestorben. Reiter Albert Weder aus Mehwinkel, Kreis Saathig, Kommern, am 24. d. Mts. in Ojofonda am Typhus gestorben.

**Erbauliche Zustände** schildert Hauptmann a. D. Dannhauer in der „Echel-Press“. Er erzählt, daß er nach seiner Rückkehr von den unglückseligen Exkursionen der Kolonne Masenapp nach Windhuk gegangen sei, um sich dort von den Strapazen zu erholen. Besonders gut habe ihm die langentbehrte frische Milch gemundet. Plötzlich jedoch habe auch diese Herrlichkeit ein jähes Ende gehabt. Eines schönen Tages habe nämlich ein Herero-Trupp die kostbare Rinderherde im Angesicht der Besatzung Windhuks geraubt und in den unzugänglichen Bergen der Nachbarschaft in Sicherheit gebracht. Ein paar Tage später hätte eine andre Hererotruppe Olahandja den gleichen bösen Streich gespielt! Und das geschah im Mai bei Windhuk und Olahandja! Man kann sich aus diesen Episoden einen Begriff davon machen, wie es um die Sicherheit selbst derjenigen Distrikte ausseht, in denen seit mehreren Monaten Besatzungen liegen.

#### Husland.

##### Zusammenbruch der Merikalen Verleumdung.

Paris, 26. Juni. (Fig. Ver.) Die letzte Hoffnung der Merikalen ist zu Schanden geworden. Der Prior der Kartäuser, Dom Michel, schwieg ebenso hartnäckig und — vorsichtig, wie der journalistische Kartäuser-Agent Vesson und der Kartäuser-Architekt und Abgeordneter von Kartäuser Gnaden, Pichat. Letzterer hat von der parlamentarischen Untersuchungskommission den Auftrag erhalten, nach Pignerol (Italien) zu gehen, wohin der Schnapsorden seinen Sitz verlegt hatte, um dem Prior die Notwendigkeit nahelegen, seine Anschuldigungen durch Namen und Weise zu belegen oder wenigstens ihn, Pichat, vom angeblich beschworenen „Geheimnis“ in Bezug auf die Namen zu entbinden. Heute depechiert Pichat aus Turin, daß der Prior sein Schweigen nicht brechen wolle. Und nach der Meldung des „Matin“ hat er auch den Pichat vom Geheimnis nicht entbunden.

In dem vielstimmigen Haufen der Merikalen Anschuldigungen knüpft sich die Aktion Pichats und seiner Hintermänner, des Priors Dom Michel und des Kartäuser-Procureurs Rey, speziell an einen angeblichen Erpressungsversuch, begangen von einem K. im angeblichen Auftrag von vier weiteren K., die Deputierte sein sollen. Der erste K. hätte im Namen der letzteren vier K. versprochen, gegen die Bezahlung von 300 000 Fr. die Genehmigung des Schnapsordens zu erwirken. Man sieht, der fürchterlichen Verschuldigung fehlt nur eine Kleinigkeit, um tödlich zu wirken — die beweiskräftige Ersetzung der K. durch wirkliche Namen. Die Ankläger verweigern nun die Nennung der Namen — auf die Gefahr hin, als Verleumder angeklagt zu werden und, was für sie noch bitterer ist, ihren Feldzug gegen das Ministerium in einer schändlichen Niederlage ihrer eignen Partei auslaufen zu sehen.

Was dieses Schweigen politisch bedeutet, hat der Merikal-monarchistische „Gaulois“ in seiner verzweifeltsten Witterung an den Kartäuser-Prior gesagt:

„Wenn die Kartäuser nicht sprechen, so wird man behaupten, daß sie nichts zu sagen haben, und daß wir durch die Ermahnung eines bei Dom Michel von einer politischen Persönlichkeit gethanen Schrittes an einer scheußlichen Verleumdung mitgewirkt haben. Die Märtyrer starben für den christlichen Glauben. Wenn aber die Kartäuser im Schweigen verharren, so würden sie sich aufopfern für den Ruhm des Herrn Combes und zur Beschämung der katholischen Kirche. An ihnen ist es, nicht sich zu rächen, wohl aber uns zu verteidigen, insbesondere uns zu helfen, unser Land vom es bedrückenden Alp zu befreien, den letzten Rest der religiösen Einrichtungen zu retten, die jungen Seelen zu beschützen, die man von Christus abzuwenden sucht... Ein Wort des ehrwürdigen Vaters kann dieses zu Stande bringen. Dieses Wort ersiehne wir von ihm, nicht unsertwegen, sondern um den Gott der Christen willen, der von Herrn Combes verleugnet, geschmäht wird...“

Das rettende Wort, das nebst Gott den Merikalen Parteigeschäften dienen sollte, wird nun trotzdem nicht ausgesprochen! Die Verleumder haben sich selbst entlarvt.

Paris, 27. Juni. In der heutigen Sitzung der Untersuchungskommission in der Kartäuser-Angelegenheit wurde der Brief des Priors der Kartäuser vorgelesen, worin er sich weigert, den Namen der Persönlichkeit bekannt zu geben, die Geld von ihm haben wollte, um die Genehmigung für die Niederlassung der Kartäuser zu erlangen.

#### Oesterreich-Ungarn.

##### Ein ungarisches Tendenzurteil.

Der Genosse Fleischmann, Leiter des in Budapest erscheinenden ungarischen Partei-Organs „Nepszava“, wurde wegen Aufregung und Majestätsbeleidigung zu einem Jahr Gefängnis und 1000 Kronen Geldstrafe verurteilt. Fleischmann hatte vor anderthalb Jahren die Reden dreier anderer Parteigenossen in Prosajürensform herausgegeben. Daraufhin erfolgte die Anklage.

Die freigesprochenen ungarischen Eisenbahner sind nochmals angeklagt, und zwar wegen Aufregung, da sie angeblich durch die Presse begangen haben sollen. Dagegen lehnte das Klausenburger Gericht die vom Staatsanwalt gegen eine Anzahl Eisenbahner erhobene Anklage wegen M i s s r a t h s d e r A m t s g e w a l t ab.

#### Frankreich.

**Wahlen.** In Lyon wurde an Stelle des verstorbenen Deputierten Genet der Radikalsocialist Normant mit 8500 gegen 6000 gemäßigte und nationalisistische Stimmen gewählt. Bei der Nachwahl für den Senat im Departement Herault siegte der Radikale Razimbaud mit 427 Stimmen über den radikalsocialistischen Kandidaten, welcher 398 Stimmen erhielt.

#### Italien.

Ein socialistischer Wahlfes. Aufsehen erregt, wie die „Frankf. Zeitung“ sich dröhnen läßt, die Eroberung des Wahlkreises Bergamo, der Merikalen Stadt der Lombarden, durch die Socialisten mit 200 Stimmen Mehrheit. Es siegte der Advokat Maironi über die Konservativen, während die Merikalen sich der Stimmabgabe enthielten.

#### Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Die erwartete Landeschlacht hat noch immer nicht begonnen. Die Russen benutzen die ihnen gewährte Gnadenfrist dazu, allerlei Meldungen über angeblich errungene Erfolge auszusprengen. So soll eine Kosakenabteilung mit zwei Bataillonen Infanterie den Japanern schwere Verluste beigebracht und die geplante Vereinigung zwischen den Armeen Dus und Kuroki vereitelt haben. Solche kleinen Erfolge wären natürlich, selbst wenn sie errungen worden wären, für den Verlauf der großen Operationen völlig belanglos. Der strategische Aufmarsch der Japaner wird jedenfalls so unflüchtig und energisch angelegt sein, daß ihn nicht ein paar Сотни Kosaken über den Haufen zu werfen vermögen. Eine andre Meldung besagt sogar, daß Kuropatkin nunmehr schleunigst zur Offensive übergehen werde. Wahrscheinlich bezwecken diese Meldungen nur, den Witz der russischen Hauptarmee zu verkleinern. Die Japaner werden freilich kaum so naiv sein, sich durch solche Manöver täuschen zu lassen. Ihr beharrliches Schweigen läßt darauf schließen, daß sie mit zäher Energie einen neuen wichtigen Schlag vorbereiten.

#### Ueber die

##### Seeschlacht bei Port Arthur

Ist eine weitere japanische Meldung nicht eingelaufen. Dagegen liegen mehrere Meldungen des russischen Generals Scharow über das Seegefecht vor, in denen freilich über den Ausgang des Gefechts nichts mitgeteilt ist. Wunderbar ist, wie Scharow etwas Authentisches über die Vorgänge erfahren haben will. Wahrscheinlich sind die Nachrichten nur fingiert, um den Anschein einer noch unbrechbar erhaltenen Verbindung mit Port Arthur zu erwecken. Sie enthalten wenigstens nichts, was nicht vorher bereits Admiral Togo gemeldet hätte.

Geriichtsweise verlautet in Petersburg, daß bei dem Unter- gang des Linienschiffes 7—800 Mann extrunkten seien. Man wisse noch nicht, ob sich auch Admiral Witthoft, Fürst Ustomski und Kommandant Reizenstein auf dem Schiffe befanden und erwarte mit größter Spannung eingehende Einzelheiten.

Auch hier kann es sich nur um Mutmaßungen handeln. Nachrichten aus Port Arthur werden fürs erste kaum zu erwarten sein.

##### Die japanischen Verluste bei Telissu.

General Du meldet, daß die japanischen Verluste in der Schlacht von Telissu sich auf 217 Tote, darunter 7 Offiziere, und 946 Verwundete, darunter 43 Offiziere, belaufen.

Die russischen Verluste bei Telissu wurden belänlich von russischer Seite selbst auf 3200 Mann beziffert, sind aber zweifellos bedeutend höher.

##### Angewählte Grausamkeiten der Japaner.

Petersburg, 27. Juni. Die Russische Telegraphen-Agentur läßt sich aus Liaungang vom gestrigen Tage melden, Prinz Bourbon sei Augenzeuge von empörender Ver- handlung russischer Verwundeter durch Japaner gewesen, welche sogar Tote mit dem Bajonett durchbohrt hätten. Er habe bei der Räumung der Station Wafangou durch die russischen Truppen eine mit großen Wuchstaben an eine Wand geschriebene, an die japanischen Generale und Offiziere gerichtete Mitteilung über die mit eignen Augen gesehenen Gräueltaten zurückgelassen, in der er zum Schluß die Zuversicht ausdrückt, daß sich ähnliches nicht wiederholen werde.

Die Nachricht klingt recht unglaubwürdig. Wenn die Japaner schon im Krieg gegen China 1894/95 eine durchaus einwandfreie Kriegsführung beobachteten, wie von militärischer Seite allgemein zugegeben wurde, so werden sie sich heute, wo die Augen der ganzen Welt auf dem Kriegsschauplatz ruhen, doppelt und dreifach hüten, sich den Ruf einer emporstrebenden Kulturmission zu verschern. Aus Paris wird dem auch gemeldet:

Paris, 27. Juni. Die hiesige japanische Gesandtschaft dementiert im Auftrage ihrer Regierung auf das entschiedenste die Nachricht von an russischen Verwundeten seitens japanischer Soldaten begangenen Grausamkeiten.

#### Aus Industrie und Handel.

Deutsche Bank. Am letzten Sonnabend hielt die Deutsche Bank eine besondere Generalversammlung ab, die sich ausschließlich mit der Erhöhung des Grundkapitals um 20 Millionen

Mark auf 180 Millionen besetzte. Man erinnert sich, daß diese 20 Millionen Mark ursprünglich zur Übernahme der Berliner Bank dienen sollten, eine Absicht, die sich dadurch nicht verwirklichte, daß von Aktionären der Berliner Bank größere Schwierigkeiten gemacht wurden. Der Direktor Koch von der Deutschen Bank führte am Sonnabend aus, bei der längeren Zeit in Anspruch nehmenden eingehenden Prüfung des Status der Berliner Bank sei für die Verwaltung zur Evidenz hervorgegangen, daß nur bei sofortiger durch keine Zwischenfälle gestörte Übernahme der Bestände das zu erstrebende Resultat zu erzielen gewesen wäre. Bei etwaiger Einlegung von Protesten gegen die Übernahme der Berliner Bank hätten deren Bestände jahrelang vollständig getrennt von denen der Deutschen Bank geführt werden müssen, und es wäre damit ein Zustand geschaffen worden, der mit den Interessen der Aktionäre nicht in Einklang zu bringen gewesen wäre. Da bekanntlich solche Proteste in Aussicht standen, wurde also von dem Projekte völlig Abstand genommen, nicht aber von der Kapitalerhöhung der Deutschen Bank selbst. Der genannte Direktor betonte, daß sie nunmehr den Zweck haben solle, die Betriebsmittel und die Reserven zu stärken, und er machte dabei interessante Bemerkungen über die gegenwärtige Lage der Deutschen Bank.

Danach haben die Geschäfte der Bank weiter im Inlande wie im Auslande eine große Ausdehnung erfahren. Mit dem Wachstum der Geschäfte sei auch eine Stärkung der Betriebsmittel notwendig geworden. Er erwähnte dabei im besonderen, daß die neuen zureichenden Mittel in den laufenden Geschäften Verwendung finden sollten und er beruhigte die Aktionäre, daß durch die Vermehrung des Kapitals eine Schmälerung der Dividende nicht eintreten könne, im Gegenteil: man glaube, dadurch eine noch größere Sicherheit für die dauernde Prosperität der Bank zu schaffen. In diesen Zukunftsvorstellungen ist alles so allgemein gehalten, daß sie im Grunde wenig besagen würden, wenn die Deutsche Bank nicht durch ihre bisherige Geschichte eine gewisse Gewähr für sie böte. Die Kapitalerhöhung, so sehr das größere Kapital heute auch gesicherter arbeitet als das kleine, macht es allein nicht, ausschlaggebend bleibt immer die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung, gerade jetzt, wo sich um das Finanzkapital je länger je mehr die große Industrie konzentriert.

Der Antrag der Verwaltung wurde dann übrigens ohne jede Erörterung angenommen. Solche Generalversammlungen werden zu einer bloßen rechtlichen Formalität, die wirklichen Erörterungen und Beschlüsse finden aber schon vorher hinter den Kulissen statt. Die Sache konnte hier auch insofern um so schneller erledigt werden, als den Herren Aktionären durch die Kapitalerhöhung ein schöner Gewinn erblüht, für den sie auch nicht einen einzigen Finger zu rühren brauchen. Sie erhalten nämlich die neuen Aktien, die ein Konsortium übernommen hat, zu 180 Prozent angeboten, während die Deutsche Bank jetzt um 214 herum notiert. Auch das Konsortium macht ein feines Geschäft, es erhält 2 Proz. Garantiekommission, ein Verdienst, der lediglich durch Uebertragung einiger Buchposten eingeholt wird.

**Dresdner Bank.** Nachdem, wie wir berichteten, die Deutsche Genossenschaftsbank in einer höchst charakteristischen Generalversammlung zu Grabe getragen wurde, machte am Sonnabend eine Generalversammlung der Dresdner Bank die Fusion perfekt und genehmigte die für diesen Zweck erforderliche Kapitalerhöhung um insgesamt 30 Millionen auf 100 Millionen Mark. Alles geschah einstimmig und ohne ein Wort Diskussion. Von den 30 Millionen Mark neuer Aktien sind 20 Millionen Mark zur Verfügung der Aktionäre der Deutschen Genossenschaftsbank zu halten und 10 Millionen Mark zum Kennwerte an den A. Schaaffhausen'schen Bankverein zu geben. Von den letzteren werden 6 1/2 Millionen Mark an die bisherigen Aktionäre der Dresdner Bank zum Kurse von 130 Proz. zum Bezuge angeboten, während die Dresdner Bank jetzt mit ca. 150 gehandelt wird.

Die Generalversammlung genehmigte auch die Errichtung einer Zweigniederlassung in Frankfurt a. M. und wählte drei neue Mitglieder in den Aufsichtsrat, darunter den fasslich bekannten Genossenschaftsanwalt Dr. Crüger, der bisher sein Leben bei der Deutschen Genossenschaftsbank verbracht hat, die kümmerliche 4 Proz. Dividende und entsprechend geringe Tantiemen zahlte, während die Dresdner Bank schon 7 Proz. Dividende zahlte und weit fettere Tantiemen. Es wird sich also bei ihr bedeutend beglücklicher leben lassen.

**Stahlfabrikanten-Verband.** In der am Sonnabend stattgehabten Vorstandssitzung des Stahlfabrikanten-Verbandes wurde, wie die „Reinisch-Westfälische Zeitung“ meldet, zur Kenntnis genommen, daß familiäre Werke mit dem von 1. Juli d. J. ab gültigen neuen Einschätzungssatze einverstanden sind. Damit ist der Verband bis Ende 1905 endgültig verlängert.

**Deutschlands Roheisen-Erzeugung.** Nach den statistischen Ermittlungen des „Vereins deutscher Eisen- und Stahl-Industrieller“ belief sich die Roheisen-Erzeugung des Deutschen Reiches (einschließlich Luxemburgs) im Monat Mai 1904 auf 867 477 Tonnen, Gießerei-Roheisen 157 903 Tonnen, Bessemer-Roheisen 32 437 Tonnen, Thomas-Roheisen 564 691 Tonnen, Stahl- und Spiegeleisen 50 903 Tonnen und Puddel-Roheisen 62 033 Tonnen. Die Gesamterzeugung ist gegen den Monat April 1904 (833 208 Tonnen) um 34 179 Tonnen gestiegen, ein Mehr, das aber lediglich der Erzeugung von Thomas- und Gießerei-Roheisen zu Gute kommt, während alle übrigen Sorten, teilweise erhebliche, Mindererzeugung aufweisen. Im Monat Mai 1903 betrug die Gesamterzeugung 858 311 Tonnen, also 9166 Tonnen weniger.

## Soziales.

### Die Krankenkassen als Ausdehnungsobjekt.

Der hessische Apothekerverein hatte an die Mainzer Handelskammer eine Eingabe gerichtet, in welcher verlangt wird, daß alle Arzneimittel für Kassenmitglieder ausschließlich aus Apotheken bezogen werden. Die Verabfolgung von Arzneien durch Kassenvorstände oder Angestellte soll untersagt sein. Die Aufsichtsbehörden sollen verpflichtet sein, unangemessene Rabattforderungen der Krankenkassen zu verbieten. Als unangemessen sollen unbedingt alle Forderungen gelten, die über die von den Einzelstaaten in ihren Tagen für die Kassen etwa festgesetzte Preisermäßigung hinausgehen. Ferner sollen die Kassen gezwungen werden, in ihren Jahresberichten klar zum Ausdruck zu bringen, wie hoch sich die Kosten für Arzneien im engeren Sinne belaufen und welche Summen an die Apotheker gezahlt sind.

Das ist selbst der Handelskammer zu toll gewesen: sie hat die Unterstützung dieser Forderungen abgelehnt, weil sie eine „unbillige Belastung“ der Krankenkassen bedeuten würden und eine „unzulässige Beschränkung der Vertragsfreiheit“.

Der Beirat für Arbeiterstatistik trat am 20. d. Mts. zu seiner fünften Sitzung zusammen, die an den beiden folgenden Tagen fortgesetzt wurde. Auf der Tagesordnung stand die mündliche Vernehmung von Auskunftspersonen des Fleischerhandwerks über die in diesem Gewerbe üblichen Arbeitszeiten. Es wurden 47 Auskunftspersonen, und zwar 24 Fleischermeister und 23 Fleischergehilfen, gehört, die in verschiedenen Gebietsteilen des Reiches tätig sind. Die vernommenen Arbeitnehmer waren sämtlich von Fleischerinnungen, die die Zahl der Arbeitnehmer von Vereinigungen der Fleischergehilfen als Auskunftspersonen in Vorschlag gebracht worden.

### Die Bekämpfung der Giftgefahren im Gewerbe.

Dieses Thema behandelt Professor L. Lewin in einem Aufsatz der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“, als Sonderabdruck bei Georg Thieme in Leipzig erschienen. Nach einer Darlegung der bestehenden Gefahren schreibt Lewin:

„Reinen Augenblick soll der, wenn auch kleine, Fortschritt unterläßt werden, die durch die neuere Arbeiterkassen-Gesetzgebung auf dem Gebiete der Giftgefahren herbeigeführt worden ist. Nicht minder ist es zu begrüßen, daß in wachsenden in- und ausländischen Fabriken

— vor allem den Bleifabriken — den Arbeitern Verhaltungsmaßregeln gegenüber der Vergiftungsgefahr gegeben werden.

Meiner Ueberzeugung nach kann in Zukunft mehr erreicht werden; denn selbst wenn alle Vorschriften auf das peinlichste befolgt werden, wenn der Fabrikant nicht nur human, sondern auch so klug ist, einzusehen, daß ein gesunder Arbeiter leistungsfähiger, als ein von immer neuen Vergiftungen heimgegriffener, und ein in seinem Fache bewandelter einem Gelegenheitsarbeiter vorzuziehen ist, kann der durch den Staat erzwingene oder von dem Fabrikanten noch darüber hinaus freiwillig gewährte Schutz den Umständen nach nur ein beschränkter sein. Der Arbeiter hat immer noch reichlich Gelegenheit, mit dem Gifte in Berührung zu kommen, weil weder die Produktion, noch der Vertrieb, noch die Verwendung derselben sich selbstständig vollziehen und vollziehen können, und dadurch ist die Möglichkeit gegeben, daß proportional der aufgenommenen Menge, der individuellen Empfindlichkeit und der spezifischen Energie des betreffenden Giftes, vor allem aber der größeren oder geringeren Sorgfalt bei dem Umgehen mit den Giften sich eine Gesundheitschädigung herausbildet.

So kommt es, daß die gewerblichen Vergiftungen in Fabriken noch immer reich und überreich vorkommen, daß Tausende von Arbeitern bleikrank werden, viele von ihnen schwere Schädigungen bis zur Blindheit bekommen, andre gelähmt und sich ihr kurzes Leben verbringen und mancher im Irrenhaus die Augen schließt. So kommt es, daß Schwefelkohlenstoffarbeiter, Chromarbeiter, Quecksilberarbeiter und viele, viele andre leiden müssen.

Die Belehrung über die Gefahren muß eine ausgedehntere werden. Sie muß nicht dem Arbeiter in der Fabrik gegeben werden, sondern dem Schüler. In der Volksschule sollte die gewerbliche Giftgefahr gelehrt werden, aber, wenn sich dort keine Zeit findet, in der Fortbildungsschule. Die Eindrücke, die dort von den entsprechenden sachverständigen Schilderungen erhalten werden, bleiben. Nichts ist leichter, als Lehrer in einem Kurse so auszubilden, daß sie ein derartiges Wissen weiter geben könnten.

Ein zweites, das dringend erforderlich erscheint, ist eine kurze, populäre Darstellung der Giftgefahren im Gewerbebetriebe, die für ein Weniges, eventuell gratis, an jeden in solchen Betrieben tätigen Arbeiter abgegeben werden sollte.

Noch erfolgreicher wären Einzelschulungen für jeden Giftbetrieb, die auf beiden Seiten den Gefahren und die Mittel zu ihrer Verhütung, auch für den einfachsten Verstand leicht faßbar, darzustellen müßten. In Hunderttausenden von Exemplaren sollten solche Ausflüßer und Wissensbrecher hergestellt werden. Sie sollten in die fernab vom Verkehr gelegene Bleihütte so gut gelangen, wie in die Werkstätten der Großstadt und in die enge Bekauung des Heimarbeiters. Sie können den Impuls zu einer machtvollen Bewegung von den Betroffenen aus zu Wege bringen und auch indirekt veranlassen, daß weit mehr praktische Schutzarbeit wie bisher auf diesem Gebiete geleistet wird.

Der Staat oder die Kommune sollten dafür sorgen, daß eine solche Quelle der Belehrung zum Zwecke der Erhaltung eines nicht geringen Teiles der wertvollsten Bevölkerung eröffnet würde. Dadurch würde viel Giedtum und viel Unend verhindert werden. Dann würde es nicht mehr, oder nicht mehr so häufig vorkommen, daß Gegenstände, die vulkanisiert werden sollen, mit den Händen in den Schwefelkohlenstoff eingetaucht werden, daß Blei so oft und so leicht in die menschlichen Leiber dringt, daß z. B. Zifferblattmaler, die Heimarbeit treiben, oder Schriftsetzer, die, hydrozephalisch, dem Tode geweihte Kinder erzeugen oder der Vaterkraft überhaupt verlustig gehen, Ghinondämpfe die Hornhäute lähmieren, Kohlenoxyd bei Arbeitern Gehirnerweichungen schafft, der Holzgeist Blindheit erzeugt, Chlor und andre irrespirable Gase Lungenseiden veranlassen und viele, viele andre Stoffe aus gesunden Menschen Jnvaliden machen.

Arbeiter und Arbeiterinnen würden durch ihr Wissen befähigt werden, die ihnen dargebotenen Schutzmaßnahmen, die sie gar nicht selten als einen Zwang empfinden, verstandesmäßig zu gebrauchen, und wo ihnen ein solcher Schutz nicht gewährt wird, wo Giftarbeit von ihnen unter unzulänglichen Verhältnissen, mit untauglichen Mitteln verlangt wird, eine solche aus dem elementarsten, jedem Menschen zugubilligenden Selbsthaltungstrieb heraus, nicht machen. Solche Arbeiter, die z. B. giftigen Gasen und Dämpfen in Fabriken ausgesetzt sind, werden es dann auch begreifen, daß für sie das Erzingen von kurzen Arbeitszeiten — etwa nur vier Stunden täglich in einem derartigen gefährlichen Betriebe — eine Verlängerung des Lebens bedeutet, und dann danach handeln.“

Eine Versicherungskasse gegen Arbeitslosigkeit beabsichtigt die Arbeiterkammer von Genf zu gründen. Nach dem Statutenentwurf kann jeder Arbeiter unter 60 Jahren Mitglied der Kasse werden. Die Unterstufungen sollen bei einem Tagelohn bis zu 5 Fr. täglich 1.50 Fr., bei einem Tagelohn von mehr als 5 Fr. dagegen 1.75 Fr. betragen. Die Unterstufungsdauer ist auf 42 Tage angesetzt; durch eigene Schuld arbeitslos Gewordene sollen keine Unterstufungen erhalten. Für jedes unermächtene Kind soll ein Zuschlag von 10 Cent. gewährt werden. Die Höhe der wöchentlichen Beiträge ist noch nicht festgesetzt, soll aber sehr niedrig angesetzt werden, da man namhafte Beiträge seitens der Arbeitgeber, Peibater und Behörden erwartet.

## Kommunales.

Der Stadtverordneten-Ausschuss zur Vorbereitung der Vorlage betreffend den Bau von fünf städtischen Straßenbahnlinien trat gestern zu seiner ersten Sitzung zusammen. Seitens der sozialdemokratischen Fraktion waren in den Ausschuss die Genossen Singer, Vorgmann und Heimann delegiert.

Nachdem der Ausschuss nach längerer Debatte einen von dem Vorsitzenden Dr. Langerhans gestellten Antrag, die in Betracht kommenden Straßen zu befahren, angenommen hatte, ging in der Generaldiskussion Herr Cossel als erster Redner sofort auf jene bekannte Erklärung der Großen Straßenbahn-Gesellschaft ein, die diese als Entgegnung auf die Cassel'sche Rede gegen Cassel erlassen und als Inserat in allen Tageszeitungen verbreitet hat. Die Erklärung könne nur erlassen sein, um der Vorlage Anspöhl zwischen die Beine zu werfen. Was er ausgeführt habe, sei vielfach bereits gesagt worden, ohne daß die Gesellschaft bisher in öffentlichen Erklärungen Stellung genommen hätte. Er halte den Vorwurf, daß die Gesellschaft gegen Treu und Glauben gehandelt habe und daß der Minister bei der Konzessionsverlängerung in Irrium über die tatsächlichen Verhältnisse verjagt sei, voll aufrecht. Der Vertrag sollte der Stadt die Möglichkeit geben, im Jahre 1919 das Straßenbahnnetz zu übernehmen. Die Angelegenheit dürfe nicht nur lediglich nach formal-juristischen Gesichtspunkten beurteilt werden. Das im Vertrage vorbehaltene Mitbenutzungsrecht, das Recht auf alle Patente, Lizenzen usw. lasse klar die Willensmeinung der städtischen Behörden erkennen.

Genau den Tatsachen entsprechend habe der Oberbürgermeister am 18. Oktober 1900 ausgeführt:

„Ich habe die Ueberzeugung, daß man damals bei allen vertragsschließenden Teilen nichts anderes gewollt hat, als daß nach Ablauf dieser Jahre, also 1919, die Stadt freie Hand haben sollte, sich zu entscheiden, ob sie selbst den Betrieb übernehmen oder ob sie ihn jemand anders übertragen oder ihn der Straßenbahn-Gesellschaft unter andern Bedingungen überlassen wollte. Das ist in dem Vertrag zum Ausdruck gekommen; das werden die Materialien, die bei dem Vertragsabschluss gewonnen worden sind, klar erkennen lassen. Wenn die Gegenkontrahenten die Hand aus der Vertrag legen und der Wahrheit die Ehre geben, so werden sie das selbst einräumen müssen.“

Der Magistrat habe wegen der verschiednen langen Dauer der Verträge und da mit den Vororten eine Einigung nicht zu erzielen war, gar keinen andren Vorhaben schliessen können. Deutlich sei das Mißbehagen über das Vorgehen der Regierung gegenüber der Stadtgemeinde in den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses im März 1901 zu Tage getreten. Nicht nur der nationale Abbe Dr. Friedberg, sondern auch der konservative Abgeordnete v. Pappenheim habe es sehr bedauerlich gefunden, daß

die Regierung vor der Konzessionsverlängerung sich nicht mit der Stadt in Beziehung gesetzt hätte; sie wünschten Aufklärung insbesondere deshalb, weil andre Umstände eingetreten wären, die sehr leicht zu Mißdeutungen Anlaß geben könnten. Die Antwort des Regierungsvorsetzers, daß bei der verschiedenen Dauer der Verträge, die die Gesellschaft mit Berlin und den Vororten geschlossen hätte, der Minister die Konzession auf der mittleren Linie verlängert habe, um einen gerechten Ausgleich zu schaffen, bewiesen klar, daß der Minister nicht richtig informiert war. Nur mit Dalldorf und Zegel hätte die Gesellschaft Verträge bis 1939. Sehe man von diesen beiden Vororten ab, so treffe die Mittellinie das Jahr 1925, allerhöchstens das Jahr 1929. Er sei also vollkommen im Recht, wenn er in seiner Rede behauptet habe, daß ein solcher Kontrahent anders zu behandeln sei als ein Kontrahent, bei dem solche Gründe zu Mißtrauen nicht vorliegen.

Von Singer wurde mit dem größten Nachdruck hervorgehoben, daß die Erbauung städtischer Linien nunmehr dringende Notwendigkeit und Selbstverteidigung der Stadt sei. Es müsse den Behörden der Beweis geliefert werden, daß die Stadt willens und im Stande sei, selbst Straßenbahnen zu betreiben. Habe die Stadt 1919 ein ledliches Straßenbahnnetz in Besitz, so sei Ergänzung der städtischen Genehmigung durch die Staatsbehörden eine Unmöglichkeit. Einer Gesellschaft, die, wenn auch nur mittelbar, habe erklären lassen, mit ihr könne die Stadt alles, ohne sie nichts erreichen, dürften unter keinen Umständen neue Konzessionen gewährt werden. Ueber alle Einzelheiten der Vorlage könne man reden. Ein Anfang müsse aber jetzt gemacht werden. Die öffentliche Meinung verlange gebieterisch den Bau städtischer Linien. Die Ablehnung der Vorlage würde die Stellung der städtischen Behörden in der Öffentlichkeit außerordentlich schädigen.

In kurzen, aber scharf pointierten Ausführungen betonte der Oberbürgermeister sein Einverständnis mit den Darlegungen der Vorredner. Er würde der Gesellschaft keine neuen Konzessionen gewähren, selbst wenn die neuen Linien der Gesellschaft Verluste bringen, weil jede neue Konzession für die Gesellschaft eine Ausdehnung ihres Machtbereichs bedeutet. Jetzt neue Konzessionen gewähren, hieße zugeben, daß die Stadt mit der Tatsache der Verlängerung der staatlichen Konzession sich abgefunden habe. Die Frage, ob der Gesellschaft noch neue Konzessionen zu gewähren seien, sollte in städtischen Kreisen ein für alle mal auscheiden. Die Magistratsmitglieder wären in der überwiegenden Zahl der gleichen Auffassung. Im Interesse der Würde der Stadt müsse man davon absehen, der Gesellschaft neue Konzessionen zu gewähren.

Unter allgemeiner Aufmerksamkeit des Ausschusses gab der Stadtverordnete Jacobi zu, daß auch nach seiner Ansicht die Gesellschaft die Auffassung haben dürfte, daß die Stadt mit dem Jahre 1919 eine vollständige Aenderung ihrer Verhältnisse zur Gesellschaft beabsichtige. Man könne der Gesellschaft für ihr Vorgehen vielleicht mildernde Umstände zubilligen, weil sie die Interessen ihrer Aktionäre zu vertreten habe und wohl fürchte, bis 1919 ihr Kapital nicht amortisieren zu können.

So sehr er aber auch das Verfahren der Gesellschaft beurteile, sei das für ihn kein Grund zu falschen Schritten. Lieber keine eignen Straßenbahnen als schlechte. Sein Vorschlag auf Grund des Vertrages den Bau der Nordlinie Weddingplatz—Basternplatz von der Gesellschaft zu verlangen, sei der beste.

Diesen Ausführungen wurde vom Oberbürgermeister wie von Stadträten Krause und Alberti entgegengetreten. Stadtver. Rosenow trat unter Beibringung interessanter Materialen warm für die Vorlage ein. Da auch die übrigen Redner, die dann noch zum Wort kamen, sich in dem oben dargelegten Sinn aussprachen, ist als Ergebnis der ersten Sitzung des Ausschusses die wichtige Tatsache festzustellen, daß das Vorgehen der Großen Straßenbahn-Gesellschaft von allen Rednern ohne Ausnahme scharf verurteilt worden ist.

Die nächste Sitzung des Ausschusses findet erst nach den Ferien statt.

## Gewerkchaftliches.

### Wichtig für Tarifgemeinschaften

Ist die Begründung des abweisenden Urteils in der Klage des Gewerkschafters Feh in Schwabach gegen die Gewerkschaftler Müller und Köhner in Nürnberg, die jener auf Betreiben der Gewerkschafts-Organisation angestrengt hatte, weil er aus einem tariffreien Silber-schlägerbetrieb als nicht tarifreuer Arbeiter auf die Wahrung des Besagten Müller hin wieder entlassen wurde. (S. Nr. 127 und 137 des „Vorwärts“.) Die Begründung des Urteils ist jetzt den Parteien zugegangen. Wir heben daraus das Folgende hervor:

In dem Urteil wird zunächst ausgeführt, daß die Hebung des danielerliegenden Silberschlägergewerbes durch tarifmäßige Vereinbarungen gesetzlich unbedenklich ist und im beiderseitigen wohlverstandenen Interesse gelegen war. Die Möglichkeit, daß außerhalb der Gemeinschaft stehende Personen von diesen Vereinbarungen nachteilig berührt werden, andere an ihrer rechtlichen Zulässigkeit nichts, sondern sei eine nicht seltene Erscheinung des wirtschaftlichen Lebens. Durch jeden Arbeitsvertrag werde derjenige geschädigt, der nicht in ihn mit einbezogen werde.

Im Konkurrenzkampf bestehe für den Kleinstehenden die Gefahr des Unterliegens gegenüber der zur genossenschaftlichen Selbsthilfe vereinigten Mehrheit, die eine größere Macht besitze.

Die Vertragsparteien der Tarifgemeinschaft waren berechtigt, zu vereinbaren, daß die beteiligten Unternehmer nur Angehörige des Deutschen Metallarbeiterverbandes als Arbeiter einstellen und daß dessen Mitglieder nur bei tariffreien Arbeitgebern eintreten sollten. Es könne daher nicht davon gesprochen werden, daß § 12 des Tarifvertrages, der diese Bestimmungen regelt, unbillig und deshalb un-gültig wäre. Wenn Müller den Arbeitgeber an die Einhaltung der Vertragsverpflichtung, nur tarifreue Arbeiter einzustellen, gemahnt hat, so habe er nur von seinem vertragsmäßigen Recht, als Mitglied der Tarifkommission an die Erfüllung einer Vertragsverpflichtung zu erinnern, Gebrauch gemacht.

Ein ungesetzliches Mittel wurde um so weniger angewendet, als es von dem Willen des Arbeitgebers abhing, der Wohnung Müllers nachzukommen oder nicht. Dessen Verhalten war mit Rücksicht auf die zu Grunde liegenden Bestimmungen der Tarifgemeinschaft weder illegal noch unbillig. Ebensowenig könne von der Anwendung eines Zwanges oder einer Prohibition und einer Verletzung des § 153 der Gewerbe-Ordnung die Rede sein, weil es sich lediglich um die praktische Durchführung des Tarifvertrages handelte. So wenig der Kläger Feh einen Rechtsanspruch auf Einstellung als Arbeiter hatte, ebensowenig hat er ein Recht auf Fortdauer seiner Beschäftigung. Als nicht tarifreuer Arbeiter hätte er überhaupt nicht eingestellt werden dürfen. Da es ferner von dem Willen des Arbeitgebers abhing, ob er den Kläger entlassen oder behalten und die aus der Weiterbeschäftigung entstehenden Folgen auf sich nehmen wollte, so fehlte es an dem rechtlich nötigen Kausalzusammenhang. Weder § 826 noch § 823 Abs. 2 B. G. B. seien verletzt worden. Denn mit der Wahrung zur Einhaltung des Tarifvertrages sei weder dem Kläger vorläufig ein Schaden zugefügt noch gegen ein zu seinem Schutze bestehendes Gesetz verstoßen worden. Die Sache war daher zur Endentscheidung reif und die Klage abzuweisen.

### Berlin und Umgegend.

Der Generalkonferenz der Steinseher ist in der am Sonntag bei Wille abgehaltenen Versammlung erklärt worden, nachdem — wie schon in der Sonntagsnummer des „Vorwärts“ bekannt gegeben — die Juning die allgemeine Aussperrung der Steinseher angeordnet hatte für den Fall, daß die Steinseher, die bei sechs Firmen die Arbeit eingestellt haben, dieselbe nicht bedingungslos bis Montag aufnehmen. Nachdem die ungeniebt stark besuchte Versammlung die Wiederaufnahme der Arbeit einstimmig abgelehnt hatte, gelangte nachstehende Resolution zur einstimmigen Annahme:

Die am 28. Juni tagende Versammlung der Steinseher Berlins und Umgegend — Verbandsmittelglieder und Gewerkschaftler — weist den Vorwurf der Berliner Steinseher-Juning, daß die Steinseher mit der Arbeitsniederlegung bei sechs Firmen Vertragsbruch begangen haben, mit aller Entschiedenheit zurück. Wenn in der Ver-

Wegierung der Arbeit seitens der Steinseher — ohne daß dieselben Forderungen gestellt haben — ein Vertragsbruch liegt, dann hat die Innung zuerst Vertragsbruch begangen, als die Mitglieder derselben in den ersten drei Tagen des Nummerstreiks über 250 Steinseher entließen, welchem Vertragsbruch dann durch die Ausführung der angebotenen Ausperrung der Steinseher die Krone aufgesetzt würde. Aus diesem Grunde lehnt die heutige Versammlung der Steinseher die Forderung der Innung, daß die Steinseher die Arbeit bedingungslos aufzunehmen haben, strikte ab. Da aber trotzdem anzunehmen ist, daß die Innung die angebotene Ausperrung ausführt, beschließt die heutige Versammlung, die Ausperrung gar nicht erst abzuwarten, sondern bei allen Firmen in Berlin und zwei Meilen Umkreis und auf allen außerhalb dieses Rahmens belegenen Bauten Berliner Meister, auch bei denen, die die Forderungen der Nummer beivilligt haben, die Arbeit sofort niederzulegen und nicht eher wieder aufzunehmen, als bis eine zu diesem Zweck einberufene Versammlung dies beschließt. Andererseits versprechen die Steinseher darauf hinzuwirken, daß falls ein Vertrag zu Stande kommt auf der Grundlage, daß die Forderungen der Nummer in zwei Raten zur Durchführung gelangen, die Nummer dieses annehmen. Endlich erklärt die Versammlung, daß die Arbeitseinstellung der Steinseher nicht bloß erfolgt aus Solidarität für die Nummer, sondern auch im Interesse der Erhaltung des Gewerbes, da die mit den angeforderten Arbeitswilligen ausgeführten Nummerarbeiten so sehr allen Anforderungen der Technik hohen sprechen, daß eine weitere Diskreditierung des Steinsehergewerbes die notwendige Folge davon sein muß.

Ueber den Stand des Streiks ist zu berichten, daß die Steinseher dem Beschlusse zum allergrößten Teile nach gekommen sind. Nur auf einer kleinen Anzahl von Bauten sind Streikbrecher festgehalten. Der Gewerbeverein der Steinseher beschloß in seiner am Sonntagabend abgehaltenen Mitgliederversammlung mit großer Stimmenmehrheit, sich am Streik nicht zu beteiligen. Trotzdem kann festgestellt werden, daß ein kleiner Teil der Gewerbevereiner diesen Beschluß nicht mitmacht, sondern sich ebenfalls dem Streik angeschlossen hat. Sollte die Innung auch jetzt ablehnen, vor dem Einigungsamt zu verhandeln, so gedenkt die Streikleitung in den nächsten Tagen eine Denkschrift an die Behörden zu veröffentlichen, in der die „Geschäftsgeheimnisse“ der Innungsmeister einer interessanten Beleuchtung unterzogen werden.

**Steinseherstreik.** In der heute abend stattgefundenen Versammlung der ausständigen Steinseher erklärte der Vorsitzende des Gewerbevereins, daß auch die übrigen Mitglieder derselben in einer Dienstagabend stattfindenden Versammlung beschließen würden. Die Lohnkommission der Steinseher wird sich mit der Lohnkommission der Steinseher in Verbindung setzen, daß überall da, wo arbeitswillige Steinseher arbeiten, die Steinmehnen das Ranten von Platten und Behauen von Vorhölzeln nicht ausführen.

#### Der Streik der Holzbildhauer

in den besseren Geschäften ist am Sonntag beschlossen worden. In der öffentlichen Bildhauer-Versammlung, die im Gewerkschaftshause tagte, wurde zunächst berichtet, daß die bei 50 Firmen mit zusammen 276 Gehilfen eingereichten Forderungen von 10 Firmen mit 50 Gehilfen sofort bewilligt worden sind; außerdem haben sich 5 Firmen bereit erklärt, sie teilweise zu bewilligen. Die Prinzipalvereinigung, der die Forderungen ebenfalls zugestellt wurden, hat darauf durch folgende am Freitag beschlossene Resolution geantwortet:

„In Erwägung, daß bei der augenblicklichen allgemein durchaus nicht glänzenden Geschäftslage eine Belastung unseres Berufes durch höhere Löhne schwere materielle, nicht einbringliche Opfer der davon Betroffenen bedeutet, muß die von selbständigen Bildhauern und Firmen, die Bildhauer beschäftigten, beschlossene Versammlung die Forderungen der Gehilfen in dieser Form ablehnen. Wir schlagen jedoch die Bildung einer selbständigen Lohnkommission von Gehilfen und Prinzipalen vor, welche eine allgemeine Regelung resp. Erhöhung der Löhne unter Berücksichtigung der Geschäftslage längere Zeit vorbereiten soll, unter deren Mitwirkung auch Lohnstreitigkeiten in einzelne Werkstätten sowie hervorgetretene Mißstände gewissenhaft geprüft und beseitigt werden sollen. Die Versammlung beauftragt die Lohnkommission der selbständigen Bildhauer, diesen Beschluß der Agitationskommission der Gehilfen sofort zu unterbreiten, und ermächtigt sie, die weiteren Schritte in dieser Sache zu veranlassen.“

Diese Resolution wurde der Lohnkommission der Gehilfen nebst einer längeren Begründung übergeben, in der davon die Rede ist, daß die „willkürlich herausgerissenen“ Firmen mit den Forderungen plötzlich übertrumpft worden seien, und daß das Vorgehen der Gehilfen außerdem „ein Verstoß gegen die nicht aufgeschobene Vereinbarung vom Jahre 1899“ sei. — Hierzu wurde von mehreren Rednern bemerkt, daß, wie auch aus dem Protokoll der Verhandlungen von 1899 nachgewiesen werden könne, irgend welche bindenden Vereinbarungen oder ein Tarifvertrag nicht zu Stande gekommen sei, nicht bestünde, noch bestanden habe. Im übrigen wurde die Resolution der Prinzipale von allen Rednern als eine Ablehnung der Forderungen und als ein Verschleppungsversuch aufgefaßt. Die Firma Röde, Wilschinerstr. 62, deren Inhaber sich für günstige Regelung der Angelegenheit ausgesprochen hat, hat nach Einreichung der Forderungen acht längere Zeit dort tätig gewesene Gehilfen entlassen, während bei der Firma Karl Müller, Wilschinerstr., alle Gehilfen ausgesperrt wurden und nun versucht wird, die Arbeit bei anderen Firmen fertigstellen zu lassen. Diese Tatsachen trugen selbstverständlich auch noch dazu bei, daß die Versammlung nicht zu der Auffassung kommen konnte, die Prinzipale seien auf friedlichem Wege zur Anerkennung der Forderungen zu bewegen. Einstimmig beschloß die Versammlung: „In allen Werkstätten, wo die geforderten 10 Proz. nicht bewilligt sind, haben die in Frage kommenden Kollegen sofort die Arbeit niederzulegen.“ Die Lohnkommission wurde jedoch beauftragt, sich mit der Meisterkommission in Verhandlungen einzulassen. Ferner beschloß die Versammlung: „In allen Werkstätten, die zu den weniger guten Geschäften gehören und die für die zum Herbst geplante Lohnbewegung in Betracht kommen, wo aber die Kollegen bereits Forderungen gestellt und nicht ganz die 10 Proz. bewilligt erhalten haben, es bei dem bis jetzt erzielten Resultat zu belassen.“

#### Zum Kampf im Bädergewerbe.

Herr Rechtsanwalt Loetow hat der Streikleitung am gestrigen Tage wieder eine Liste von Bädermeistern zugestellt, in deren Namen er mittelst, daß sie nicht in der Lage seien, die Forderungen des Gewerkschaftsverbandes zu erfüllen und daher mit ihren Gesellen anderweitige Vereinbarungen getroffen haben.“ Die Bädermeister protestierten gegen die Weiterveröffentlichung der Namen im „Vorwärts“.

Die Streikleitung kann hierzu wiederum erklären, daß ein großer Teil der Genannten die Bewilligung bisher ausreicht erhält, und daß teils die besten Mitglieder des Verbandes in diesen Betrieben arbeiten. Es entspricht auch nicht den Tatsachen, daß die von Rechtsanwalt Loetow aufgeführten Herren mit ihren Gesellen andere Vereinbarungen getroffen haben. Der Inhalt der Liste entspricht daher nicht den Tatsachen. Trotzdem wird die Streikleitung in den nächsten Tagen den genannten Bädermeistern in unzweideutiger Weise die Frage vorlegen, ob sie die Bedingungen des Rechtsanwalts Loetow als zu Recht bestehend betrachten oder nicht. — Es wäre wohl interessant zu erfahren, wie die Unterschriften unter der Vollmacht des Herrn Rechtsanwalts Loetow zu Stande kommen und ob ihm schon einer seiner Vollmachtgeber persönlich zu Gesicht gekommen bezw. gar um sein Einverständnis mit dem Vorgehen des Herrn Rechtsanwalts befragt worden ist.

#### Zum Streik der Cigarettenarbeiter wird und noch geschrieben:

Zu dem Eingangsbericht des Herrn Felix F. Hirsch, „Vorstand des Vereins deutscher Cigarettenfabrikanten zu Berlin“, in Nr. 148 des „Vorwärts“ gestatte ich mir folgendes zu erwidern:

Wenn Herr Hirsch glaubt, daß die Cigarettenarbeiter in Berlin im Stande wären in einen Streik einzutreten, nur um einen wöchentlichen Mehrverdienst von 5-7 M. zuzuschreiben, so unterschätzt er ihre geistigen Qualitäten doch ganz bedeutend und mutet mit dieser Rechnung wohl auch dem Leserkreis des „Vorwärts“ etwas zu viel Nabelstanz zu.

Tatsächlich handelt es sich, wie ich in meinem Referat ausführte, um einen Lohnausfall von 2-3 M. pro Woche, da die ausgesprochene Absicht bestand, für die Sorten ohne Mundstück, die bis jetzt mit nach Feierabend zu Hause geliebten Hälften hergestellt wurden, Maschinenhälften einzuführen und mit 30 Pf. pro Tausend zu berechnen, so daß ein Arbeitslohn von 2,20 M. anstatt wie früher 2,50 M. verbleibt.

Daß durch den Wegfall der Hausarbeit die Cigarettenarbeiter in der Lage wären, ihre tägliche Arbeitsleistung um 500 Stück zu steigern, muß ich entschieden bestreiten. Die Arbeitsweise in der Cigarettenindustrie ist schon jetzt eine derart aufreibende und nervenzerrüttende, daß davon keine Rede sein kann. Um den Lohnausfall von 30 Pf. pro 1000 Stück auszugleichen, wären die Cigarettenarbeiter nämlich an und für sich schon gezwungen, für jedes 1000 Stück circa 150 Stück mehr anzufertigen.

Außerdem hat uns mehrjährige Erfahrung schon bewiesen, daß von einer Steigerung des Verdienstes nicht die Rede sein kann, da für die Cigaretten mit Mundstück größtenteils schon jetzt Maschinenhälften geliefert wurden, und zwar zum Preise von 25 Pf. pro Tausend. Hier würde also nur ein Lohnausfall von 40 bis 60 Pf. pro Woche eintreten, der jedoch in keiner Weise wieder einzubringen ist, da ja die Arbeitsverhältnisse nicht geändert werden.

Zu erwähnen ist noch, daß Herr Mandelbaum bei der Einführung der Maschinenhälften zuerst nur 20 Pf. pro Tausend in Abzug brachte und erst später den Preis auf 25 Pf. erhöhte.

Dochachsend  
Franz Schmidt,  
Dragonerstr. 16 bei Patt.

Wie uns die Streikleitung mitteilt, ist dieselbe schon heute, Montagmorgen, mit dem Vorhingen des Vereins deutscher Cigarettenfabrikanten zu Berlin, Herrn Hirsch, in Verbindung getreten, um die von dieser Seite gewünschten Verhandlungen einzuleiten.

**Arbeiterferien.** Den Angestellten des Kunststudiums vormalis Otto Troitzsch in Schöneberg bei Berlin sind von Seiten des Instituts Ferien bewilligt. Sie erhalten nach einjähriger Tätigkeit drei Tage, nach zweijähriger vier Tage, nach dreijähriger fünf Tage und nach fünf Jahren sechs Tage Urlaub und Fortzahlung des Gehaltes. Außerdem wird den Angestellten aus einer zu diesem Zweck geschaffenen Stiftung noch ein Ferienzuschuß gewährt.

#### Deutsches Reich.

Der Centralverband des Massage-, Bade- und Krankenpflege-Personals tritt, wie das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission mitteilt, nach dem Ergebnis einer Abstimmung am 1. Juli in den Verband der deutschen Gemeinde- und Staatsarbeiter über. Mit dem gleichen Zeitpunkt stellt auch die „Sanitätskarte“, das hiesige Organ des erstgenannten Verbandes, ihr Erscheinen ein.

**Zum Lohnkampf im Königsberger Bauergewerbe.** An die Stadtverordneten-Versammlung, an den Magistrat und an den Regierungspräsidenten haben sich jetzt die Streikenden und an den Regierungspräsidenten in einer Resolution ersucht, der Eingabe des Bau-Arbeiterbundes betreffs Hinanschiebung der Arbeiten keine Folge zu geben, sondern im Interesse der Bürgerschaft auf pünktliche Fertigstellung der städtischen Arbeiten zu halten. An den Regierungspräsidenten wurde eine Resolution abgefaßt, in der protestiert wird gegen die Maßnahmen der Polizei, welche in den Streik im Bauergewerbe zum Nachteil der Arbeiter eingreifen. Ganz besonders wird protestiert gegen die Verfügung des Polizeipräsidenten gegen die Streikposten. Er wird ersucht, diesen Erlaß aufzuheben und den Polizeipräsidenten anzuhalten, in dem Streik die vollste Neutralität zu wahren. Schon am Dienstag wird sich das liberale Stadtparlament mit der Resolution der Arbeiter zu befassen haben.

Unterdessen geht die Polizei mit erneuter Schneidigkeit gegen Streikende vor. Ein junger Maurer aus der Provinz hatte vierzehn Tage auf einem Bau als Arbeitswilliger gearbeitet, dann aber trat er auch zu den Streikenden über; dabei redete er einem arbeitswilligen Arbeiter in friedlicher Weise zu, doch auch die Arbeit niederzulegen, dieser ergriff aber vor dem Spaten, holte zum Schlagen aus und schrie, daß er dem Maurer den Kopf spalten werde, davon ließ er aber doch noch rechtzeitig ab, dagegen ergriff er einen Knüttel und schlug damit dem Maurer auf den Kopf; der hielt sich jedoch die Hände vor, und so wurden nur diese getroffen. Nach Verübung dieser Heldenthat holte der Arbeiter, der sich seiner Würde voll bewußt war, die Polizei, und diese erschien auch sofort auf dem Plan. Sie verhaftete nun etwa nicht den Arbeiter, o nein, der Maurer wurde gefesselt und abgeführt. In Haft mußte er 1/2 Stunden bleiben. So geht die Polizei gegen Streikende vor.

Sogar die Feuerwehr wird zum Kampfe gegen die streikenden Maurer benützt. In Marienburg besteht seit vielen Wochen auch ein heftiger Lohnkampf im Bauergewerbe. Auch hier handelt es sich um eine Machtprobe der Herren Innungsmeister. Die Maurer verlangen die zehnjährige Arbeitszeit und einen Lohn von 40 Pf. pro Stunde. Sechs Unternehmer haben diese Forderungen bewilligt und bei diesen arbeiten 190 Gefellen. Bei den Scharmachern dagegen arbeiten Lehrlinge und einige Arbeitswillige noch 11-12 Stunden. Da nun die andern Maurer früher Feierabend haben, bleiben sie vor den Bauten der Innungsmeister oft stehen, um sich den Arbeitseifer der Arbeitswilligen anzusehen. So war es auch an einem Abend voriger Woche. Dazu hatten sich auch Frauen und Kinder eingefunden. Da plötzlich schritt die Polizei ein, alarmierte die Feuerwehr und nun war natürlich alles, was neugierig war, auf den Beinen. Die Maurer aber gingen ihrer Wege, zu Ausschreitungen kam es nicht, und Polizei und Feuerwehr konnten ihren Kampfeifer nicht befriedigen. Damit die Polizei nun doch nicht so abzugeben brauchte, nahm sie die Verhaftung eines Mannes vor. Dieser mußte aber bald wieder freigelassen werden, da es sich um Schmezer der Polizei handelte, daß er gar nicht an dem betreffenden Bau vorüber gegangen war. Die Ruhe und Besonnenheit dieser Maurer ist um so höher anzuschlagen, wenn man bedenkt, daß ihnen nicht einmal ein Versammlungslokal zur Verfügung steht. Die Provinzpresse aber berichtet trotzdem von einem großen Kravall zwischen den Streikenden und Arbeitswilligen. So, man bezeichnet die Maurer als Patrone, als eine Kette, gegen die die Polizei machtlos war. Zwei Maurer sollten einen Arbeiter in der brutalsten Weise mißhandelt haben usw. Jedes Wort war eine Lüge und Verleumdung. Die „angegebene“ „freiwillige“ Zeitung des Ostens, die „Danzigische Zeitung“, war im Vernehmen der Maurer selbst den konservativen Kreisblättern um eine Nasenlänge voran.

#### Ausland.

##### Zimmererstreik in Wien.

Wien, 26. Juni. Eine von 1500 Zimmerergehilfen besuchte Versammlung beschloß, wegen Nichterfüllung ihrer Forderungen seitens der Meister in den Zustand zu treten und den Platz zu sperren.

## Verammlungen.

Der Socialdemokratische Agitationsverein für den Reichstags-Wahlkreis Zalkau-Schwiebus-Krossen-Sommerfeld hielt seine Mitglieder-Versammlung am 14. Juni bei Grosser, Dirschstr. 89, ab. Zunächst gab der Vorsitzende einen Bericht über die politische und gewerkschaftliche Entwicklung, welcher mit großer Aufmerksamkeit entgegengenommen wurde. Hieran schloß sich eine rege Diskussion.

Die Redner sprachen sich dahin aus, daß man mit der Einberufung des Central-Wahlvereins schon einen großen Fortschritt gemacht habe. Es wurde ein Antrag angenommen, die Berichte vom Berliner Agitationsverein, welcher Mitglied des Central-Wahlvereins ist, nach jeder Monatsversammlung in der „Märkischen Volksstimme“ bekannt zu geben, um das Zusammenwirken der Filialen besser übersehen zu können. Zum Schluß ließen sich noch eine Anzahl Genossen in den Verein aufnehmen. Es gehören demselben ca. 70 Genossen aus dem Kreise an. Genossen, welche noch Mitglied des Central-Wahlvereins werden wollen, können sich melden beim Kassierer Richard Eimer, Fruchtstr. 69, b. 17. rechts.

**Nirzdorf.** In einer gut besuchten Mitglieder-Versammlung des Wahlvereins, welche am 14. Juni in den Victoria-Sälen stattfand, sprach Reichstags-Abgeordneter Genosse Zubeil über das Thema: „Die Herrenhäuser an der Arbeit“. Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Böcke meinte, wenn auch die Nirzdorfer Arbeiter bei Wahlen immer diejenigen seien, welche ihre Schuldigkeit thun, so bleibe am Ort doch noch sehr viel zu thun übrig. Mehr und mehr müßte die Agitation für den „Vorwärts“ entfaltet werden. Die Abkommenszahl sei immer noch viel zu gering. Nur durch die Arbeiterpresse könne Wissen unter den Massen verbreitet werden. Besonders sei es aber die Lokalpresse, welche in viel zu weitgehendem Maße unterläßt werde, obgleich dieselbe die Arbeiterschaft oft in der schmutzigsten Weise behandelt. Darum sei es Pflicht eines jeden einzelnen, dafür zu sorgen, daß an Stelle dieser wertlosen Lokalpresse der „Vorwärts“ mehr und mehr Eingang finde, wobei jedoch die Notwendigkeit der politischen und gewerkschaftlichen Organisation nicht außer Acht gelassen werden darf. — Hierauf erfolgte die Aufnahme von 21 neuen Mitgliedern. Gegen die Aufnahme eines Mitgliedes wurde Protest erhoben. Abgelehnt wurde die Aufnahme des Maurers Baum. Ausgeschlossen wurden die Mitglieder Adolf Brinle, Maurer, und Karl Fülle, Arbeiter. Hirschold gab darauf noch einen Ueberblick über den Stand des Bäderstreiks in Nirzdorf. In Nirzdorf hatten die Bädermeister, gezwungen durch den Druck des laufenden Publikums, die Forderungen der Gesellen sofort bewilligt. Dies behagte jedoch einzelnen Heißspornen der Bädermeister nicht und hatten dieselben daher einen besonders feinen Trick ausgefunden. Durch einen besonderen Vertrag, welchen sie von dem Berliner Vertrag abgeschrieben, jedoch in einzelnen Punkten bedeutend verschlechterten, wollten sie den Nirzdorfer Gesellen ihre Ertragschaften illusorisch machen. Vor allem wollten sie, wie sie selbst erklärten, an nichts gebunden sein. Nach allem, was bis jetzt in Erfahrung gebracht werden konnte, wollten die Bädermeister das Operationsfeld für ihre reaktionären Pläne nach Nirzdorf verlegen. Sie dürften jedoch die Rechnung ohne die Nirzdorfer Arbeiterschaft machen, welche ihnen schon die richtige Quittung erteilen wird.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

#### Brückeneinsturz.

München, 27. Juni. (B. S.) Heute nachmittags 2/3 Uhr senkte sich der zweite Pfeiler der im Bau befindlichen neuen Maximiliansbrücke um 40 Centimeter und wurden die vier Teile dieses Bogens von dem Hauptquadratteil losgelöst, so daß dieser Teil vollkommen freihängt. Wäre das Gerüst nicht vorhanden gewesen, so wäre der ganze Bau eingestürzt. Die Brücke muß abgetragen und neu aufgeführt werden. Das Veranlassen wird auf ein Erdbeben zurückgeführt, welches zu gleicher Zeit zwischen Bogenhausen und der Ludwigbrücke bemerkt wurde; mehrere Beamte des Volkshades wurden durch einen Stoß von ihren Sitzen geschleudert.

**Hof i. S., 27. Juni. (B. S.)** In dem Verleumdungsprozeß Münch-Herbert wurde das Urteil dahin abgeändert, daß Schmid auf Grund des § 188 zu 100 M., Münch-Herbert auf Grund des § 187 zu 150 M. Geldstrafe verurteilt wurden. Schmid wurde in einem Falle freigesprochen.

#### Verbotene Protest-Versammlung.

Freiburg i. S., 27. Juni. (B. S.) Eine Versammlung des Gewerkschaftsvereins, die gegen die Ausweisung ausländischer Studenten und Arbeiterführer Stellung nehmen sollte, wurde verboten.

Paris, 27. Juni. (B. L. B.) Depuтиertenkammer. Bei der fortgesetzten Beratung des Militärgesetzes regte Gauthier zum Artikel betreffend den Dienst im Falle einer Mobilisation die Frage der Dienstpflicht von Mitgliedern des Parlaments an. Kriegsminister Audré erwiderte, die Frage verdiene in einer besonderen Vorlage behandelt zu werden.

#### Die Karlsruher-Angelegenheit vor der Kommission.

Paris, 27. Juni. (B. L. B.) Die Kommission zur Untersuchung der Karlsruher-Angelegenheit verbot heute mehrere von Bresson namhaft gemachte Personen, die nichts von Belang ausfragten. Im Laufe seiner Vernehmung beschuldigte ein Zeuge namens Rager den Deputierten Pichat, er habe mit seinem Mandat Handel getrieben und mit Bresson zusammen Umtriebe gegen den Ministerpräsidenten Combes ins Werk gesetzt. Der Vorsitzende erhob gegen diese Beschuldigungen Einspruch und stellte Pichat anheim, den Zeugen vor das Schwurgericht stellen zu lassen.

Paris, 27. Juni. (B. L. B.) Die Freiherrn Alphons, Gustav und Edmund v. Rothschild haben dem Handelsminister Trouillot heute abend mitgeteilt, daß sie beabsichtigen, 10 Millionen Frank zur Schaffung billiger Wohnungen und zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter zu spenden.

Paris, 27. Juni. (B. S.) In Algier fanden gestern die Wahlen für den Generalrat statt. In Algier wurden 2 Liberale und 10 Ministerielle gewählt, in Constantine 2 Antisemiten und 13 Republikaner.

Rouen, 27. Juni. (B. S.) Bei dem gestrigen Pferdewettrennen kamen zahlreiche Unfälle vor. In dem Militärrennen stürzte 3 Offiziere und wurden schwer verletzt. In der großen Steapelwette stürzten zwei Jockeys, welche tödlich verletzt wurden.

Madrid, 27. Juni. (B. S.) Der Abgeordnete Alaraz ist von den Oppositionsparteien beauftragt worden, vor der Kammer gegen die Reform des Konkordates das Wort zu ergreifen. Die „Epoca“ berichtet, daß die Beratung des Konkordates nicht vor dem Herbst stattfinden wird. Die Cortes würden noch in dieser Woche verlegt werden.

London, 27. Juni. (B. L. B.) Oberhaus. Lord Newton lenkt die Aufmerksamkeit des Hauses auf den Bericht der Kommission, die über die Angelegenheiten der Wils und der Freiwilligen beraten hat und die regelrechte Aushebung der Freiwilligen vorschlägt. Darauf erklärt der Unterstaatssekretär des Kriegsdepartaments Carl of Donoughmore, England bleibe, sobald es in einem Kriege die Seeherrschaft verliere, nichts übrig als Frieden zu schließen. Der Vorschlag auf Einführung der Konfiskation sei unnützlich, denn letztere werde durch die Bedürfnisse der Lage gefordert.

London, 27. Juni. (B. L. B.) Auf Vorschlag des Handelsministers Gerald Balfour wird am 7. Juli eine freundschaftliche Besprechung über die bestehenden Meinungsverschiedenheiten zwischen Generaldirektor Ballin von der Hamburg-Amerika-Linie und Lord Inverchilde im Hause Balfours stattfinden.

Rien, 27. Juni. (B. S.) Infolge der Aufhebung einer nihilistischen Geheimbruderei durch die Polizei fanden Massenverhaftungen von Sozialisten statt, darunter diejenige des Schriftstellers Pawlowicz Apfalnow.

Lima, 27. Juni. (B. L. B.) Circa 20 000 Parteigänger der demokratischen Partei veranstalteten gestern in den Straßen der Hauptstadt einen Umzug; 5000 Anhänger der Bürgerpartei machten eine Gegenumgebung in Callao. In Lima kam es gestern Nacht zu einem Kampf, bei dem Schüsse gewechselt wurden. Eine Person wurde getötet, zehn verwundet.

Herrenhaus.

21. Sitzung. Montag, den 27. Juni, 1 Uhr.

Am Ministertische: Herr v. Rheinbaben.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst Petitionen.

Eine Petition des Ostpreussischen Städtetages um eine der Einwohnerzahl und den Steuerleistungen der Städte entsprechende Vertretung derselben auf den Kreistagen beantragt die Kommission durch Uebergang zur Tagesordnung zu erledigen in Erwägung, daß die Petition das praktische Bedürfnis für Abänderung des Wahlrechtes nicht erwiesen hat, und ferner im Vertrauen, daß die königliche Staatsregierung zur gesetzgeberischen Beseitigung etwa hervortretender Unzulänglichkeiten die Initiative ergreifen wird.

Der Antrag der Petitionskommission wird debattelos angenommen.

Es folgt die Beratung des Lotteriegesezes.

Die Kommission beantragt, den Entwurf in der von dem Abgeordnetenhaus beschlossenen Fassung anzunehmen.

Oberbürgermeister Struwwann erklärt, daß er trotz mancher Bedenken in der Kommission für das Gesetz gestimmt habe. Nachher habe er sich die Sache aber anders überlegt. Ein gesetzgeberischer Akt mit diesem ausgesprochenen Zweck sei in der Gesetzgebung noch nicht dagewesen, und allein das müsse Bedenken erregen.

Das Gesetz wird hierauf ohne weitere Debatte un verändert angenommen.

Es folgt die Novelle zum Gesetz über die ärztlichen Ehrengerichte, das Umlagerrecht und die Klassen der Kerkzellenkammern.

Die Kommission beantragt

1. dem Entwurf in der vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Fassung zuzustimmen;

2. den Kultusminister zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß der Jahresbetrag der aufzubringenden Beiträge, abgesehen von den Kopfeinkommenbeiträgen, von den Kerkzellenkammern nicht höher als auf 5 Proz. der Staats-Einkommensteuer festgesetzt werde.

Oberbergamt Dr. Wächter: Die Zuschläge zur Einkommensteuer, die die Kerkzellenkammern erheben darf, müssen erhebliche Bedenken hervorrufen. Sollte der Kultusminister sich mit der Resolution nicht einverstanden erklären, dann müßten wir diese Bestimmung in das Gesetz aufnehmen.

Minister a. D. Herr Lucius v. Ballhausen: Man hätte den Ärzten die Pflicht auferlegen sollen, ihre Einkommen aus ihrer ärztlichen Tätigkeit zu deklarieren; damit wäre für genügende Klärung gesorgt worden. Man muß doch bedenken, daß in Berlin über 72 Proz. der Ärzte unter 5000 M. Einkommen haben. Die Zweidrittel-Mehrheit der Ärzte ist also minderbemittelt. Bei dem Vorschlag, auf die Staatseinkommensteuer noch Zuschläge zu legen, handelt es sich um einen belohnen kommunalistischen und sozialistischen Vorstoß. Persönlich möchte ich bemerken, daß ich nie zur Steuer herangezogen bin, obwohl ich das Staatsvermögen gemacht habe. Ich habe allerdings nie die ärztliche Praxis ausgeübt. (Heiterkeit.)

Kultusminister Dr. Studt: Alle Kerkzellenkammern mit Ausnahme der von Berlin erheben nur einen einheitlichen Kopfbeitrag von jedem Arzt. Die Berliner Kerkzellenkammer hat sich größere Aufgaben gestellt, vor allem die Unterstützung der bedürftigen Mitglieder. Dazu reichen aber die Mittel nicht. Es war deshalb in irgend einer Weise Vorsorge zu treffen. Die Kerkzellenkammer hat das durch einen Zuschlag zur Staatseinkommensteuer getan. Ich kann namens der Staatsregierung versprechen, daß wir nach den in der Resolution niedergelegten Wünschen verfahren werden.

v. Buch beantragt, im § 49a die Bestimmung zu streichen, daß Zuschläge zur Einkommensteuer erhoben werden.

Dr. Wächter bittet, im Interesse des rechtzeitigen Zustandekommens des Gesetzes von dieser Änderung abzusehen.

Graf Schlieben beantragt, das Gesetz an die Kommission zurückzugeben.

Kultusminister Dr. Studt bittet, das Gesetz nicht durch beratige Entwürfe zum Scheitern zu bringen.

Oberbürgermeister Völsch-Danzig: Das Gesetz hat in der Kommission keinen so recht gefaßt. Die Gegner konnten sich nur nicht einig werden und so wurde es schließlich angenommen. Es wird hier ein Besteuerungsrecht konstruiert, das bisher noch nicht dagewesen ist. Wenn wir dem Gesetz zustimmen, so würden wir es nur aus Gutwilligkeit thun, damit überhaupt etwas zu Stande kommt, und mit dem Trost, daß es mit dem Besteuerungsrecht in der Praxis nicht so schlimm werden wird.

Kultusminister Dr. Studt: Die Befürchtungen des Herrn Vordredners kann ich nicht teilen. Die Vorlage stellt in Wirklichkeit eine wesentliche Einschränkung des bisher unbeschränkten Besteuerungsrechtes der Kerkzellenkammern dar.

Minister a. D. Herr Lucius v. Ballhausen bestreitet, daß es die Absicht des Gesetzgebers gewesen sei, ein solches unbeschränktes Besteuerungsrecht zu verleihen.

Kultusminister Dr. Studt beruft sich bezüglich seiner Auffassung auf den alten Wortlaut des § 49. Eine Begrenzung des Besteuerungsrechtes sei im alten Gesetz nicht vorhanden gewesen.

Der Berichterstatter, Professor Küster-Marburg, bittet dringend, das Gesetz unverändert anzunehmen, weil es sonst ganz unter den Tisch fallen würde. Gerade die wohlhabenden Ärzte, um deren Schutz sich das Haus so bemüht, seien mit dem Entwurf durchaus einverstanden.

Graf Eulenburg bittet, das Gesetz nicht erst an die Kommission zurückzugeben, da ein Erfolg doch nicht erzielt werden würde.

Der Antrag auf Zurückverweisung an die Kommission wird abgelehnt.

Die Abstimmung über den Antrag v. Buch — Abänderung des § 49a — bleibt zunächst zweifelhaft.

Der Präsident schlägt namentliche Abstimmung vor. (Widerstand.) Die Schriftführer machen darauf aufmerksam, daß nicht 60 Mitglieder im Hause sind.

Präsident Fürst zu Jun und Kniphausen: Wollen die Herren den Versuch machen, ob außerhalb des Saales noch Mitglieder vorhanden sind? (Heiterkeit.)

Nach einer Pause, in der sich noch einige Mitglieder efinden, wird die Abstimmung wiederholt.

Das Ergebnis ist, daß der Antrag v. Buch mit 34 gegen 33 Stimmen angenommen wird.

Der Rest des Gesetzes wird debattelos angenommen.

Da der Antrag v. Buch nur handschriftlich vorlag, muß die Abstimmung darüber nach der Geschäftsordnung morgen, wenn er gedruckt vorliegt, wiederholt werden.

Es folgt der Gesetzentwurf betreffend die Vertretung des Staatsfonds auf den Kreistagen und bei den Wahlen für den Provinzial-Landtag in der Provinz Polen.

Gegen den Widerspruch des Herrn v. Chlapowski, der darauf hinweist, daß durch diesen Gesetzentwurf die Erbitterung der Polen nur gesteigert würde, wird die Vorlage un verändert angenommen.

Wenn der Gesetzentwurf betr. die Erweiterung des Hofens in Anstalt.

Letzter Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Finanzkommission über den aus der Initiative des Abgeordnetenhauses hervorgegangenen Gesetzentwurf betreffend die Gewährung von Belohnungen an die Veteranen aus dem Kriege von 1864.

Die Resolution der Kommission wird angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Dienstag 2 Uhr. Resolutions-Vorlagen, eventuell Kirchensteuer-Gesetz.

Schluß 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

89. Sitzung am Montag, den 27. Juni 1904,

mittags 12 Uhr.

Am Ministertische: Freiherr v. Rheinbaben, Freiherr v. Hammerstein.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Uebersicht über die Staats-Einnahmen und Ausgaben im Jahre 1902.

Abg. Dr. Sattler (natl.) erklärt, daß er eine größere Reihe von Ausstellungen wegen der Staatsüberschreitungen zu machen hätte, die eine längere Debatte hervorrufen würden. Er beantrage daher zur Geschäftsordnung, mit Rücksicht auf die Wichtigkeit des letzten Punktes der Tagesordnung (Anfiedelungsgesetz) diesen Gegenstand abzusehen. Da die Polen Widerspruch erheben, muß abgestimmt werden. Für den Antrag stimmen konservative, Freikonserervative, Nationalliberale und der größere Teil des Centrums mit den Abgg. Dr. Bachem und Dr. Pösch. (Beiwegung bei den Polen.) Der Vorschlag ist somit angenommen.

Die Wahl des Ab. Stöckmann-Beglar (l.) wird nach dem Antrage der Abteilungen für gültig erklärt.

Es folgt die dritte Beratung des Gesetzentwurfes wegen Erhöhung des Kapitals der Seehandlung.

Abg. v. Strombeck (c.) macht einige Bedenken gegen die Vorlage geltend, bleibt aber auf der Tribüne unverständlich.

Abg. Gylling (fr. Sp.): Ich gebe dem Abg. Strombeck darin vollkommen recht, daß die größte Gefahr, die durch diesen Gesetzentwurf droht, die Unkontrollierbarkeit der Seehandlung ist.

Finanzminister Herr v. Rheinbaben: Die Staatsregierung hat niemals im mindesten die Absicht gehabt, bei anderen Verwaltungen Reservefonds anzusammeln. Auch bei der Seehandlung bedürfen alle über den gewöhnlichen Geschäftskreis hinausgehenden Geschäfte die Zustimmung des Finanzministers, der ihnen verantwortlich ist. Damit schließt die Besprechung.

Es folgt die zweite Beratung des Anfiedelungsgesetzes.

Abg. Noeren (c.) zur Geschäftsordnung beantragt, wie die Kommission und das Herrenhaus gethan haben, die Besprechung beim § 13b zu beginnen, der die Anfiedelungserlaubnis von einer Bescheinigung des Regierungspräsidenten abhängig macht.

Abg. Glagel (natl.) schließt sich dem Antrage an, da sich an diesen Paragraphen am besten die allgemeine Erörterung anknüpfen ließe.

Abg. v. Dziembowski-Pomian (Pol.) beantragt, nur über den ersten Absatz des § 13b zu beraten, da zu dem folgenden seine Partei Abänderungsanträge gestellt habe.

Abg. Herr v. Jedity (fr.) beantragt, nur die allgemeine Besprechung über den § 13b vorzunehmen, aber die Abstimmung an der gehörigen Stelle zu vollziehen.

Diesem Antrag stimmt das Haus zu.

Abg. v. Dziembowski (Pol.) beantragt Zurückverweisung der Vorlage an die Kommission. In der Kommission ist unser Antrag, die Regierung möge uns Material zur Begründung ihrer Behauptungen in den Motiven zur Vorlage beibringen, abgelehnt worden. Wir haben gar nicht erfahren, ob die Regierung die Absicht hat, uns derartiges Material vorzulegen, oder ob sie es nicht vorlegen kann. Jedenfalls ist das Material in der Kommission noch nicht genügend geprüft worden. — Redner geht unter großer Unruhe der Reden zur Begründung seines Antrages auf die Kommissionsberatungen ein.

Abg. Dr. Friedberg (natl.): Die Begründung des Antrages des Herrn Vordredners war außerordentlich schwach. (Woh! bei den Polen.) Wenn er hervorgehoben hat, daß eine Reihe von Fragen in der Kommission nicht beantwortet seien, so enthält der Kommissionsbericht erscheinende Auskunft darüber, warum diese Fragen nicht beantwortet sind. Es giebt eben Leute, die soviel fragen können, daß ein Kluger es nicht beantworten kann. (Große Heiterkeit.) Ich sehe in dem Antrage weiter nichts als den ersten Vorstoß in der Richtung einer Verschleppungsaktion.

Abg. v. Starzynski (Pol.): Ich kann mich dem Antrage des Herrn v. Dziembowski nur anschließen. (Lachen rechts.) Ueber meine Ausführungen in der Kommission steht überhaupt nichts im Kommissionsbericht. Ich verleihe es wohl, daß meine Ausführungen der Regierung und der Mehrheit des Hauses unbedeutend sind, das ist aber kein Grund, sie im Bericht überhaupt zu ignorieren. Ich hoffe, die Majorität dieses Hauses wird noch Wert auf objektive und nicht tendenziöse gefärbte Berichte legen.

Abg. v. Dziembowski (mit großer Unruhe der Reden empfangen): Ich muß Herrn Friedberg das Recht absprechen, hier wie ein Professor meiner Begründung die Censur schwach zu erteilen.

Präsident v. Ardenner: Sie dürfen nicht auf die Stellung eines Abgeordneten außerhalb des Hauses zu sprechen kommen.

Abg. v. Dziembowski: Herr Friedberg meint, wir trieben Obstruktion. Wenn er darunter das Stellen von Anträgen versteht, die nicht zur Sache gehören, so werden wir solche Obstruktionen nicht treiben, aber wir verlangen eine gründliche und sachliche Beratung dieser wichtigen Gesetze.

Abg. Friedberg (natl.) meint, daß Herr v. Dziembowski nach seiner eignen Definition sich bereits mitten in der Obstruktion befinde. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

Abg. v. Cnuern (natl.) fordert den Präsidenten auf, den Berichterstatter gegen den Vorwurf einer tendenziösen Berichterstattung in Schutz zu nehmen.

Präsident v. Ardenner: Dazu glaube ich nicht das Recht zu haben.

Abg. v. Dziembowski (Pol.) polemisiert nochmals kurz gegen den Abg. Dr. Friedberg.

Der Antrag auf Zurückverweisung wird hierauf gegen die Stimmen der Freisinnigen, Polen und des Centrums abgelehnt.

Das Haus tritt somit beim § 13b in die zweite Beratung des Anfiedelungsgesetzes ein. § 13b bestimmt:

Die Anfiedelungsgenehmigung ist im Geltungsgebiet des Gesetzes betreffend die Beförderung deutscher Anfiedelungen in den Provinzen Westpreußen und Polen, vom 26. April 1888, zu verweigern, so lange nicht eine Bescheinigung des Regierungspräsidenten vorliegt, daß die Anfiedelung mit den Zielen des bezeichneten Gesetzes nicht im Widerspruch steht.

In den Provinzen Ostpreußen und Schlessen und den Regierungsbezirken Frankfurt, Stettin und Köslin findet diese Vorschrift sinngemäß Anwendung.

Wird die Bescheinigung verweigert, so findet nur die Beschränkung an den Oberpräsidenten statt, der endgültig entscheidet. Falls die Beschränkung für begründet erklärt wird, gilt die Bescheinigung als erteilt.

Abg. Noeren (c.):

Niemand wird bestreiten können, daß die Vorlage von weittragender wirtschaftlicher und politischer Bedeutung ist. Ramentlich erstere können wir noch gar nicht absehen. Man macht es der polnischen Bevölkerung unmöglich, sich in ihrer Heimat anzusiedeln, man entwertet dadurch den Grund und Boden. Deshalb müssen sich auch die Proteste aus gut deutschen landwirtschaftlichen Kreisen, wie z. B. von den landwirtschaftlichen Vereinen der Kreise Marienwerder und Thorn. (Hört! hört! links.) Und die rechtlichen, verfassungsmäßigen Bedenken werden nicht nur von den Feinden der gegenwärtigen Polenpolitik, sondern auch von ihren besten Freunden erhoben. Das beweisen die Herrenansreden des Herzogs von Ratibor, der Herren v. Wirbacz und Wanteuffel! Wenn trotzdem jetzt kurz vor der Verlegung entgegen den ausdrücklichen Beschlüssen des Senatskonvents und bei dieser Geschäftslage des Hauses die Vorlage durchberaten und angenommen werden soll, so macht das keinen guten Eindruck weder im Hause noch im Lande. (Lebhafte Zustimmung bei den Polen, den Freisinnigen und

im Centrum.) Dadurch werden Sie den Polen nicht imponieren, nicht hänge machen. Sie fühlen ganz deutlich: Wenn eine Politik erst zu solchen Mitteln greifen muß wie dem gegenwärtigen Gesetz, dann steht sie nahe vor dem Zusammenbruch. (Sehr wahr! links und im Centrum.) Dann sind die Zustände schon unhaltbar und werden völlig unhaltbar werden, wenn auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete dieses Gesetz erst seine vollen Wirkungen geltend macht. Den Schaden wird wohl das Deutschthum haben, und die Polen werden zu seinen unerbittlichen Gegnern geworden sein. (Wiesaches Bravo! links und im Centrum.) Keins unserer Bedenken gegen die Vorlage ist gerüstet worden. Wir sagen nach wie vor: sie widerspricht Recht und Gerechtigkeit und ist eine ungeheuerliche Härte gegen die polnische Bevölkerung. Es ist eine unbillige Härte, daß man den Polen verweigert, sich auf ihrer Scholle eine Heimstätte zu gründen, doppelt unbillig deshalb, weil sie die ärmste und unintelligenteste Schicht der Bevölkerung, die Kleinbauern trifft und sie unerbittlich ins jüdische Proletariat hinüberdrückt. Aber das Gesetz steht nicht nur mit dem Geist, sondern auch mit dem Wortlaut der Verfassung in Widerspruch. Es ist vom Regierungsvorsteher in der Kommission ausdrücklich zugegeben worden, daß wenn durch das Gesetz die Polen in Bezug auf den Eigentums-erwerb oder die Anfiedelungsmöglichkeit schlechter gestellt werden wie die Deutschen, es dem Artikel 4 der Verfassung widerspricht. Nun muß nach dem § 13b den Polen die Anfiedelung in den genannten Provinzen verboten werden. (Widerstand rechts und bei den Nationalliberalen.) Das Gesetz von 1888 bezweckt die Förderung der deutschen, die Zurückdrängung der polnischen Anfiedelungen. Also widerspricht jede polnische Anfiedelung seinem Zweck und muß verboten werden. (Zustimmung im Centrum und links.) Aber auch der Eigentumsvererb wird für die Polen beschränkt; denn es wird ihnen unmöglich gemacht, ein Grundstück zu erwerben auf dem sie sich ansiedeln können. Ist das aber der Fall, so widerspricht der § 13b nicht nur dem Artikel 4 und 9 der Preussischen Verfassung, sondern auch dem Reichsrecht. (Sehr wahr! links und im Centrum.) Deshalb werden wir gegen den § 13b und im Falle seiner Annahme gegen das ganze Gesetz stimmen. In jedem Falle aber müssen wir verlangen, daß das Gesetz verfassungsmäßig erledigt wird. Jede Verfassungsänderung muß nach Artikel 107 der Verfassung nach 21 Tagen nochmals beraten werden. Wir verlangen, daß auch mit diesem Gesetz so verfahren wird. (Lebhafte Beifall links und im Centrum.)

Abg. Glagel (natl.):

Nach den eben mit großer Berbe vorgebrachten Ausführungen könnte es ja wirklich so scheinen, als ob hier wirklich jemand Gewalt angethan werden sollte. (Große Heiterkeit bei den Polen.) Wo aber wird es in diesem Paragraphen irgend einem Polen verweigert, Grundstücke zu erwerben? (Lachen bei den Polen.) Wenn die Vorlage der Verfassung widersprechen würde, so wären meine Freunde nicht dafür zu haben sein. (Große Heiterkeit links.)

Man sagt, es wird das Recht jedes Staatsbürgers verlegt, sich niederzulassen und Grundstücke zu erwerben. Haben denn aber die Polen, die großpolnische Agitation treiben, überhaupt die Absicht, die Grundstücke zu behalten? Nein, sie wollen sie parzellieren (Lachen bei den Polen). Von einer Behinderung der Freizügigkeit kann ebensowenig die Rede sein. Der einzige, der behindert wird, sind die polnischen Parzellierungsbanken. Sie werden behindert in ihrer Freizügigkeit in das deutsche Gebiet und das wollen wir. (Woh! bei den Nationalliberalen.) Das einzige Bedenken, das ernstlich zu bestehen wäre ist, ob der Paragraph dem Artikel 4 der preussischen Verfassung widerspricht, wonach alle Preußen vor dem Gesetz gleich sind. Bei Abfassung dieses Paragraphen hat man an unseren Fall nicht gedacht und nicht denken können. (Große Heiterkeit und Aufse: Selbstverständlich! bei den Polen.) Es wird in diesem Paragraphen lediglich der Nachweis verlangt, daß die Anfiedelung mit den Zielen des Anfiedelungsgesetzes von 1888 in Einklang stehe. Und dieses Anfiedelungsgesetz hat noch niemand in diesem Hause als mit der Verfassung im Widerspruch stehend bezeichnet. (Abg. v. Dziembowski: Im Reichstage ja!) Alle Bedenken aber sind beseitigt durch den Artikel 62 des Einführungs-gesetzes des Bürgerlichen Gesetzbuches, der bestimmt: unberührt bleiben die landesgesetzlichen Vorschriften über Rentengüter. Man beruft sich auf den Geist der Verfassung. Es ist ja sehr schwierig, den Geist dieser im Sturm geborenen Verfassung heute anzulegen. Gewöhnlich ist es der Herren eigener Geist, der aus der Auslegung spricht. Der wesentlichste Punkt des Geistes der preussischen Verfassung ist die Integrität Preußens. Die großpolnische Agitation sollte sich also am wenigsten auf den Geist der Verfassung berufen. Für uns kommt vor allem in Betracht die wirtschaftliche Bedeutung des Gesetzes gegenüber dem Vorliegen der polnischen Parzellierungsbanken, das Herr v. Rodzielski mit dankenswerter Deutlichkeit gekennzeichnet hat. Wir hoffen, daß die Regierung auf dem hier beschrittenen Wege weiter voranschreiten wird. Wir wollen lediglich die Deutschen vor der Ausrottung durch die Polen schützen. Ich hoffe, daß, wenn dieses Gesetz durchdringt, dann mehr Frieden in jenen Landesteilen platzgreifen wird. (Lachen bei den Polen.)

Abg. Dr. v. Dziembowski-Pomian (Pol.):

Der Vordredner schloß mit dem Wunsch nach Frieden. Hat er vergessen, daß die Regierung immer wieder erklärt hat, sie brauche Kampfswaffen? Im übrigen war die ganze Rede des Abg. Glagel eine Wiederholung der Argumente des Herrenhauses und der ersten Lesung. Aber wir haben in der Kommission den Beweis angetreten, daß für diese Beurteilungen Voraussetzungen maßgebend sind, die mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmen. Ich werde den Beweis hier fortführen und hoffe, daß dann auch der Abg. Glagel für meinen Rückverweigungsantrag stimmen wird, um die heftigen Punkte zu klären. Zur Entstehungsgeschichte des Gesetzes beruft sich die Regierung auf eine Resolution dieses Hauses. Sie liegt hier vor mir, hat aber eine diesem Gesetz gerade entgegengesetzte Tendenz. Allerdings auch eine Methode, und von der Stellung von Resolutionen überhaupt abzusehen.

Juristisch genommen ist die Vorlage unglücklich mangelhaft angeordnet. Wenn sie in dieser vom Herrenhaus noch verschlechterten Form angenommen wird, so wird sie noch in späteren Jahrhunderten als Wunderwerk juristischer Technik betwundert werden. (Heiterkeit.) Bei Gegenfragen sieht „ferner“, wenn eine Bestimmung auf Ausnahmen bezogen wird, heißt es „auch“. Umwandlung einer Anfiedelung soll u. a. auch die Verpachtung bedeuten usw. In der ersten Lesung vertrat die Regierung den Standpunkt, Art. 4 der Verfassung sei nur rechtlicher Ungleichheit auf Grund sozial verschiedener Stellung entgegen. Diese Auffassung hat man in der Kommission nicht preisgegeben. Jetzt läßt man sich mit der Ausrede, das Gesetz treffe auch die Deutschen. Da muß ich doch als deren Sachwalter auftreten. Was haben die armen Deutschen im Osten gethan, daß die Regierung sie bestrafen will? (Heiterkeit und sehr gut! bei den Polen.) Herr Glagel meinte, wir sollten hier überhaupt die Verfassung aus dem Spiel lassen, bei deren Schaffung habe man einen solchen Fall nicht vorgeesehen. Darin gebe ich ihm zum erstenmal recht.

Als die preussische Verfassung geschaffen wurde, hat niemand ein solches Ausnahmegesetz für möglich gehalten und vor allem niemand gedacht, daß ein Mann, der sich liberal nennt, ein solches Gesetz vertreten könnte. (Lebhafte Zustimmung bei den Polen.) Im Bürgerlichen Gesetzbuche aber hat noch vor wenigen Jahren der Reichstag die Bestimmung getroffen, daß das Gesetz von 1888 durch dieses Gesetz nicht getroffen werden solle. Trotzdem Herr Dr. Niederding brachte, daran das ganze Gesetz scheitern zu lassen, lehnte also der Reichstag ab, das Anfiedelungsgesetz auf das Privatrecht auszuweiten. Was wende ich mich zu den thatsächlichen Angaben des Abg. Glagel (Lachen rechts.) Wir haben Ihnen ja vorher gesagt, daß zum zu dieser Zeit jede sorgfältige Erörterung zu viel

sein wird, aber wir werden unsre Pflicht gewissenhaft bis zum letzten Augenblick thun. (Lebhafte Zustimmung bei den Polen.)

Die Angaben der Minister haben wir in der Kommission als unzulänglich, als falsch angegriffen; aber Herr Gagel erklärt, sie seien authentisches Material. Ich beneide ihn nicht um seinen frommen Kirchenglauben. Wenn wirklich das Deutschtum in Polen zurückgeht, so deshalb, weil die deutschen Besitzer ihre Güter an die An siedelungskommission verkaufen und sich dann möglichst schnell davon machen. Es ist ihnen als anständigen Menschen unangenehm, gegen ihren polnischen Nachbarn eine feindliche, aggressive Politik treiben zu müssen.

Ich kann mich dahin zusammensetzen: Der Entwurf muß Schaden stiften, weil er Haß gegen das Deutschtum und gegen die Urheber des Gesetzes erwecken muß, ein Haß, dessen bedenkliche Folgen sie später sehen werden. Das Gesetz widerspricht dem Christentum, denn es ist aus Haß gegen ein andres Volk herbeorgegangen. Und weil das Gesetz gegen Recht, Billigkeit und Religion verstößt, weil es Haß sät und Haß erntet wird, darum bin ich stolz darauf, gegen diesen Gesetzentwurf zu stimmen, und bedaure lebhaft alle diejenigen, die durch die Macht der Verhältnisse und die Verkettung der Umstände sich gezwungen sehen, dafür einzutreten. (Lebhafte Weisfall bei den Polen.)

Abg. Frhr. v. Jeddli (fr.): Der Herr Vorredner hat den händlichen Beweis geliefert, wie notwendig die Erledigung dieser Vorlage jetzt vor der Vertagung war. Herr v. Dziembowski hat mit großer juristischer Spitzfindigkeit (Lebhafte Widerspruch bei den Polen) es verstanden, die Verschleppung dieser Beratung durchzuführen. Man hat mich ja sonst als „Oberverschleppungsrat“ bezeichnet (Heiterkeit); wenn ich aber eine gewisse Verzögerung in der Beratung einer Vorlage herbeigeführt habe, so nur, um eine gewisse Verständigung zu ermöglichen, während die Taktik des Herrn v. Dziembowski offensichtlich darauf ausgeht, das Gesetz nicht zu Stande kommen zu lassen. Alle die Anträge, die Herr v. Dziembowski gestellt hat, dienen offenbar diesem Zweck. (Widerspruch bei den Polen.) Herr v. Dziembowski hat geglaubt, sich als Beschützer des deutschen Grundbesitzes im Osten auszuweisen zu sollen. Davon kann aber keine Rede sein, daß der Grundbesitz in den polnischen Provinzen durch das Gesetz entwertet werden wird, er wird höchstens etwas im Preise sinken, nachdem in den den letzten Jahren die Preise künstlich in die Höhe getrieben sind. Ebenjowenig ist eine Verfassungswidrigkeit in dem § 13b enthalten. Er richtet sich weder gegen die Polen allein noch gegen alle Polen. Auch Deutschen, die den Bestimmungen des Gesetzes nicht entsprechen, kann die Ansiedelung verweigert werden. — Für uns ist es gewiß nicht angenehm, ein solches Gesetz beschließen zu müssen. Die Verantwortung dafür aber tragen diejenigen, welche durch ihre Verhetzung den Kampf in den Ostmarken heraufbeschworen haben. (Große Unruhe bei den Polen. Lebhafter Weisfall rechts.)

Abg. Träger (fr. Sp.):

(Auf der Tribüne sehr schwer verständlich.) Unsr Hoffnng, daß dieser vielumstrittene Paragraf von der Kommission gestrichen werden würde, hat sich leider nicht erfüllt, und so muß ich meine Erklärung aus der ersten Lesung wiederholen, daß beim Bestehen dieses Paragrafen die Vorlage für uns unannehmbar ist. (Gravo! bei den Polen.) Keine Gründe sind für den Paragrafen nicht angeführt worden. Es sind nur die alten Erwägungen dafür und dagegen wiederholt worden. Zwischen dieser Vorlage, die eine eklantante Verfassung-Verletzung bedeutet, und dem Gesetz von 1886 besteht ein fundamentaler Unterschied. Jenes Gesetz bezweckte die Beförderung der deutschen Ansiedelungstätigkeit und tastete die Rechte der polnischen Bevölkerung absolut nicht an. Wenn aber vielleicht mandmal Zwangsmittel angewendet wurden, um die Polen, die nicht zum Verkauf geneigt waren, doch dazu zu zwingen, so war das eine mißbräuchliche Anwendung des Gesetzes. Diese Vorlage aber will den Polen das Recht des freien Grundbesitzes nehmen; darüber kann kein Zweifel sein. Freilich hat man in der Vorlage eine Art Vogel Strauß-Politik getrieben; wie bei den bekannnten Vögeln kann man hier fragen: wo ist der Hahn! (Heiterkeit.) Der unbefangene Beschauer wird den Polen auch nicht entgehen. Wer aber zu lesen versteht, wird sofort erklären, daß es sich hier in Wahrheit um ein Ausnahmengesetz gegen die Polen handelt. (Sehr richtig! bei den Polen.) Bis jetzt giebt es nur einen Fall, in dem die Ansiedelung verweigert werden kann, wenn nämlich der Betreffende als notorischer Wilddieb überführt ist. In diesem Gesetz werden also gewissermaßen die Polen auf eine Stufe mit den Wilddieben gestellt.

In der Kommission erklärte der Minister v. Hammerstein, man wolle durch dieses Gesetz das Deutschtum fördern, aber nicht durch Unterdrückung der Polen. Nun meine ich ja von vornherein, daß es zur Förderung des Deutschtums andre würdigere Mittel giebt als dieses Gesetz. (Zurufe rechts: Kennen! Kennen!) Ich glaube, daß durch die Erfüllung der „sogenannten Kulturaufgaben“ sich wesentlich mehr erreichen ließe. (Sehr wahr! links.) Das Gesetz von 1886 ließ dem Polen wenigstens noch die freie Entscheidung darüber, ob er von der Scholle weichen oder ob er den an ihn herantretenden Versuchungen standhalten wollte. Aber mit diesem Gesetz will man die Polen gewaltsam verdrängen und verjagen. Wie man das aber macht, ohne sie zu unterdrücken, das einzusehen scheint mir wieder die juristische Spitzfindigkeit. (Heiterkeit.) Man wird mir zugeben müssen, daß diese gewaltsame Verjagung Unterdrückung der Polen in schärfster Form ist. (Lebhafte Zustimmung links und bei den Polen.) Man will den Polen das Recht auf die Ansiedelung nehmen, ein Menschenrecht, ein Grundrecht, das ebenso alt ist wie das Recht auf die Muttersprache, das den Polen ebenfalls in vielfach ungerechter Weise genommen wird. (Vielfaches: Sehr gut! links.) Das alles verstößt wider den Geist der Verfassung, und der ist's, den wir hochhalten und lebendig erhalten wollen. Der Abg. Gagel hat ganz recht, die Männer, die im besten Patriotismus diese Verfassung schufen, haben nicht daran gedacht, daß jemals in mitleidtem Patriotismus ein derartiges Gesetz geschaffen werden könnte. (Große Unruhe rechts.) Aber sie wollten die Verfassung als Regulator hinfassen, als unverrückbaren Punkt, zu dem bei jedem Gesetz hingesehen werden mußte, und daß dieses Gesetz dem Geiste der Verfassung aufs äußerste widerspricht, daran zweifelt ja im Ernst niemand. Wir sind für ein Ausnahmengesetz nicht zu haben. (Lebhafte Sehr gut! links.) Auch nach den Erfahrungen, die Sie mit Ausnahmengesetzen gemacht haben, sollten Sie sich wohl hüten, diesen gefährlichen und schlüpfrigen Weg aufs neue zu betreten. Ich erinnere Sie an die Erfahrungen beim Kulturkampf, der so schmachlich versumpft ist, daß kein Mensch ihn mehr mitgemacht haben will. (Heiterkeit.) Ich habe von vornherein ein besonderes Mißtrauen dagegen, wenn die nationalen Kaufmann mit so gewaltigem Nachdruck geblasen werden. Der wahrhafte Patriotismus macht davon kein Aufhebens; ihm ist der Patriotismus selbstverständliche Voraussetzung für sein Handeln und Wirken. Wenn aber jemand kommt und uns predigt, das Deutschtum sei aufs äußerste bedrängt und verfallend rettungslos dem Polentum, wenn diese Vorlage nicht angenommen würde, so glaube ich ihm nicht. Kein schimmerer Dienst la, in dem Deutschtum im Osten erwiesen werden, als die Annahme dieser Vorlage, die allem Recht und aller Gerechtigkeit Hohn spricht.

(Stürmischer anhaltender Weisfall links. Wütendes Zischen rechts. Erneute laute Erörterung. Der Redner wird beim Verlassen der Tribüne von den polnischen und freisinnigen Abgeordneten lebhaft begrüßt. Unter der lebhaften Bewegung gehen die ersten Worte des Ministers völlig verloren.)

Minister des Innern Freiherr v. Hammerstein:

Auch ich wünsche nicht, daß immerzu die „nationalen Kaufmann“ geblasen werden. Das Bewußtsein der Nationalität und das Gefühl, daß wir alle nach patriotischen Gesichtspunkten handeln, sollte Allgemeinut in diesem hohen Hause sein. Aber ich muß den Ton nationaler Entzückung anschlagen gegen Bestrebungen, die gegen den Bestand des Staates Preußen gerichtet sind. (Lachen bei den Polen.) Die Regierung hatte die Pflicht, darüber nachzudenken, wie die preussische Herrschaft im Osten des Staates dauernd gesichert werden könne,

und sie hat es für notwendig gehalten, ihr neue Kraft durch diesen vielumstrittenen § 13b zu geben. Sie hat sich mit schwerem Herzen dazu entschlossen (Hört! hört! links); denn sie weiß, daß dieser Paragraf in gewissem Sinne gerichtet ist gegen einen Teil unsrer preussischen Bevölkerung. (Große Bewegung links und im Centrum.) Aber nicht gegen diejenigen Polen, welche die preussische Herrschaft anerkennen und sich als Preußen fühlen, sondern gegen diejenigen Polen, welche in ihrem Herzen und vielfach auch in ihren Handlungen dahin zielen, die Bande, die sie mit Preußen für alle Zeit unwiderbringlich verknüpft haben, wieder zu lösen. (Lachen bei den Polen. Rufe: Beweisen! Beweisen! Laute Gegenrufe rechts: Ruhe! Ruhe! Präsident v. Kröcher bittet um Ruhe.) Dafür braucht man ja bloß Ihre Presse anzusehen, die Reden in Ihren Versammlungen, in denen Sie die Deutschen im Osten für Unkraut unter Ihrem Weizen erklären, die Erklärung, die jüngst auf amerikanischen Kongressen abgegeben worden ist. (Stürmische Heiterkeit links.) Wir sind gern bereit, mit Ihnen zu arbeiten, aber nur unter der Voraussetzung, daß Sie innerlich wirklich Preußen sind. Herr Träger hat allerlei Gegensätze zwischen den Erklärungen der Regierung konstruiert. Wenn ich jemals eine juristische Spitzfindigkeit gehört habe, war dies eine der schönsten. Nicht deshalb soll jemand die Erlaubnis zur Ansiedelung verweigert werden, weil er ein Pole ist, sondern nur dann, wenn durch seine Ansiedelung eine politische Gefahr entsteht. (Hört! hört! links.) Ich habe in der Kommission nicht gesagt, daß die Preise allgemein erheblich heruntergehen würden, sondern lediglich, daß der übermäßigen Preissteigerung für die Zukunft ein Ende gemacht würde. — Ich habe den Eindruck, als wären die Herren vom Centrum der Ansicht, das Gesetz richte sich nicht sowohl gegen die Polen als gegen die Katholiken in den polnischen Provinzen. Nichts liegt aber der königlichen Staatsregierung ferner, als gegen die katholische Kirche gesetzgebend vorzugehen. Wir würden im Gegenteil glücklich sein, wenn wir mit Hilfe der katholischen Kirche unsre politische Herrschaft in den Ostmarken verstärken könnten. Ich habe ja Ihnen (zum Centrum) das allerfesteste Vertrauen, daß Ihr Deutschtum ebenso stark und fest ist wie das der Mehrheitsparteien. Sie haben sich dem Kriege von 1870 nicht deshalb widersetzt, weil Frankreich ein katholisches Land ist (Oh, oh! Rufe im Centrum) und so hoffe ich, daß Sie auch dieser Vorlage Ihre Zustimmung nicht versagen werden.

Justizminister Schönafeldt:

In Bezug auf die verfassungswidrigen Bedenken kann ich mich auf meine Erklärungen in der ersten Lesung beziehen, da neue Momente nicht vorgebracht sind. Der Minister polemisiert in einzelnen gegen die Ausführungen der Abg. Träger und v. Dziembowski, bleibt aber auf der Tribüne unverständlich. Es giebt keine Bestimmung in der Verfassung, welche es der Regierung unmöglich macht, nationale Wirtschaftspolitik zu treiben, deshalb hoffe ich, daß die Mehrheit des Hauses für das Gesetz stimmen wird.

Abg. Fallaste (l.):

Wir haben die verfassungswidrigen Bedenken, die gegen die Vorlage geäußert sind, auf das ernstlichste geprüft, um zu beweisen, daß wir durchaus gewiß sind, die Verfassung hochzuhalten auch gegenüber den Polen. Wir haben aber einen Widerspruch gegen die Verfassung in der Vorlage nicht finden können. Der Satz „Alle Preußen sind vor dem Gesetz gleich“, ist nicht an sich zu verstehen, denn in demselben Gesetz befinden sich besondere Bestimmungen über Befugnisse des Königs, der Minister usw. Auch hat fast die Hälfte der Bevölkerung, nämlich das weibliche Geschlecht, eines der wichtigsten Rechte, das Wahrecht, nicht. (Sehr wahr! links.) Der Satz, alle Preußen sind vor dem Gesetz gleich, ist eben nur im Zusammenhang mit dem gleich darauf folgenden „Standesunterschiede finden nicht statt“ zu verstehen. — Ueber die innerliche Gerechtigkeit der Vorlage und mit den Gegnern der Vorlage auseinander zu setzen, ist zwecklos. Wir sind uns bewußt, daß das Gesetz auch nachteilige Folgen haben kann für gutgestimmte Deutsche, aber diese werden als gute Deutsche gerne diese Nachteile auf sich nehmen im Interesse der Gesamtheit. (Lebhafte Weisfall rechts.)

Abg. Heiß (l.) verteidigt unter großer Unruhe des Hauses den ablehnenden Standpunkt des Centrums.

Abg. Sieg (natl.)

tritt auf Grund seiner persönlichen genauen Kenntnis der Verhältnisse im Osten für die Vorlage ein. Die jüdischen Wucherer seien Wohlthäter gewesen im Verhältnis zu den polnischen Volksbanken. Durch dieses Gesetz wird endlich dem Unwesen der Güterpreissteigerung, durch den Geschäftspoloniismus ein Ende gemacht werden. Den Polen, die jetzt gegen dieses Gesetz eintreten, sage ich, daß sie nie wieder in dieses Haus zurückkehren werden: Die Herren Kuleroff, Wreski und Korschan besorgen das viel besser, was Sie jetzt treiben. (Große Heiterkeit.) Aber es giebt ja auch unter den Polen noch Bernünftige. (Lachen bei den Polen.) Lachen Sie doch nicht, wenn ich Ihnen Verzicht zuspreche (Große Heiterkeit rechts), die Deutschen können es sich nicht länger gefallen lassen, daß Tag für Tag Flugblätter herausgehen, die auffordern, bei Deutschen und Juden nicht zu laufen. (Zuruf bei den Polen: Notwehr!) Wenn wir uns erst auf den rein deutschen Standpunkt stellen und keinen polnischen Arbeiter mehr beschäftigen wollten, dann wären Sie pleite! (Stürmische Heiterkeit rechts.) Ich bin auf der ländlichen Scholle geboren und will auf ihr sterben und sie meiner Familie erhalten. Dazu muß es endlich aufhören mit dem Güterschacher. Aus diesen Gründen allein hoffe ich, daß dieses Gesetz angenommen wird und zum Segen der östlichen Provinzen ausschlage. (Lebhafte, anhaltender Weisfall rechts, lautes Zischen bei den Polen.)

Ein Schlußantrag wird gegen die Stimmen des Centrums und der Linken angenommen.

Persönlich protestiert

Abg. Dr. v. Dziembowski (Pole) gegen den Vorwurf des Herrn v. Jeddli, der in dem Hinweis auf den § 1 der preussischen Verfassung gelegen habe. Aus der Verdächtigung, daß er gleichsam Hochverrat treibe, entnehme er das Eingeständnis der Unfähigkeit zur sachlichen Widerlegung.

Präsident v. Kröcher: Das war eine persönliche Bemerkung, die Herr v. Jeddli hätte machen können. (Große Heiterkeit.)

Abg. Freiherr v. Jeddli: Ich bin bereit, den Vorwurf zurückzunehmen, wenn der Vorredner oder einer seiner Reaktionsgenossen die Erklärung abgibt, daß sie auch im inneren Herzen sich als Preußen fühlen.

Abg. Dr. v. Dziembowski: Wir sind leider durch den Schluß der Debatte verhindert worden, eine Erklärung im Sinne des Herrn v. Jeddli abzugeben. (Stürmische Heiterkeit links, große Unruhe rechts.)

Der Präsident schlägt vor, die nächste Sitzung abzuhalten Dienstag 11 Uhr mit folgender Tagesordnung: 1. Rest der heutigen Tagesordnung. 2. Erste und zweite Lesung des Initiativantrages v. Krenberg (l.) und Genossen über eine Abänderung des Fleischbeschaugesetzes. 3. Zweite und dritte Lesung des Gesetzentwurfes über die Stellung der Kreis-Aerzte. 4. Dritte Lesung des Antrages v. Krenberg.

Abg. Fischbeck (fr. Sp.): Es ist merkwürdig, daß der Präsident aus der Fülle der Initiativanträge gerade den jüngsten herausgegriffen hat und zur Beratung stellen will. Er hätte doch die Pflicht gehabt, die Initiativanträge in ihrer zeitlichen Reihenfolge zur Vertagung zu stellen. Das Fleischbeschaugesetz ist in drei Lesungen und noch in einer Kommission beraten worden. Nächst nach 1 1/2 Jahren merken jetzt die Herren, daß sie etwas ganz andres beschließen haben als sie meinten. Es wäre danach doch besser, wenn Sie sich jetzt mehr Zeit ließen. Sie müssen sich genau überlegen, ob Sie jetzt wirklich meinen, was Sie beantragen. (Große Heiterkeit links, Unruhe rechts.)

Abg. Graf Limburg-Stirum: Nach den diesjährigen Beratungen im Plenum und in der Kommission über das Fleischbeschau-Gesetz ist die Materie jetzt so spruchreif geworden, daß wir diesmal wohl annehmen können, daß wir dasjenige sagen, was wir meinen. (Große Heiterkeit.)

Abg. Friedberg (natl.): Herr Fischbeck hat mit Recht darauf hingewiesen, daß es ein ungewöhnlicher Vorgang ist, wenn hier ein

Initiativantrag vor sieben andern vorgezogen wird. Ich bitte dem Herren Präsidenten, das anzuführen.

Präsident v. Kröcher: Das ist gar nichts Ungewöhnliches. Die Reihenfolge der Initiativanträge besteht nur für die Schwereinstage, an gewöhnlichen Tagen kann jeder Antrag heraufgesetzt werden.

Abg. Fischbeck: Das Bureau darf keinen Antrag bezogegen, ohne die Parteien, die frühere Anträge haben, zu befragen.

Präsident v. Kröcher: Nicht das Bureau schlägt vor, sondern der Präsident, und das Haus hat dann die Entscheidung.

Es bleibt somit bei der vom Präsidenten vorgeschlagenen Tagesordnung.

Schluß 5 1/2 Uhr.

## Pommernbank-Prozess.

Herr Justizrat Sello hat nicht das Bedürfnis, die „öffentliche Reuegerde“ zu befriedigen, die über die Aufwendungen des Conto K. volle Aufklärung verlangt. Die Bedürfnisse des Verteidigers richten sich nach denen der Angeklagten, und niemand kann ihm daraus einen Vorwurf machen, daß er nicht mehr sagen will, als was den Interessen seiner Klienten entspricht. Was in solchem Falle aber die „öffentliche Reuegerde“ auf das höchste erregen muß, das ist die auffällige Harmonie zwischen Angeklagten, Verteidigern und Anklagebehörde, die in diesem Konzert des Schweigens in Erscheinung tritt. Dessen öffentliche Gerichtsverhandlungen — und die Öffentlichkeit in diesem Prozesse ist in keinem Augenblick ausgeschlossen gewesen — haben nun einmal den Zweck, vor aller Augen das Material der Thatsachen auszubreiten, das für Schuld und Unschuld spricht. Sie haben allerdings den Zweck, von dem Herr Sello so verächtlich spricht, nämlich den — die öffentliche Reuegerde zu befriedigen; und wenn der Verteidiger zugiebt, daß diese Befriedigung nicht erfolgt ist, so ist gleichzeitig damit eingestanden, daß das Verfahren in diesem Hofbank-Prozess ein angenehmes Mittelbild von moderner Gerichtsbarkeit und absolutistischer Kabinettsjustiz ist.

Gleichwohl war das Wenige, was Herr Justizrat Sello unter strengster Wahrung des „Princip der Diskretion“ zu sagen hatte, überraschend genug. Die Verteidigung hat offensichtlich eine Schwänkung vollzogen. Während sie nämlich bisher den Vorwurf der Untreue in puncto K. durch die plausible Behauptung zu widerlegen versuchte, das Geld sei im Interesse der Bank ausgegeben worden — „man nennt das Geschäftlich, und man weiß, wozu man das giebt“ —, vertrat Herr Justizrat Sello die Meinung, daß die Summen des K-Contos aus dem — Privateigentum der Hofbankiers stammten, daß diese also über deren Verwendung niemand Rechenschaft schuldig seien! Diese 685 000 M. stammten aus einem Guthaben, das den Angeklagten von der Immobilien-Verkehrsbank zu stand. Demnach geht es keinen Menschen etwas an, wem die Schuld und Komeid ihre Wohlthaten zugewendet haben, aber die sie, sagt Herr Sello, „mit größter Bescheidenheit“ schweigend. Die Angeklagten wären noch in den letzten Tagen des Jahres 1900, als der Run bereits im vollen Gange war, berechtigt gewesen, ungeheure Summen als ihr Eigentum aus der Bank abzuheben, nach ihrem Belieben zu verwenden und auch — wenn sie wollten — in die eigne Tasche zu stecken, sagt Herr Sello.

Diskretion ist Princip! Korruption ist Privatfahel! Der Verteidiger der Hofbankiers haßt das gemeine Volk und seine „öffentliche“ Reuegerde. Er giebt sich diskret in das still-vornehme Hofbankcomptoir zurück, wo man wohlthut und sich lieber steinigen läßt, als daß man sich dazu herabließen, von seinen guten Werken auf offenem Markte zu reden.

Und die Wahrheit? „Was ist Wahrheit?“ fragt Herr Sello zum Schluß seiner Rede, da wo er schon Verteidiger zu sein aufhört und Hofprediger zu werden anfängt, mit seiner Ironie. Dann aber wird er gerührt und patriotisch, und wie er versichert, daß seine Klienten „eine vereinzeltten Erscheinungen im Wirtschaftsleben unsres teuren Vaterlandes seien“, reißt er nicht nur die Herzen mit sich, sondern befriedigt gleichmäßig alle Ueberzeugungen.

Kadetten er geschlossen — es war etwa 3 Uhr und er hatte im Ganzen elf Stunden gesprochen — richtete der Rechtsanwalt Friedmann noch eine Kanonade gegen den Rufstörer Geheimrat v. Bude, der das „Princip der Diskretion“ so schmachlich zu durchbrechen versucht hatte. Herr Friedmann weiß dafür keinen andren Erklärungsgrund als den, daß seine Klienten vor der Öffentlichkeit dadurch diskreditiert werden sollten, daß man ihren Namen mit dem des Herrn v. Wirsach in Verbindung brachte. Hat der Oberhofmeister der Kaiserin wirklich einen so schlechten Ruf?

Am Dienstag wollen die Staatsanwälte antworten. Freitag wird voraussichtlich das Urteil verkündet:

Der Gerichtsbericht meldet: Nach Eröffnung der Sitzung durch Landgerichts-Direktor Heidrich eröffnet Justizrat Dr. Sello das Wort zur Fortsetzung seines Plaidoyers. Er macht zunächst

die Vermögensverhältnisse der Immobilien-Verkehrsbank zum Gegenstande einer rückschauenden Betrachtung auf Grund der Ergebnisse der Beweisaufnahme und sucht nachzuweisen, daß neben den durchaus hinreichenden hypothekarischen Sicherheiten die Pommernbank in der Person der Immobilien-Verkehrsbank auch eine durchaus potente persönliche Schuldnerin hatte. Die Gründung der Immobilien-Verkehrsbank im Jahre 1890 war ein glücklicher, ein notwendiger Gedanke. Die Pommernbank mußte, um zu genehen und die vorhandenen großen Schäden zu heilen, eine derartige Bank gründen, die eine größere Ellenbogenfreiheit hatte, wie die Pommernbank. Die Immobilien-Verkehrsbank hat zweifelslos eine fast ausgeprägte wirtschaftliche Selbständigkeit gehabt, genommen und gewahrt. Sie war, wie der Verteidiger unter Vorführung der einschlägigen Zahlen unter Veranziehung der Gutachten der Herren Fuchsle und Kruse nachzuweisen sucht, eine geradezu reiche Gesellschaft und die Angeklagten Schuld und Komeid dursten sie in bestem Glauben dafür halten. Die königliche Staatsanwaltschaft macht nun einfach einen Strich und sagt mit einem verächtlichen Köcheln: es handelt sich ja gumeist um zweifelhafte Hypotheken, und solche sind nichts wert. Der Staatsanwalt tadelt damit nicht nur die frühere, sondern auch die jetzige Gesetzgebung. Denn nach § 11 des Hypothekensank-Gesetzes können zweifelhafte Hypotheken unter Umständen als Pfandbriefunterlagen benutzt werden. Es kommt also nicht auf die Stelle an, wo die Hypotheken stehen, sondern auf ihren wirklichen Wert. Ganz unbestreitbar ist es, daß die Immobilien-Verkehrsbank ihre Finsen selbst von allmählich notleidenden Grundstücken prompt bezahlt hat und ebenso unbestreitbar ist es, daß in dem Vermögen der Immobilien-Verkehrsbank ein solches, bisher noch lange nicht gebobener Schatz vorhanden und daß in hohem Maße zu erwarten war, was Herr Dernburg in der Vorkensprache als Beneficium bezeichnet hat. Die hier in Frage stehenden Grundstücke erhielten ihren wirtschaftlichen Wert erst dadurch, daß die Pommernbank als finanziell mächtiger Hindernis hinter ihr stand, und die zur Ausschließung der Terrains notwendigen Kapitalien ihr gab. Ein Loch in dieser Berechnung ist erst dadurch entstanden, daß ohne den Willen der Angeklagten die Katastrophe eintrat, die die Immobilien-Verkehrsbank ihrer kräftigsten Stütze beraubte. Der schwere Vorwurf, mit dem Herr Geheimrat v. Bude im vorgeschrittenen Stadium der Verhandlung hervorgetreten ist und der dahin ging, daß die Pommernbank bei Beleihungen zur dritten Person einen andren Pfandstab angelegt habe, als bei Beleihungen für die Immobilien-Verkehrsbank, trifft absolut nicht zu, sie wird schon dadurch geschlagen, daß nach den Feststellungen der Bankkommission die

Hauptfächlichsten Verluste nicht bei den Beleihungen von Grundstücken der Immobilien-Verkehrsbank, sondern bei fremden Grundstücken entstanden sind. Eine längere Betrachtung widmet der Verteidiger der Behauptung der Staatsanwaltschaft bezüglich der angeblichen

**„Scheingewinne“**

die bei der Commerzbank in die Erscheinung getreten sein sollen lediglich zu dem Zweck, für die einzelnen Jahre hohe Gewinne in den Bilanzen erscheinen zu lassen und dadurch die Verteilung hoher Tantiemen und Dividenden zu begründen. Diese Gewinne sind, wie Justizrat Seilo nach kritischer Untersuchung der einzelnen in Frage kommenden Geschäfte behauptet, keineswegs Scheingewinne, denn die Geschäfte der Commerzbank mit den Nebengesellschaften waren durchaus keine Schein-, sondern sehr ernste Geschäfte, über die sehr ernst verhandelt und gestritten worden ist. Die Angeklagten waren nicht die habfüchtigen Tantiemenhändler, die nur Scheingewinne auf dem Papier zu selbstwichtigen Gewinnen erscheinen ließen, und es ist unverständlich, wie die Staatsanwaltschaft noch immer an der entgegengegesetzten Behauptung festhalten kann, nachdem nachgewiesen worden ist, daß die Angeklagten in den Jahren 1894—1898 große Gewinne tantiemenfrei haben zurückstellen lassen und auf 272 000 M. Tantieme verzichtet haben, zu deren Bezug sie nach Gesetz und Statut voll berechtigt waren. — Der Verteidiger wendet sich sodann dem dritten Abschnitt der Anklage, den

**Fällen der indirekten Untreue**

zu. Es sind dies die Fälle, in denen die Angeklagten durch Ueberweisung minderwertiger Vermögensstücke an die Immobilien-Verkehrsbank die Commerzbank indirekt geschädigt haben sollen. Die Behauptungen des Staatsanwalts, daß die Streich-Aktien minderwertig waren, hält der Verteidiger durch die Ergebnisse der Beweisaufnahme und seine hierauf begründeten Ausführungen über die tatsächlichen Verhältnisse bei der Streichbank herrschenden Verhältnisse für vollständig widerlegt. Bei der Besprechung derjenigen Ueberweisungen, die die Angeklagten in den Jahren 1899/1900 vorgenommen haben, um ihr persönliches Schulds- und Lombardkonto bei der Immobilien-Verkehrsbank zu tilgen, verweilt Redner insbesondere längere Zeit bei der Ueberweisung des Anteils des Angeklagten Schulz an der Immobilien-Erwerbsgesellschaft und zeigt, daß die Bewertung dieses Anteils mit 120 000 M. eine ungeheuer niedrige war, da das „Beneficium“, welches in der Immobilien-Erwerbsgesellschaft lag, ein sehr großes war. Das Guthaben, welches die Immobilien-Verkehrsbank bei dem Angeklagten hatte, war durch die Ueberweisungen mehr als überdeckt, und wenn die Angeklagten zu der Zeit, als in der „Frankf. Stg.“ die abfällige Kritik über das Concern begann, durch diese Ueberweisungen mit einem Schlag aus der ganzen Verbindung herauskommen wollten, so war dies nur anständig und vornehm. Alles was die Immobilien-Verkehrsbank an diesen Ueberweisungen an Verlusten erlitten haben soll, ist völlig unzutreffend. Was den in der Öffentlichkeit

**besonders lebhaft besprochenen Posten**

betrifft, so steht nach der Beweisaufnahme genau das Gegenteil von dem fest, was man in der stets unerschütterlichen öffentlichen Meinung behauptet. Es steht fest, daß die Angeklagten aus ihren eignen Mitteln und auf Kosten ihres eignen Vermögens große Mittel zu Wohltätigkeitszwecken hergegeben und dabei die löbliche Discretion von Männern bewahrt haben, die ihre Wohltätigkeit nicht an die große Glocke bringen. Es kann gar nicht bestritten werden, daß die Summe von mehr als 600 000 M., die die Angeklagten entnahmen, das buchmäßige Guthaben war, das ihnen an der Immobilien-Verkehrsbank zustand, welches nicht erst im Jahre 1899 geschaffen worden ist, um ihnen diese Zuwendungen zu ermöglichen, sondern welches bereits aus dem März 1899 stammte, während es sich hier um Zuwendungen aus dem Herbst 1900 handelt. Schon diesem Umstand sollte dem Gerichte ein Ende machen! Wenn aus diesem Guthaben der Angeklagten an die Immobilien-Verkehrsbank, welches sie schon 1899 hatten und das sie bis zum letzten Heller in ihre eigne Tasche stecken durften, sie erhebliche Summen zu Kirchenbauten, Krankenhäusern usw. vermandten, so kann nur die ausgesprochene Absicht, ihnen unter allen Umständen Untreue zu geben und sie unter allen Umständen als ungetreue Vertreter fremden Vermögens hinzustellen, ihnen daraus einen Vorwurf machen. Nun sagt der Staatsanwalt: Ja, die Gelder zur Auszahlung dieses Guthabens hat sich die Immobilien-Verkehrsbank von der Commerzbank erst leihen müssen! Es ist aber

nachgewiesen, daß über die Hälfte jener 600 000 M. durch eine erstfällige Hypothek auf das Rindorfer Terrain gedeckt worden und die zweite Hälfte durch zweite Hypotheken, die aber unanfechtbar sind. Es steht also fest, daß die Angeklagten sich Geld, welches sie schon seit einhalb Jahren von der Immobilien-Verkehrsbank zu fordern hatten, sich haben zahlen lassen, und daß sie dieses Geld, für welches sie keinem Menschen Rechenschaft schuldig sind, aus diesen oder jenen Gründen zu Wohltätigkeitszwecken verwendet haben.

Nach Erörterung der noch übrig bleibenden Kapitel der Anklage schließt Justizrat Seilo etwa wie folgt: Was ich Ihnen vorgetragen habe, ist das, was ich nach ernster und gewissenhafter Prüfung für die Wahrheit halte. Das Durchbringen zum Ziele der Wahrheit

ist keinem von uns vergönnt, jeder von uns kann nur versuchen, nach seinem besten Können dem Ziele der Wahrheit so nahe als möglich zu kommen. Das habe ich in ernster Arbeit an meinem Teil versucht. Wenn man annahm, daß diese Angeklagten die größten Verbrecher und ihre Thaten die größten Verbrechen gewesen seien, so ist diese Legende für alle Zeiten zerstört. Wir haben es hier nicht mit einer isolierten Erscheinung zu thun, sondern mit einer Einzelercheinung der gesamten wirtschaftlichen Krise, die eine Reihe von Jahren unser teures Vaterland erschüttert hat. Man glaube eine Zeitlang, daß unser Deutschland ein Land der unbegrenzten wirtschaftlichen Möglichkeiten sei, aber auf den Kaufschloß das lendemain, auf die goldenen Zukunftshoffnungen die nüchternen Zahlen des Kurstzettels. Und wie es nun einmal Menschengedrauh bei derartigen Katastrophen ist, daß man nach dem Zertrüßern, nach dem Wod sucht, den man für die Sünden aller in die Wüste schießt, so war es auch hier. Die Angeklagten sind die Opfer dieser wirtschaftlichen Selbsttäuschung gewesen, in der sie glaubten, daß infolge des anscheinend unanfechtlichen Emporsteigens unserer Industrie auch die Grundstückspreise immer weiter steigen würden. Daß sie die Möglichkeit der Katastrophe von 1901 nicht ins Auge gefaßt haben, ist ihr Fehler, für den sie büßen. Ist dies ein sittlicher Fehler gewesen? Nein! Optimismus und frischer Wagemut haben schon oft große kulturelle Fortschritte gezeitigt, wer will sagen, daß die Leute des Geistes weniger richtig handelten, als die kleinen Spürer, die in ihnen nichts sahen, als ungetreue Verwalter und Speculanten? Daß auch sie, wie so viele, damals dem Kaufschloß auf wirtschaftlichem Gebiete unterlagen, ist der Rechenfehler, den sie mit dem Verlust ihrer Existenz begiht haben. Die Angeklagten haben Großes und Gutes gewollt, sie haben sich vielleicht in der Wahl ihrer Mittel vergriffen und sich getäuscht in der Kraft zur Durchführung ihrer Pläne. Das wird wohl das Gesamturteil sein, welches man über die Persönlichkeit der Angeklagten wird fällen können. Auf dieses Urteil haben die Angeklagten vom ersten Augenblick, von dem Tage ihrer Verhaftung an bis zum heutigen Tage, ihr unerschütterliches Vertrauen gesetzt. Wenn sie ein schlechtes Gewissen hätten, so hätten sie reichlich Gelegenheit gehabt, sich selbst in Sicherheit zu bringen. Aber sie blieben! Sie haben zwei Jahre in Untersuchungshaft zugebracht und ein langes Hangen und Wanken in schwäbender Bein durchgemacht. Seit einem Jahre befinden sie sich auf freiem Fuße, der Angeklagte Schulz ging kurze Zeit nach London, um seine Gattin zu besuchen, und sofort verkindeten einzelne schadenfrohe Presborgan: Er kommt nicht wieder! Und er ist zurückgekommen, um sich seinen Nichtern zu stellen; sie wurden abermals verhaftet, dann gegen Kaution entlassen und sie blieben! Der Staatsanwalt stellte seine auf sechs und fünf Jahre Gefängnis lautenden Anträge, aber trotz alledem blieben sie. Ein Richter könnte sagen: sie haben sich dem Gerichte völlig aufgedrängt! Klingt aber aus diesem ihrem Verhalten nicht auch etwas wie gutes Gewissen heraus? Seit vierzehn Monaten ist der Streit um die Erbschaft der Commerzbank aufs heftigste entbrannt, bis aufs Messer kämpft die neue Verwaltung gegen die alte, wie die Heerscharen von Trojanern und Griechen standen sich die Gruppen von Sachverständigen gegenüber. Dem Gerichte ist nun das schöne und schwere Amt geworden, in der Hochstut der widersprechenden Interessen Frieden zu stiften, angehts des Wahrspruchs, der in goldenen Letztern an der Decke dieses Saales prangt: Wo Gerechtigkeit ist, da ist Friede!

Nach Beendigung dieses abermals 5 Stunden umfassenden Plaidoyers erteilt der Vorsitzende dem Rechtsanwalt Leonh. Friedmann das Wort. Seine Aufgabe ist es, wie er einleitend bemerkt, die Nachtragsanfrage und die dem Angeklagten Schulz zur

Last gelegte Untreue gegen die Streichbank in der Form der Transaktionen mit dem Terrain in der Bayerischen Straße zu beleuchten und ihre Unhaltbarkeit nachzuweisen. Er schiebt aber allgemeine Bemerkungen voraus, aus denen hervorzuheben ist: Es ist nicht anzuerkennen, daß der Nachfolger in der Verwaltung der Commerzbank, Herr Staatsrat Bubbe, überall die wünschenswerte Objektivität hat walten lassen, im Gegenteil war er immer bestrebt, an dem festzuhalten, was die Reorganisations-Kommission festgelegt hat und er hat fast immer eine nicht wohlwollende Tendenz durchblicken lassen. Und dann, sein sensationelles Vorbringen des Punktes der Entnahme von Hunderttausenden zu Wohltätigkeitszwecken! Jedermann mußte sich doch fragen: was wollte und beabsichtigte dieser Hauptzeuge des Prozeßes mit seiner Enthüllung? Er sagt, er habe es getan, weil er unter seinem Eide die Wahrheit sagen und nichts verschweigen wollte. Er würde aber doch das, was er jetzt hier bekundete, schon im vorigen Jahre, denn er hat schon im vorigen Jahre mit Herrn v. Bobbelist darüber gesprochen, also kann die Rückfahrt auf seinen Eid nicht das Motiv gewesen sein. Wenn man Herrn Staatsrat Bubbe nicht für einen Intriguanten halten will — und niemand wird solchen Verdacht haben können und wollen — so muß doch das Hineingeren

**jener hochgestellten Persönlichkeit,**

von der er wußte, daß einem großen Teil des Publikums die Art, wie von dieser Seite die Wohltätigkeit geübt wird, nicht sympathisch ist, den Zweck gehabt haben, daß das Publikum sich auf diesen Punkt stützt und den Angeklagten zum Vorwurf macht, daß die Angeklagten diese Wohltätigkeitspenden nicht ihren eignen Mitteln, sondern unbedachtigt den Mitteln der Bank entnommen haben. Nur zu dieser Erklärung kann man kommen, wenn es sich nicht um eine Intrigue handelt, die zu durchschauen ich zu wenig höfisch gebildet bin. Nicht sympathisch war es mir, daß Staatsrat Bubbe, der, geküßt und ungerufen, jeden Augenblick in die Verhandlung eintritt, immer wieder betonte, „daß es ihm leid thäte, gegen die Angeklagten aufzutreten zu müssen“ und „daß er nur seine Pflicht thue“. Daß ein Zeuge nur seine Pflicht thut, ist doch ebenso selbstverständlich, als daß Herr v. Mirbach ein Ehrenmann vom Scheitel bis zur Sohle ist.

Der Verteidiger geht dann auf das eigentliche Thema über, indem er Geschichte, Entwicklung und Schicksal der Bayerischen Strahe eingehend schildert und nachzuweisen sucht, daß bei der Bayerischen Strahe von einer Untreue des Angeklagten Schulz subjektiv und objektiv nicht die Rede sein könne und aus dem Geschäft mit der Bayerischen Strahe Segen nach allen Seiten entstanden sei. Auch die andern in der Anklage aufgeführten Fälle privater Untreue des Angeklagten Schulz werden in thätigstlicher und juristischer Beleuchtung als unhaltbar widerlegt.

Der Verteidiger schließt mit der Zusage, daß in den Anklagepunkten, die er behandelt, die Freisprechung erfolgen und die Angeklagten bei dieser Kammer, die vorurteilsfrei die Sache prüft, ihr Recht auch finden werden. Diese Hoffnung sei die Konsequenz des Dankgebühls gegen einen Gerichtshof, bei dem die Verteidigung das weiteste Entgegenkommen gefunden und bei dem das Interesse der Angeklagten denkbar gut aufgehoben sei.

Die Verteidigungsreden sind hiermit beendet. Der Vorsitzende beraumt die nächste Sitzung auf Dienstag 9 Uhr an. An diesem Tage stehen die Replik und Duplik auf der Tagesordnung. Die Urteilsprechung wird für Freitag erwartet.

**Marktpreise von Berlin am 25. Juni 1904**

nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidiums.

Weizen, gut D.-Str.	14,50	13,30	Kartoffeln, neue D.-Str.	8,00	5,00	
„ mittel	13,50	12,50	Rindfleisch, Keule 1 kg	1,80	1,20	
„ gering	12,50	11,50	„ do. Bauch	1,40	1,10	
Roggen, gut	13,50	12,50	Schweinefleisch	1,60	1,00	
„ mittel	12,50	11,50	„ Kalbfleisch	1,80	1,20	
„ gering	11,50	10,50	„ Hammelfleisch	1,80	1,20	
Gerste, gut	14,50	13,30	Butter	2,60	2,00	
„ mittel	13,50	12,50	Eier 60 Stk	3,60	2,80	
„ gering	12,50	11,50	Käse 1 kg	2,00	1,40	
Hafer, gut	15,30	14,60	Kohle	2,80	1,40	
„ mittel	14,50	14,00	Jander	3,00	1,20	
„ gering	13,00	12,40	„ Heide	2,30	1,20	
Weizenstroh	4,50	4,00	„ Hirsche	2,00	0,80	
Hu	7,50	5,30	„ Schafe	2,80	1,20	
Erbsen	40,00	28,00	„ Schweine	1,40	0,80	
Speisebohnen	50,00	35,00	„ Krefe	per Schod	16,90	8,00
Linzen	60,00	35,00				

† frei Wagen und ab Bahn.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

**Theater.**

Dienstag, den 28. Juni.  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
**Neues Opern-Theater.** Das Schwabennest.  
Deutsches. Es lebe das Leben.  
Leitung. Kapfenreich.  
Welle-Alliance. Die Goldhege vom Königssee.  
Anfang 8 Uhr.  
**Schiller O.** (Wallner-Theater.) Der Freischütz.  
**Schiller N.** (Friedrich-Wilhelmstädt.) Ein unbeschriebenes Blatt.  
**Berliner.** Romzelle Ritouche.  
Westen. Waterloo.  
Neues. Einen Zug will er sich machen.  
Kleines. Nachtschl.  
Residenz. Die 300 Tage.  
Central. Rabane Bombard.  
Cort Westh. Der Weg zum Herzen.  
Metropol. Ein tolles Jahr.  
Winter-Garten. Specialitäten.  
Apollo. Diebesgötter. Specialitäten.  
Reichshallen. Stettiner Säger.  
Passage-Theater. Specialitäten.  
Urania. Taubenstraße 48/49.  
Die Insel Rügen.  
Invalidenstr. 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

**Neues Theater.**

Schiffbauerdamm 4a—5.  
Einen Jux will er sich machen.  
Anfang 8 Uhr.  
Morgen: Einen Jux will er sich machen.

**Bernhard Rose-Theater**

Gesundbrunnen. Badstr. 58.  
Heute:  
**Großes Rosenfest**  
verbunden mit  
**Gala-Vorstellung.**  
Auffreten sämtlicher Specialitäten.  
Im Saale: Elite-Vall.  
Entree 30 Pf., numerierter Platz 50 Pf.  
Anfang 4 1/2 Uhr.

**Schiller-Theater.**

**Schiller-Theater O.** (Wallner-Theater). Morris-Cheer.  
Dienstagabend 8 Uhr:  
**Die Fledermaus.**  
Mittwochabend 8 Uhr:  
Gastspiel Heinrich Büchel.  
**Die weiße Dame.**  
Donnerstagabend 8 Uhr:  
**Oberon, König der Elfen.**  
Der Sommergarten ist eröffnet.

**Max Klem's Sommer-Theater**

Hansenhelde 13—15. — Artistische Leitung: Paul Milbitz.  
Täglich: Gr. Konzert, Theater- u. Specialitäten-Vorstellung.  
Jeden Montag: Sommerfest. — Jeden Mittwoch: Die beliebtesten Kinderfeste. — Jeden Donnerstag: Elite-Tag.  
Die Kaffeekeise ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.  
2 hochelegante Regalbahnen, Büchelbuden, Konditorei, Blumenstand etc.  
In den Sälen:  
**Grosser Ball.**

**Kleines Theater.**

Unter den Linden 44.  
**Nachtschl.**  
Anfang 8 Uhr.  
Morgen: Märtyrer. Liebesträume.  
Kollagen. Seronissimus-Zwischen-spiele.

**Residenz-Theater**

Heute und folgende Tage:  
Abends 8 Uhr:  
**Die 300 Tage.**  
Schwan in 3 Akten von Paul Gebault und Robert Garvey.  
Deutsch von Alfred Nalm.

**Apollo-Theater.**

8—9 1/2 Uhr: Das große Juni-Specialitäten-Programm.  
Hierauf:  
**Liebesgötter.**  
Sensationell!  
Ein Eisenbahn-Ueberfall in Mexiko.  
Aktuell!  
**Das Gordon Bennett-Automobil-Rennen.**

**Schiller-Theater.**

**Schiller-Theater N.** (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater)  
Dienstagabend 8 Uhr:  
Ein unbeschriebenes Blatt.  
Mittwochabend 8 Uhr:  
**Die Wildente.**  
Donnerstagabend 8 Uhr:  
**Der Geizhals.**  
Hierauf: Der eingeb. Kranke.  
Im Garten täglich gr. Militär-Konzert.

**Central-Theater.**

8 Uhr: Gastspiel Josefine Dora.  
**Madame Bonivard.**  
Schwan in 3 Akten v. Wilson u. Mars.  
Vorher: Er. Einakter.  
Mittwoch: Gastspiel Josefine Dora.  
Der Pfarrer von Kirchfeld.

**Passage-Theater.**

Anf. Sonntags 3 Wochentags  
5 Uhr, Anfang der Abend-vorstellung 8 Uhr.  
**Jim und Jam.**  
14 erstklassige Nummern.

**Diez' Specialitäten-Theater.**

Landsberger Allee 76/79.  
Direkt Ringbahnstation.  
Täglich Ob Regen!  
Im herrlichen Garten ob. gr. Saal:  
Das neue Konfurrenzen-Programm.  
ca. 36 erstklassige Nummern  
u. a. mit köstlichem Besatz:  
**Die 5 Wolsons** die besten Akrobaten der Welt.  
**4 Vulkanos**, bester Glimm-Akt.  
Die Berliner Lieblinge.  
Dirig.: Mita Roselli, Tanz-Goubrette.  
Dirig.: Fritz Brand, Humorist.  
Dirig.: Marco di Tadjana. Dirig.: The 3 Schönbrunn usw.  
Kaffeekeise. Volksbelustigungen.  
Sonntag, Montag und Sonnabend bis 2 Uhr: **Ball.** Entree 30 Pf.

**Urania.**

Taubenstr. 48/49.  
Um 8 Uhr im Theater:  
**Die Insel Rügen.**  
Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

**P. CASTAN'S PANOPTICUM.**

Friedrichstr. 165.  
Die vielbewunderten  
zusammengewachsenen  
**Schwestern**  
Rosa und Josefa:  
!! einzig dastehend in der Welt !!

**Passage-Panoptikum.**

**Der lange Josef**  
16 Jahre alt, 217 cm gross.  
**Der Leichenfund**  
in Charlottenburg.  
Originalgruppe nach Aufnahmen an Ort und Stelle naturgetreu dargestellt, ohne Extra-Entree.

**Metropol-Theater**

Der grösste Erfolg dieses Jahres:  
**Ein tolles Jahr.**  
Gr. dramatisch-satirische Revue in 5 Bildern von Julius Freund.  
Musik von Victor Hollaender.  
Anfang 8 Uhr.  
Rauchen überall gestattet.

**Etablissement Suggenhagen**

Moritzplatz.  
Täglich von 12—4 Uhr: Mittagstisch.  
Im großen schattigen Naturgarten jeden Abend 8 Uhr:  
**Konzert.**  
Dienstags, Donnerstags, Sonntags:  
**Führmann-Horst-Walde-Sänger.**  
Sonabendends im Kaffeeaal:  
**Tanz.**

**ZOOLOGISCHER GARTEN**

Täglich nachmittags ab 5 Uhr:  
**Militär-Doppel-Konzert**  
Eintritt 1 M., ab 6 Uhr 50 Pf.  
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

**Carl Weiss-Theater.**

Große Frankfurterstr. 132.  
Abends 8 Uhr:  
**Der Weg zum Herzen.**  
Morgen: Dieselbe Vorstellung.  
Sonntagsnachm. 3 Uhr: **Vineta**, die verlustene Stabe.  
Im Garten: Theater und Specialitäten-Vorstellung. Anfang 5 Uhr.  
Mittwoch: Kinderfest.

**W. Noacks Theater**

Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.  
Nur noch wenige Tage Aufführung der köstlich bejubelten Gesangsposse:  
**Unser Vottchen**  
oder: **Berliner Klimbim.**  
Dezu die erstklassigen Specialitäten.  
Anfang 6 Uhr. Kaffeekeise v. 3 Uhr ab.  
Bei schlechtem Wetter: **Vorstellung im Saal.**

**Fröbels Allerlei-Theater**

fr. Pahlmann, Schönhauser Allee 148.  
Gente:  
Konzert, Theater, Specialitäten.  
25 erstklassige Nummern.  
Um 8 Uhr: **Eternlos**. Volkst. in 3 Akten.  
Großer Extra-Tanz. Tanz d. Doppel.  
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.

**Victoria-Brauerei**

Lützowstr. 111/112.  
Täglich im Garten oder Saal:  
**Korsts Norddeutsche Humoristen**  
und  
**Quartett-Sänger.**  
Abf.: Boße 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.  
Bons haben Gültigkeit.

**Schweizer-Garten**

Am Königthor. Am Friedrichshain.  
**Täglich:**  
**Theater- und Specialitäten-Vorstellung.**  
Vollbelustigungen und Volk.  
Jeden Mittwoch Kinderfest und Kinder-Bastelpolonaise.  
Zum Schluss:  
**Mieze's Mattantast.**  
Vollständig mit Gesang. Entree 30 Pf.

**Berliner Prater**

Theater  
Kastanien-Allee 7-9  
Täglich: Goldene Herzen.  
Parton: Im Nachtschl.  
Harris, Krattjonzener. The Jarry. — Upts. — Langoo.  
Ball, Konzert, Specialität.  
Anfang 4 Uhr.  
Eintr. 30 Pf. Num. 90 Pf.

**Ostbahn-Park.**

Am Küstrinerplatz. Rüdersdorferstr. 71.  
**Hermann Imbs.**  
Täglich:  
**Gr. Konzert, Theater und Specialitäten-Vorstellung.**

**Gossmanns**

**Konzert-Garten**  
SW. Kreuzbergstr. 48.  
Jeden Mittwoch:  
**Streich-Konzert.**  
Anfang 8 Uhr.  
— Entree frei. —  
Freitag: **Harburger Säger.**

**Berliner Ulk-Trio.**

Felix Schauer  
Stralauerstr. 1.

# Neue Freie Volksbühne.

Morwitz-Oper (Schiller-Theater O.)

Sonntag, 8. Juli, nachm. 3 Uhr: | Sonnabend, 9. Juli, abends 8 Uhr:

**Der Wildschütz.** | **Die Jüdin.**

Komische Oper von Lortzing. | Grosse Oper von Halévy.

Karten für Mitglieder a 90 Pf., für Gäste a 1,10 M., sind in allen Zahlstellen zu haben. 150/99

Sonnabend, den 10. Juli, in den Gesamträumen der „Brauerei Friedrichshain“ (am Königsthor):

## Sommerfest.

Grosses Künstler-Konzert

ausgeführt von dem aussergewöhnlich verstärkten Berliner Sinfonie-Orchester (50 Musiker).

Sunte Bühne: Führmann, Horst, Walde-Sänger.

Lebende Bilder ausgeführt von Mitgliedern des Turnvereins „Fichte“.

Preiskegeln. \* Bücherverlosung.

Grosser Sommernachts-Ball.

Eintrittskarten für Mitglieder und Gäste, a 90 Pf., sind in allen Zahlstellen zu haben.

Der Vorstand. I. A.: Heinrich Neft, Kassierer, Veteranenstr. 6.



## Edith Helena,

Bravour-Sängerin.

Mason u. Forbes, amerik. Excentric

Clément Lion, Zauber-Künstler.

Lydia Dobranow, Feuer-Tänzerin.

Professor Mabeul, kom. Jongleur.

Perzina dressierte Affen.

Gebrüder Schwarz, Parodisten.

Will Mara, Rock-Künstler.

Heloise Tilcomb, Sängerin.

Die 4 Milans, Kraftnummer.

Neles-Familie, akrobatischer Akt.

„Pas de deux“, Cavini und Härtel.

„Lebende Photographien vom Kriegsschauplatz.“



## Sanssouci.

Kellner Thor - Stat. der Hochbahn.

Täglich im Garten:

**Hoffmanns**

**Norddeutsche**

**Sänger.**

Sonntag, Montag, Donnerstag.

Nach der Soiree: Tanz.

Wochentags haben Vor- und Nachmittags, auch die zu den Theater- abenden ausgegebenen, Gültigkeit.

Keine Abkürzung erfährt eine solch glänzende Beliebtheit, wie mein

**Haushaltungs- (Restaur.) -Käse**

wegen seines sich stets gleich bleibenden, hochfeinen, feinen und nie erlösch. Geschmacks. 4/4, 1/2, 1/4 (6 Stück) 1/2, 1/4, 1/8, 1/16, 1/32, 1/64, 1/128, 1/256, 1/512, 1/1024, 1/2048, 1/4096, 1/8192, 1/16384, 1/32768, 1/65536, 1/131072, 1/262144, 1/524288, 1/1048576, 1/2097152, 1/4194304, 1/8388608, 1/16777216, 1/33554432, 1/67108864, 1/134217728, 1/268435456, 1/536870912, 1/1073741824, 1/2147483648, 1/4294967296, 1/8589934592, 1/17179869184, 1/34359738368, 1/68719476736, 1/137438953472, 1/274877906944, 1/549755813888, 1/1099511627776, 1/2199023255552, 1/4398046511104, 1/8796093022208, 1/17592186044416, 1/35184372088832, 1/70368744177664, 1/140737488355328, 1/281474976710656, 1/562949953421312, 1/1125899906842624, 1/2251799813685248, 1/4503599627370496, 1/9007199254740992, 1/18014398509481984, 1/36028797018963968, 1/72057594037927936, 1/144115188075855872, 1/288230376151711744, 1/576460752303423488, 1/1152921504606846976, 1/2305843009213693952, 1/4611686018427387904, 1/9223372036854775808, 1/18446744073709551616, 1/36893488147419103232, 1/73786976294838206464, 1/147573952589676412928, 1/295147905179352825856, 1/590295810358705651712, 1/1180591620717411303424, 1/2361183241434822606848, 1/4722366482869645213696, 1/9444732965739290427392, 1/18889465931478580854784, 1/37778931862957161709568, 1/75557863725914323419136, 1/151115727451828646838272, 1/302231454903657293676544, 1/604462909807314587353088, 1/1208925819614629174706176, 1/2417851639229258349412352, 1/4835703278458516698824704, 1/9671406556917033397649408, 1/19342813113834066795298816, 1/38685626227668133590597632, 1/77371252455336267181195264, 1/154742504910672534362390528, 1/309485009821345068724781056, 1/618970019642690137449562112, 1/1237940039285380274899124224, 1/2475880078570760549798248448, 1/4951760157141521099596496896, 1/9903520314283042199192993792, 1/1980704062856608439838598784, 1/3961408125713216879677197568, 1/7922816251426433759354395136, 1/15845632502852867518708790272, 1/31691265005705735037417580544, 1/63382530011411470074835161088, 1/126765060022822940149670322176, 1/253530120045645880299340644352, 1/507060240091291760598681288704, 1/1014120480182583521197362577408, 1/2028240960365167042394725154816, 1/4056481920730334084789450309632, 1/8112963841460668169578900619264, 1/16225927683221336339157801238528, 1/32451855366442672678315602477056, 1/64903710732885345356631204954112, 1/129807421465710690713262409908224, 1/259614842931421381426524819816448, 1/519229685862842762853049639632896, 1/1038459371725685525706099273265792, 1/2076918743451371051412198546531584, 1/4153837486902742102824397093063168, 1/8307674973805484205648794186126336, 1/16615349947610968411297588372252672, 1/33230699895221936822595176744505344, 1/66461399790443873645190353489010688, 1/132922799580887747290380706978021376, 1/265845599161775494580761413956042752, 1/531691198323550989161522827912085504, 1/1063382396647101978323045655824171008, 1/2126764793294203956646091311648342016, 1/4253529586588407913292182623296684032, 1/8507059173176815826584365246593368064, 1/17014118346353631653168730493186736128, 1/34028236692707263306337460986373472256, 1/68056473385414526612674921972746944512, 1/136112946770829053225349843945493888224, 1/272225893541658106450699687890987764448, 1/544451787083316212901399375781975528896, 1/1088903574166632425802798751563951057952, 1/2177807148333264851605597503127902115904, 1/4355614296666529703211195006255804231808, 1/8711228593333059406422390012511608463616, 1/1742245718666611881284478002502321727232, 1/3484491437333223762568956005004643454464, 1/6968982874666447525137912010009286908928, 1/13937965749332895050275824020018573817856, 1/27875931498665790100551648040037147635712, 1/55751862997331580201103168080074295271424, 1/111503725994663160402206336160148570544288, 1/223007451989326320804412672320297140888576, 1/44601490397865264160882534464059428177152, 1/89202980795730528321765068928118856354304, 1/178405961591461056643530137856237727708608, 1/356811923182922113287060275712475455417216, 1/713623846365844226574120551424950910834432, 1/1427247692731688453148241102849901821668864, 1/28544953854633769062964822056998036433376, 1/57089907709267538125929644113996072866752, 1/11417981541853507625185928822799214733504, 1/22835963083707015250371857645598429467008, 1/45671926167414030500743715291196858934016, 1/91343852334828061001487430582393778880232, 1/182687704669656122002974861164775577764448, 1/365375409339312244005949722329551155528896, 1/730750818678624488011899444659102311117792, 1/146150163735724897602379888931820462223584, 1/292300327471449795204759777863640924447168, 1/58460065494289959040951955572728184894336, 1/116920130988579918081903111145456369788672, 1/233840261977159836163806222290912739577344, 1/467680523954319672327612444581825479154688, 1/935361047908639344655224889163650958309376, 1/1870722095817278689310449778327301916618752, 1/3741444191634557378620899556654603833237504, 1/7482888383269114757241799113309207666475008, 1/14965776766538229514483598226618415332950112, 1/29931553533076459028967196453236830665900224, 1/59863107066152918057934392906473661331800448, 1/119726214132305836115868785812947322663600896, 1/239452428264611672231737571625894653327201792, 1/478904856529223344463475143251789306654403584, 1/9578097130584466889269502865035786133088716672, 1/191561942611691337785390057300717522661733344, 1/383123885223382675570780114601435045323466688, 1/766247770446765351141560229202870090646933376, 1/153249554089353070228312045840574018129386752, 1/306499108178706140456624091681148036258773504, 1/61299821635741228091324818336229607251754008, 1/12259964327148255618264963667245921450350816, 1/245199286542965112365299273344918390067113328, 1/490398573085930224730598546689836780134226656, 1/980797146171860449461197093379673560268453312, 1/1961594293443720898922394186759347120536906624, 1/3923188586887441797844788373518694241073813248, 1/784637717377488359568957674703738848214766464, 1/1569275434754976719137915349407477696429532928, 1/3138550869509953438275830698814955392859057856, 1/62771017390199068765516613976299107857181155136, 1/12554203478039813753103322953259821571436230272, 1/25108406956079627506206645906519643142872600544, 1/50216813912159255012413291813039286285745201088, 1/100433627824318510024826583626078572571490412176, 1/200867255648637020049653167252157145142980824352, 1/401734511297274040099306334504314290285766488704, 1/803469022594548080198612669008628580571533777408, 1/1606938045189096160397225338017257161142706754816, 1/3213876090378192320794450676034514322854135109632, 1/6427752180756384641588901352069028645708270219264, 1/1285550436151276928317780270413805729141654438752, 1/2571100872302553856635560540827611482823308877504, 1/5142201744605107713271121081655222965646617755008, 1/10284403489210215426542242163310445311293230110016, 1/20568806978420430853084484326620890622586460220032, 1/41137613956840861706168968653241781245772920440064, 1/82275227913681723412337937306483562491545840880128, 1/1645504578273634468246758746129671249830917617664, 1/3291009156547268936493517492259342499661832353312, 1/6582018313094537872987034984518684999323664706624, 1/13164036626189075745974069969037369986467294133248, 1/26328073252378151491948139938074739972934588266496, 1/52656146504756302983896279876149479945869176532992, 1/105312293009512605967792557752398959891739306665952, 1/210624586019025211935585115504797919783478613331904, 1/421249172038050423871170231009595839566957226663808, 1/842498344076100847742340462019191679133914453327616, 1/1684996688152201695484680924038383358267829066655232, 1/3369993376304403390969361848076766716535658133310464, 1/673998675260880678193872369615353353271117626662112, 1/1347997350521761356387744739230706706542235253324224, 1/2695994701043522712775489478461413413084470506648448, 1/539198940208704542555097895692282682616894101329896, 1/1078397880417409085110195791384565365233782202659792, 1/2156795760834818170220391582769130730467564405319584, 1/4313591521669636340440783165538261460935128810639168, 1/8627183043339272680881566331076522921870257621279376, 1/17254366086678545361763132621153045843740514425548512, 1/34508732173357090723526265242306091687481028851097024, 1/69017464346714181447052530484612183374962057702194048, 1/13803492873342836289410506096922436754912115444338816, 1/27606985746685672578821012193844873509824230888677632, 1/5521397149337134515764202438768974711764846177735536, 1/11042794298674269031528404877537949423529732354610752, 1/22085588597348538063056809755075898847059464709221504, 1/44171177194697076126113619510151797694118918418443008, 1/88342354389394152252227239020303595388237836836886016, 1/176684708778788304504454478040607187776475673673772032, 1/353369417557576609008908956081214375552951473547544064, 1/706738835115153218017817912162428751105903027095088, 1/1413477670230306436035635824324857402211806054190176, 1/2826955340460612872071271648649714044233612108380352, 1/5653910680921225744142543297299428088466722216670704, 1/113078213618424514882848865945985661769334444334141408, 1/226156427236849029765697731891971323386688886688281792, 1/452312854473698059531395463783942646773377773377553536, 1/904625708947396119062790927567885293546755546755107104, 1/1809251417894792238125581855135770587093511093510214208, 1/3618502835789584476251163710271401174187022187020428416, 1/723700567157916895250232742054280228837404437404085632, 1/1447401134315833790500465484108560457674808874808171264, 1/2894802268631667581000930968217120915349617769634252512, 1/5789604537263335162001861936434241830699235539268505024, 1/11579209074526670324003723872868483661398471078537010048, 1/23158418149053340648007447745736967322796942157074020096, 1/46316836298106681296014895491473934645593884314148040192, 1/92633672596213362592029790982947869291187686228296080384, 1/18526734519242675118405958196495738578237536455659216768, 1/37053469038485350236811916392991477155675072911318433536, 1/74106938076970700473623832785982954311351145822636867072, 1/148213876153941400947247665571965908622702811645273344, 1/296427752307882801894495331143911812444361228905686688, 1/592855504615765603788990662287823624888722457811373376, 1/1185711009231531207577981324575647249777445915622746752, 1/237142201846306241515596264915129449955489121125245504, 1/474284403692612483031192529830258899910978242250491008, 1/948568807385224966062385059660517799821956484500982016, 1/1897137614770449932124770119321

Saarabien überall!

Dresden, 26. Juni. (Fig. Ver.)

Vor dem hiesigen Schöffengericht wurde am Sonnabend von früh 1/9 Uhr bis nach Mitternacht über eine Verleumdungssache verhandelt, in der die Redakteure der „Sächsischen Arbeiterzeitung“, Rißsche, Fleißner und Niem die Angeklagten waren und die Unternehmensmaximen sowie die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei der bekannten Glasfirma Siemens, die Fabriken in Dresden, Dahlen, Uch und Witzsch hat und 4500 Arbeiter beschäftigt, zum Gegenstand der Verleumdung gemacht wurden. Die „Sächsische Arbeiterzeitung“ hatte im Februar 1903 in einem Leitartikel das Verhalten des sächsischen Regierungsvizepräsidenten Geheimrats Dr. Fischer im Reichstage besprochen und dabei auch beanstandet, daß Dr. Fischer die Firma Siemens mit unwichtigen Angaben und Behauptungen gegen den Vorwurf verleidigt habe, in diesem Betriebe sei den Arbeitern das Koalitionsrecht vernichtet worden. Daran war eine zusammenfassende Schilderung über die von der Firma Siemens geübten Verfolgungsmaßnahmen gegen organisierte Arbeiter und die dort herrschenden Lohnverhältnisse geknüpft, die sich teilweise zu einer scharfen Kritik der bei Siemens herrschenden Zustände aufspitzte. Später sind noch einige Notizen erschienen. Darin wurde u. a. eine Erklärung der Siemens'schen Arbeiter gegen den ersten Artikel als eine Komödie bezeichnet, die im Comptoir der Fabrik inszeniert worden sei, und in einer letzten Notiz wurden unter der Bezeichnung „Bücher-gewinne“ die Lohnverhältnisse der Firma Siemens mit der 18 Proz. betragenden Dividende verglichen.

Die „Sächsische Arbeiterzeitung“ hatte die Maximen der Firma Siemens schon seit Jahren scharf kritisiert, ohne daß es der Firma beigegeben wäre, zu klagen. Wenn sie sich durch die obigen Artikel beleidigt fühlte, ist das wohl in erster Linie auf die Anregung des Geheimrats Dr. Fischer zurückzuführen, der sich erkundigt haben mag, ob die ihm von der Firma übermittelten Informationen wirklich falsch waren, wie es die „Sächsische Arbeiterzeitung“ behauptet hatte. Wie dem aber auch sei, der Aufsichtsrat stellte jedenfalls Strafantrag und der Staatsanwalt erhob Anklage im öffentlichen Interesse, während sich die Aufsichtsräte und Direktoren der Firma dem Strafverfahren als Nebenkläger angeschlossen. Nach mehrmaliger Vertagung kam die Sache endlich, beinahe 1 1/2 Jahre nach Erscheinen des Artikels, zum Austrag. Nach Ansicht des Gerichts sollten, außer mehreren Verleumdungen formeller Natur, im Sinne des § 186 (Verbreitung unwichtiger Tatsachen) noch folgende Behauptungen bestraft werden: 1. Die Firma habe ihren Arbeitern das Koalitionsrecht vernichtet; 2. die Löhne und die Behandlung seien elend; 3. die Erklärung der Arbeiter sei eine in der Fabrik inszenierte Komödie. Für die ersten beiden Behauptungen war Genosse Rißsche verantwortlich, für die dritte Genosse Fleißner; Genosse Niem war merklichdigerweise als mutmaßlicher Verfasser unter Anklage gestellt. Unfre Genossen wurden zwar — bis auf den Genossen Niem, dem die Verfälschung nicht nachgewiesen werden konnte — bestraft, die Beurteilten aber waren die Betriebsleiter der Firma Siemens.

Die Angeklagten, die vom Rechtsanwalt Häbler-Weipzig vertheidigt wurden, traten den Wahrheitsbeweis an, während die Firma, für die der Direktor Liebig zugleich als Nebenkläger und Zeuge fungierte, durch Aussagen aus den Lohnlisten und Aufzählung der sogenannten Wohlfahrtsvereinigungen darzulegen suchte, daß die Behauptungen der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ unwahr seien. Die Verlesung der Arbeitsordnung und Mietsverträge für die Arbeiterwohnungen der Firma ergab, daß sich in diesen Verträgen große Härten befänden. So heißt es unter anderem in den Mietsverträgen, der Arbeiter müsse bei sofortiger Entlassung durch die Firma die Wohnung binnen drei Tagen räumen. In der Arbeitsordnung heißt es unter anderem: Für Vorschläge könne jederzeit der ganze Betrag des verdienten Lohnes einbehalten werden. Für vorübergehende Betriebsstörungen dürfen die Arbeiter keine Entschädigung fordern. Für unbrauchbare Ware oder Ausschuss wird den Arbeitern nicht vergütet, ganz gleich, ob sie die fehlerhafte Arbeit verschuldet haben oder ob schlechtes Material die Ursache ist. Sehr hart sind auch die Bestimmungen über sofortige Entlassung, die bei jeder Kleinigkeit verhängt werden kann. Im § 8 des Statuts der Pensionskasse heißt es u. a.: Kein Arbeiter habe Anspruch auf Leistung der Kasse, der gegen die Interessen der Fabrik handele oder an einer Arbeitsleistung teilnehme.

Sehr interessant gestaltete sich die Zeugenvernehmung: Gewerbeichter Dr. Hentschel vom Dresdener Gewerbeamt hat behauptet, daß er seit mehreren Jahren über Klagen Siemens'scher Arbeiter gegen die Firma zu entscheiden gehabt hat. Derartige Klagen seien außerordentlich zahlreich. Während andere Firmen mit größerer Arbeiterzahl als die Siemens'sche Glasfabrik etwa einmal eine Klage im Jahre vor dem Gewerbeamt hätten, sei die Firma Siemens in den letzten Jahren gegen 70 Mal im Jahre von den Arbeitern verklagt worden. Die klagenden Arbeiter hätten leider fast immer abgewiesen werden müssen, weil sich die Firma auf die harten Bestimmungen ihrer Arbeitsordnung berufen könne und deshalb habe fast immer Abweisung der Klagen aus formellen Gründen erfolgen müssen. Auf Befragen des Vorsitzenden erklärte Dr. Hentschel, die Arbeitsordnung enthalte nicht nur große Härten, sie würde auch hart gehandhabt. Bei den meisten Klagen sei die Firma moralisch im Unrecht gewesen. Dr. Hentschel schildert, wie er von dem Betriebsdirektor der Firma Siemens, Herrn Liebig, verfolgt worden ist, weil er bei Vergleichsverfahren seine Meinung rückhaltlos über das Verfahren der Firma als gegen die guten Sitten verstoßend behauptet habe. Mehrfach hat sich der Direktor Liebig beim Oberbürgermeister beschwert. Als Dr. Hentschel in einer Sache einmal seiner Ueberszeugung nach erklärt habe, das Verfahren der Firma gegen die Arbeiter grenze an Betrug, habe Direktor Liebig Beschwerde beim Ministerium und zuletzt Klage beim Oberverwaltungsgericht geführt. Der Zeuge schloß seine Schilderung: „So bin ich von diesem Herrn verfolgt worden, weil ich meine Pflicht als Richter gethan habe.“ Von dem Vertreter der Firma wird geltend gemacht, daß einige vom Gewerbeichter Dr. Hentschel gegen die Firma ergangene Urteile vom Landgericht Dresden aufgehoben worden seien. — Ebenfalls wie der erste Zeuge äußert sich Gewerbeichter Dr. Stäbing, der die Klagen gegen die Siemens'sche Fabrik bis zum Jahre 1903 gehabt hat. Er bezeichnet das Verfahren der Firma gegen ihre Arbeiter als inhuman. Infolge der Härten und vorzüglich abgeschafften Bestimmungen der Arbeitsordnung hätten oft klagende Arbeiter der Firma Siemens zur Aufgabe werden müssen; oft habe er aber mit Hindernissen zu entscheiden haben. Häufig seien durch die Firma vom Auslande herbeigezogene Arbeiter mit Frau und Kind gekommen, die dann von der Fabrik ohne jede Substanzmittel entlassen worden seien; der Verdienst sei unter Hinweis auf den Vorwurf für Reiseflosten vorzuenthalten worden. Das Gewerbeamt habe diese Leute abweisen müssen. In einem Falle habe das Personal des Gewerbeamtes für die Leute gesammelt und ihnen etwas Nahrung gekauft. Solche Fälle seien oft vorgekommen. Er sei froh gewesen, daß er später die Siemens'schen Sachen los geworden sei.

Direktor Liebig und Betriebsleiter Lippold, die dann als Zeugen vernommen wurden, verläugnen die Löhne als sehr günstig hinzustellen. Die Firma habe allerdings herbeigezogene ausländische Arbeiter wieder entlassen, wenn sie den Anforderungen nicht genügt haben; man könnte aber von der Firma nicht verlangen, daß sie dann noch für diese Arbeiter Sorge. Befragt, ob Arbeiter der Firma entlassen würden, wenn sie Mitglieder

des Glasarbeiter-Vereins seien, geben diese Angeklagten die Firma darauf gewundene Erklärungen ab. Auf bestimmte Vorhalte erklären sie, davon sei ihnen nichts bekannt. Von der Verteidigung befragt, ob sie organisierte Arbeiter dem Arbeitsnachweis der Industriellen anzeige und auf die schwarzen Listen bringe, erfolgen ebenfalls wieder gewundene Erklärungen des Direktors, aus denen abzusehen aber mit Sicherheit entnehmen konnten, daß bei der Firma die schwarzen Listen ein beliebtes Mittel zur Verfolgung der Arbeiter sind. — Aus den Aussagen der Sozialisten glaubt der Vorsitzende den Schluss ziehen zu können, daß die Glasarbeiter auf vollem Maße einen Durchschnittslohn von 31 M. pro Woche haben und die auf halbem Maße einen solchen von 21 M. Die Auszüge aus den Lohnlisten erstrecken sich aber nur auf 230 der bestgestellten Arbeiter, während die Firma über 2000 Arbeiter beschäftigt. Es wird noch festgestellt, daß die Einleger 9—13 M. pro Woche verdienen. Nach Ansicht des Vorsitzenden ist durch die Auszüge aus den Lohnlisten der Beweis erbracht, daß die Löhne auskömmlich sind, während von der Verteidigung auf die gesundheits-schädliche Arbeit der Glasarbeiter hingewiesen wird.

Nunmehr behauptet eine Anzahl ehemaliger Siemens'scher Arbeiter, daß ihnen die Mitgliedschaft bei dem Glasarbeiter-Verein bei Strafe sofortiger Entlassung verboten worden ist. Nach dem letzten Streik im Jahre 1900 haben die organisierten Glasarbeiter die Verbandsbücher abliefern müssen, die jetzt noch im Gewächshaus der Firma sind, obwohl sie dem Verbandsrat eigenmächtig gehören. Mehrfach haben die Arbeiter einen Neuerschein schreiben müssen, durch den sie erklären, dem Verband nicht beitreten zu wollen; im Zweifelsfall sollten sie sofort entlassen werden. Einmal sind gegen 30 Glasarbeiter dem Verbote zuwider in einer Versammlung gewesen; sie sind am anderen Tage entlassen worden. Die Betriebsleiter, die anfangs von alledem nichts wissen wollten, müssen diese Thatsachen jetzt zugeben. — Die Löhne bezeichnen alle als Zeugen vernommenen Arbeiter für niedrig. Auf die vom Gericht „festgestellten“ Durchschnittslöhne hingewiesen, erklären sie, es sei ihnen unverständlich, wie solche Durchschnittslöhne zu Stande kommen könnten. Ein Arbeiter schildert ausführlich, daß er vom Betriebsleiter Gehig entlassen worden ist, weil er als Vorstandsmitglied der Betriebs-Kassenkasse einmal eine andre Ansicht vertreten habe wie dieser Herr. Dem gleichen Schicksal ist auch ein anderer Arbeiter verfallen. Mehrere Zeugen behaupten auch, daß in andern Glasfabriken bezüglich der Schadenersatzpflicht der Arbeiter bei Ausschuss durch schlechtes Material nicht so harte Bestimmungen beständen wie bei Siemens.

Sehr interessant sind auch die Aussagen einiger Armenpfleger aus Dresden-Löbtau. Der frühere Gemeindevorsteher von Löbtau Hauptmann A. D. Krüger behauptet, daß im Gemeinderat in Löbtau öfters darauf hingewiesen worden sei, daß die Armenunterstützung der früheren Gemeinde Löbtau außerordentlich häufig durch Siemens'sche Arbeiter in Anspruch genommen worden sei. Auch im Armenauschuss habe man sich öfters mit dieser Frage beschäftigt und auf die Kalamität hingewiesen. Nähere Untersuchungen hätten ergeben, daß die Arbeiter thätigstlich so wenig verdient hätten, daß ein Auskommen nicht möglich gewesen sei. Es seien allerdings meist ausländische Arbeiter gewesen; man habe aber auch vielfach inländische, bei Siemens thätige Arbeiter unterstützen müssen. Die Zahl der Unterstützungen für Siemens'sche Arbeiter habe in keinem Verhältnis zu der Zahl der sonst gewährten Unterstützungen gestanden; sie sei bedeutend höher gewesen. Auf Befragen behauptet der Zeuge, daß auch solide und ordentliche Siemens'sche Arbeiter hätten die Armenunterstützung in Anspruch nehmen müssen. Das Gleiche behaupten die Armenpfleger Dreher und Liebig. Einer der Zeugen weist darauf hin, daß dieser Zustand im Armenauschuss als eine Schmach bezeichnet worden ist. Herr Dreher hat Lohnbeleg von mehreren nacheinanderfolgenden Wochen mit 4, 6 und 8 M. Wochenverdienst gezeigert. Man hätte die Leute unterstützen müssen, sonst wären sie verhungert. Auch allen diesen Zeugen werden die „festgestellten“ Durchschnittslöhne vorgehalten. Alle schütteln mit dem Kopfe und erklären es für unverständlich, daß solche Löhne gezahlt werden sollten. Die Armenpfleger behaupten weiter, daß die Unterstützungsbedürftigen zum größten Teil ordentliche Leute gewesen seien, die die ganze Woche gearbeitet hätten. — Ein Arbeiter behauptet, daß er einmal in einer Woche, nachdem er aus der Glasfabrik in die Glas-schneiderei versetzt worden sei, dort als Wochenlohn einen Pfennig ausgezahlt erhalten habe.

Die Erörterung über die Entstehung der Erklärung der Siemens'schen Arbeiter gegen die „Sächsische Arbeiterzeitung“ ergibt keine völlige Klarung. Erwiesen wird, daß der Anstoß dazu von Beamten der Firma ausgegangen und in einem Falle die Erklärung im Comptoir redigiert worden ist. Bemerkenswert ist noch, daß die Betriebsleiter den Glasarbeiter-Verein als politische Organisation hinzustellen versuchen, nachdem der Vorsitzende erklärt hatte, es sei keine Vereinerlichung des Koalitionsrechts, wenn den Arbeitern der Eintritt in eine politische Organisation verboten werde. Es bedurfte längerer Bemühungen der Verteidigung und der Angeklagten, den Vorsitzenden zu überzeugen, daß der Glasarbeiter-Verein mit Politik nichts zu thun habe und die Vertreibung politischer Wahlen nicht als seine Aufgabe betrachte.

Nach dem Plaidoyer, in denen der Vertreter der Nebenkläger nichts für erwiesen erachtete und recht sonderbare Ansichten über das Koalitionsrecht entwickelte, während Rechtsanwalt Dr. Häbler-Weipzig in vorzüglicher Weise für Freisprechung oder eine geringe Geldstrafe sprach, wurde nachts 12 Uhr das Urteil gefällt. Die Genossen Rißsche und Fleißner wurden zu je 1200 Mark Geldstrafe verurteilt; Genosse Niem wurde freigesprochen, weil ihm die Verfälschung nicht nachgewiesen sei. In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt: Das Gericht habe die Ansicht erlangt, daß der Wahrheitsbeweis für die erste Behauptung, daß die Firma den Arbeitern das Koalitionsrecht vernichtet, erbracht sei; bezüglich der übrigen Punkte sei der Wahrheitsbeweis nicht gelungen. Einzelne Fälle schlechter Bezahlung bewiesen noch nicht, daß elende Löhne bei der Firma System seien. Die Zeugen hätten aber immer nur von einzelnen oder mehreren Fällen schlechter Bezahlung berichten können. Erheblich ins Gewicht gefallen seien die scharfen Ausdrücke des Artikels.

Angesichts des ganzen Ergebnisses der Verleumdungssache, das für die Firma höchst blamabel war, angesichts der Feststellungen durch die Gewerbeichter und die Armenpfleger muß das Urteil als außerst hart bezeichnet werden. Es verdient auch noch hervorzuheben zu werden, daß die Anklage nur von Angestellten der Firma durch Zeugenanfragen gestellt worden ist; alle andern Zeugen sprachen sich scharf gegen die Maximen der Firma aus. Ueberblickt man das Gebiet der Verleumdungssache, so kann nur wiederholt werden, daß die Angeklagten zwar mit empfindlichen Geldstrafen belegt worden sind, daß die Beurteilten aber die Betriebsleiter der Firma Siemens sind. Der Vertreter der sächsischen Regierung, Geheimrat Dr. Fischer, dürfte noch seiner Verteidigung der Firma im Reichstage die gerichtliche Feststellung, daß die Firma Siemens den Arbeitern das Koalitionsrecht vernichtet, besonders interessieren. Vielleicht zieht er daraus den Schluss, daß bei Informationen von Unternehmern in Zukunft größere Vorsicht am Platze sei.

7. Parteitag der socialdemokratischen Partei in Bayern.

Augsburg, 26. Juni 1904.

Der 7. bayerische Parteitag ist mit 61 Delegierten besetzt; außerdem sind amosend die Landtagsfraktion und die drei Gauvorsstände. Dem Bericht des Landesvorstandes ist zu entnehmen,

daß in Bayern zur Zeit 25 454 Parteigenossen politisch organisiert sind.

In der Debatte über den parlamentarischen Bericht der Landtagsfraktion, den Abg. Franz Schmitt erstattet, begrüßt Kollmann Augsburg zunächst das unablässige Eintreten der Fraktion für die Arbeiter und Bediensteten der Staatsbetriebe, wenn diese Arbeit wohl auch wenig Lohn finden werde. Einige der jüngeren Mitglieder der Fraktion sollten sich daran gewöhnen, die Minister weniger um „Wohlfühlen“ zu bitten, als vielmehr zu fordern. Redner legt schließlich an, daß die Fraktion für die Einführung des Stimmbezirks einreten solle. — Maurer-München warnt davor, den Verzicht des Reichsministers zu viel Glauben zu schenken. Dessen Haltung gegenüber der Heimarbeiterfrage sei eine durchaus tadelnswerte. — In der Debatte wird ferner lebhaft Klage über Uebergriffe einzelner Bezirksämter und Polizeiverwaltungen gegenüber Arbeitervereinen geführt.

Schließlich wird einstimmig folgender Antrag angenommen: „Der 7. bayerische Parteitag erklärt sich mit der Thätigkeit der Landtagsfraktion vollständig einverstanden und anerkennt, daß sie die Interessen der Partei wie des gesamten werththätigen Volkes nach allen Richtungen hin gewahrt hat.“

In der Nachmittags-Sitzung berichtet Segig über den bekannten Stand der Wahlrechtsfrage und schlägt folgende Resolution vor:

„Der Parteitag spricht seine Entrüstung darüber aus, daß die langjährige Arbeit der Socialdemokratie zur endlichen Herbeiführung der direkten Wahl und anderer dringender Verbesserungen des Wahlrechts-Wahlgesetzes im letzten Augenblick durch die verbündeten Liberalen und Bauernbündler zu nichte gemacht worden ist, und brandmarkt dieses Vorgehen als einen Verrat an den Interessen und den Rechten des bayerischen Volkes.“

Der Parteitag ruft das Volk auf, die Reform des Wahlrechtes nunmehr mit verdoppelter Kraft weiter zu betreiben und die endliche Entscheidung darüber zum Hauptpunkt der kommenden Landtagswahlen zu machen.

Der Parteitag fordert, daß die zu wählende Abgeordnetenkammer vor allem aus dem Gesichtspunkt der schnellsten Schaffung der Wahlreform zusammengesetzt werde, daß die Regierung sofort nach dem Zusammentritt des Landtages den Entwurf des neuen Wahlgesetzes wieder vorlege und sich nach dessen geschichtlicher Fertigstellung die Kammer alsbald wieder aufgelöst werde, damit das Volk in die Lage komme, die neue Landesvertretung auf Grund eines besseren Wahlverfahrens zu bilden.

In diesem Sinne erklärt der Parteitag, daß die socialdemokratische Partei, ihrer Ueberlieferung getreu, den Wahlkampf von allen übrigen Parteien unabhängig und in voller principieller Schärfe führen, des Weiteren aber mit allem Nachdruck dahin wirken wird, daß eine sichere Zweidrittelmehrheit für die Wahlreform aus den Wahlen hervorgeht.“

Dr. Adolf Braun-München schlägt vor, über die Resolution Segig gar nicht erst in die Debatte einzutreten, sondern sie sofort zum Beschluß zu erheben. Er habe jedes Wort aufrecht, was er vor zwei Jahren über das Verhalten der Fraktion gesagt habe, aber bei der jetzigen Situation, die durch die Gegner geschaffen wurde, müsse gezeigt werden, daß die Fraktion völlig einig dastehet. — Dieser Vorschlag wird abgelehnt und der Parteitag tritt in die Debatte über die Resolution ein. Maurer-München, der im allgemeinen vollständig mit der Fraktion einverstanden ist, weil in seinem andern Parlament durch unsere Vertreter größere Erfolge erzielt wurden, meint, gegenüber der Regierung habe sich die Fraktion vielleicht nicht so klug verhalten, wie gegenüber den Liberalen, die gar nicht grob genug angepaßt werden können. Zu tabeln sei, daß die Fraktion während der parlamentarischen Kämpfe nicht genug Fühlung mit den Genossen im Lande genommen habe. — Kollmann weist diesen Vorwurf Maurers zurück und bemerkt, daß die Fraktion wiederholt Konferenzen mit den Gauvorsständen abgehalten habe, in denen Maßnahmen für das Verhalten der Fraktion festgelegt worden seien.

Die Resolution Segig wird schließlich einstimmig angenommen.

Die weiteren Verhandlungen werden auf Montag früh verlagert.

Partei-Nachrichten.

Saarabien vor Gericht.

Das stenographische Protokoll des Saarbrücker Prozesses erscheint dieser Tage im Verlage der Buchhandlung Vorwärts als Broschüre.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Die roten Stranzschleifen bei der Beerdigung eines Arbeiters machen diese zu einem außerordentlichen Zeichenbegangnis im Sinne des preussischen Vereinsgesetzes, zu dem es einer behördlichen Genehmigung bedarf. Das ist das neueste aus dem Gebiete der vereinsrechtlichen Praxis im lieben Polizeikreis Preußen. Nicht weniger als 28 Anklagen waren die Folge des Begräbnisses unseres Genossen Hermann Kollmann aus Diesdorf bei Magdeburg. Das Zeichenbegangnis wurde als außerordentlich angesehen wegen — dreier roter Schleifen an Strängen, die im Zuge getragen wurden. Der am 4. October 1903 zu Grabe getragene Maurer Kollmann hatte dem Diesdorfer Arbeiter-Vereinsverein angehört. Natürlich ließ es sich der Verein nicht nehmen, ihm das letzte Geleit zu geben. Und da Kollmann auch ein treuer Genosse gewesen war, so hatte es der dem Zuge vorausreitende Vereinsvorsitzende Braune für selbstverständlich gehalten, den Dahingegangenen durch eine lange Stranzschleife in den leuchtenden Farben der Socialdemokratie zu ehren. Das geschah gleichfalls durch zwei andre Genossen, wovon der eine die Gewerkschaft vertrat, der Kollmann im Leben angehörte. Im Trauerhause und am Grabe wurde ein Lied gesungen. Neben wurden nicht gehalten. Einen Geistlichen hatte die Familie des Verstorbenen nicht hinzugezogen. — Das Landgericht Magdeburg verurteilte sämtliche 28 Angeklagten wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes zu Geldstrafen, weil sie an einem außerordentlichen Zeichenbegangnis, zu dem eine Erlaubnis nicht erteilt war, teilgenommen hätten. Interessant ist der Grunde Weisheit: Ein außerordentliches Zeichenbegangnis liegt darin vor, wenn bei einer Beerdigung eine über den Zweck der Beerdigung hinausgehende Wacht verhängt oder wenn die öffentliche Ordnung gefährdet werde. Letztere Voraussetzung sei ja hier nicht gegeben gewesen. Ruhig und friedlich sei der Zug von Stationen gegangen, und es sei auch nicht anzunehmen, daß die Bevölkerung von Diesdorf durch die drei roten Schleifen beunruhigt worden sei. Aber eine über den Zweck der bloßen Beerdigung hinausgehende Wacht sei durch die Stränge mit den langen roten Schleifen verhängt worden, nämlich die, zu demonstrieren für die socialdemokratische Partei. Nun sage Braune zwar, er habe durch die rote Schleife nur seine Ehrung der Bestattung des Verstorbenen zu erkennen gegeben. Dem sei entgegengehalten, daß hier doch die Ehrung der Bestattung des Verstorbenen eine Ehrung der Socialdemokratie mit sich gebracht habe. Auch müsse angenommen werden, daß er und die beiden andern Stranzträger zugleich für die Socialdemokratie demonstrieren wollten. Das Gericht habe ferner keinen Zweifel, daß auch die übrigen 25 Angeklagten, die im Zuge waren, diese Wacht erkannt und, indem sie mitgingen und sich der Demonstration gegenüber passiv verhielten, die Demonstration gebilligt und mitgemacht hätten. Sie seien darum ebenfalls wegen der Teilnahme an einem außerordentlichen Zeichenbegangnis strafbar.

Die Angeklagten legten Revision beim Kammergericht in Berlin ein und betonten unter anderem, daß doch unmöglich ein ganzer Zeichnung zu einem außerordentlichen Zeichen werden könne allein dadurch, daß drei Teilnehmer rote Schleifen an ihren Strängen trügen,

Das Kammergericht wies indessen die Revision ab. Der Begriff des außerordentlichen Zeichenbegünstigten sei vom Landgericht richtig ausgelegt worden und mit Recht habe das Landgericht ein subjektives Verschulden aller Angeklagten angenommen.

## Partei-Konferenz für den Wahlkreis Potsdam-Spandau-Osthavelland.

Kauen, den 26. Juni 1904.  
Die Konferenz, welche in diesem Jahre früher als sonst einberufen ist, wird vom Kreisvertrauensmann Paris-Velten mit einigen Begrüßungsworten eröffnet.

In das Bureau werden Paris-Velten, Kauen und Scholz-Spandau als Vorsitzende und Schmidt-Velten als Schriftführer gewählt.

Die Mandatsprüfungskommission bilden Pieper-Spandau, Stof-Potsdam und Lehmann-Mariow.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung erläutert Genosse Paris seinen Bericht als Kreisvertrauensmann. In der ersten Hälfte des Berichtsjahres habe sich die Parteithätigkeit im Kreise ziemlich lebhaft gestaltet, vornehmlich durch die Landtagswahl, die für uns ein noch ganz neues Gebiet darstellt. Es war besonders in den kleinen Orten sehr schwer, geeignete Wahlmännerkandidaten zu finden, ja manche derselben sind aus Furcht vor Maßregelung selbst nicht einmal zur Wahl gegangen. Unsere Erfolge im Kreise sind darum auch durchaus unbefriedigende, nur 37 Wahlmänner konnten wir durchbringen, eine Verschiebung der Parteiverhältnisse im Kreise nach links ist also bei der Landtagswahl ganz und gar nicht zu bemerken gewesen. In Spandau waren die konservativen Wahlmännerkandidaten fast durchweg Angehörige der Staatsbetriebe. — Der schriftliche Bericht, den der Kreisvertrauensmann mit den Genossen im Kreise gehalten, sei auch im vergangenen Jahre sehr rege gewesen. 265 Sendungen seien aus- und 178 eingegangen.

In der Lokalfrage sei erfreulicherweise ein Fortschritt zu verzeichnen, es seien Lokale in Böhlow und Vehlitz neu hinzugekommen, nur in den Hauptorten des Kreises fehle es heute überhaupt nicht mehr an Versammlungsräumen, nur in den wichtigeren Orten Vornim, Vornstedt, Vinnu, Staaken, Falkenhagen und Beyer-Sommerfeld sieht unsrer Partei noch kein Lokal zur Verfügung!

An Flugblätter sind im Berichtsjahre 70 100 aus der Kreisliste bezogen und verteilt worden, dazu 9500 Kalender. Die Aufnahme der letzteren ist bei der Landbevölkerung wachsend eine gute.

An den Kommunalwahlen haben sich im Berichtsjahre eine größere Anzahl Orte als vorher beteiligt und zwar mit Erfolg in Spandau, Velten, Fische, Mariow und Hennigsdorf, ohne Erfolg in Potsdam, Kauen, Vornstedt, Falkenhagen und Staaken!

Die politische Organisation will noch immer keine rechten Fortschritte machen, obwohl die letzte Reichstagswahl 4000 Stimmen Zuwachs brachte und die gewerkschaftlichen Organisationen durchweg ziemlich gehulst so fast sind. Insgesamt seien im Kreise 1819 Genossen politisch organisiert.

Auch der Abonnementstand für die Parteipresse mache nicht die erwünschten Fortschritte. Im vorigen Jahre hatte die „Brandenburger Zeitung“ z. B. im ganzen Kreise 1200 Abonnenten und jetzt etwa 1300. Viele hunderte und tausende Parteigenossen halten leider immer noch ein bürgerliches Blatt nur nicht ihr eigenes Parteiblatt.

Unser Strafkonto sei in diesem Jahre besonders hoch, allein die Kreisliste habe an Strafen und Kosten 650 M. vorausgaben müssen; außerdem haben die Spandauer Genossen für eine Anzahl Verhaftungen noch 390 M. bezahlt. Erfreulicherweise seien unsre Beschwerden und Klagen wegen ungerechtfertigter Verhaftungsverbote der Amtsvorsteher fast ausschließlich für uns erfolgreich gewesen. Der Kassenbericht, welcher gedruckt vorliegt, weist eine Einnahme von 2791,51 M. (darunter 500 M. vom sechsten Berliner Kreis) und eine Ausgabe von 2289,49 M. auf, so daß ein Kassenbestand von 502,02 M. verbleibt! Mit Genehmigung stellt Genosse Paris fest, daß der Kreis diesmal die Reichstagswahlkosten ohne Zuschüsse vom Parteivorstand decken konnte; nur bei der Landtagswahl wurde das Geld etwas knapp!

Die Diskussion über den Bericht wird hierauf verbunden mit der Diskussion über den Vortrag des Genossen Liebknecht zum Punkt 3 der Tagesordnung: „Agitation und Organisation“! — Zwischenworte erlaubt die Mandatsprüfungskommission ihren Bericht. Vertreten sind 16 Orte durch 27 Delegierte; ferner sind anwesend die Genossen Dobrowla für die Agitationskommission, Vitorf für den 6. Berliner Kreis, Sidow und Alb. Meier für die „Brandenburger Zeitung“ und endlich der Kandidat des Kreises, Genosse Liebknecht. Alsdann hielt Genosse Dr. Karl Liebknecht seinen Vortrag. Von einer allgemeinen Schilderung der Parteiverhältnisse auf das spezielle Gebiet der Agitation und Organisation übergehend, machte Redner einige Vorschläge in Bezug auf die zukünftige Agitation im Kreise und wandte sich dann der Organisationsfrage zu. Diese Frage würde uns wahrscheinlich heute dazu führen einen sehr wichtigen Beschluß zu fassen, denn es liegen zwei Anträge von Kauen und Spandau vor, welche die Zentralisation unsrer Kreisorganisation anstreben. Auf die Geschichte der Kreisorganisation Osthavellands eingehend, erläutert Redner an der Hand der von den Genossen Teltow-Deesdow mit der Zentralorganisation gemachten guten Erfahrungen die Vorzüge der straffen, geschlossenen Organisationsform gegenüber dem lockeren System und empfiehlt dringend die Annahme der beiden Anträge. In der Diskussion empfiehlt Pieper-Spandau die Annahme der Anträge auf Zentralisation, die Spandauer Genossen versprechen sich hierüber guten Erfolg. Rieger-Spandau spricht sich entschieden gegen die jetzt in der Partei beliebte Ueberhöhung des Parlamentarismus und des „Dreimillionen-Sieges“ aus; dieses führe nur zur Entkräftung der proletarischen Massen, die durch eine solche Taktik in den Glauben verführt würden, wir könnten in den sozialistischen Staat über Nacht hineinwachsen. Die parlamentarische Macht, die wir uns vielleicht wirklich einmal erobern, ist noch lange nicht die politische Macht, sie würde uns vielmehr erst ernsthafte Konflikte bringen, denen wir dann ohne Verteidigungswaffen gegenüber stehen könnten. Die Parteiführer sollten uns doch die Augen geöffnet haben über die Gefahr, die dem deutschen Volke droht, und da ist es doch schwerer zu verstehen, weshalb man den Generalstreik innerhalb der Sozialdemokratie nicht einer Diskussion, gewissermaßen einer Prüfung auf seine Durchführbarkeit hin unterziehen will. Wir befinden uns bereits mitten im „Revisionsismus“, auf Schritt und Tritt nehmen wir eine wachsende Ablenkung von der reinen revolutionären Bahn wahr (der Fall Schippel, Göhre, Raiffefer etc.). Dem müßten die Parteigenossen mit aller Macht entgegenzutreten; denn nicht eine Reform, sondern eine revolutionäre Partei kann und darf die Sozialdemokratie ihrem ganzen Wesen nach sein. Bräuer-Velten spricht sich aus praktischen Erwägungen gegen die Zentralorganisation aus. Er glaubt, daß die straffe Organisation in Velten nicht soviel Anhang finden würde, wie jetzt ohne politische Organisation bei dem losen System.

Staab-Potsdam bedauert, daß der Dresdener Parteitag nicht ganz Arbeit gemacht, sondern vor der eigentlichen Entscheidung stehen geblieben sei. Keinen Tisch mußte man machen und alle diejenigen Elemente, die nicht zu uns gehören, abstoßen. Selbst wenn dabei ein paar Mandate verloren gehen, so schade dies durchaus nichts. Wir haben heute leider schon ganz untern alten Grundgedanken vergessen, daß wir nicht wählen, um Mandate zu erobern, sondern um unsre Ideen in die breiten Massen zu tragen und zu vertiefen. Vebel hat vollkommen recht gethan, wenn er die Auseinandersetzung in Dresden herbeiführte; wir haben heute bereits eine erhebliche Anzahl Leute mit besserer Erziehung in unsrer Partei, die nur deshalb zu uns kommen, weil sie bei den Arbeitern eine Rolle spielen zu können glauben und weil sie hoffen, auch im sozialistischen Staat eine ihrer Bildung entsprechende Position zu finden. Die Ursachen des Stimmenrückgangs bei den Nachwahlen sind durchaus zu verstehen;

die unsicheren Elemente sind eben von uns abgestoßen worden, und das ist gut so!

Schmidt-Velten, Mollenstedt-Kauen sprechen für die Annahme der Anträge Kauen und Spandau, ebenso Paris-Velten, Vitorf-Velken, welcher auf die guten Erfahrungen der Berliner Genossen mit der geschlossenen Organisation hinweist, und Krause-Hennigsdorf. Bekämpft wird der Antrag nur noch von Staab und Stof-Potsdam. Nach einem kurzen Schlusssatz Liebknechts, welcher sich dagegen wendet, daß die „Rittsäuer“ unsrer Partei allzu schroff — wie es Staab wünscht — abgestoßen werden sollen, wird die Gründung eines Kreis-Wahlvereins mit 19 gegen 18 Stimmen angenommen. Zwei Potsdamer Anträge betreffend Verbreitung der Herrenhaus-Notizen gegen das Reichstags-Wahlrecht und agitatorische Verarbeitung des „Kontraktbruch-Gesetzes“ als Flugblatt wurden dem Kreis-Vertrauensmann überwiesen. Beschlossen wurde ferner, daß Genosse Liebknecht seine aus Anlaß des Wahlkampfes gemachten Erfahrungen in Bezug auf die Auslegung des Vereinigungsgesetzes betreffend Versammlungen unter freiem Himmel als Druckschrift herausgeben soll. Dem Kreis-Vertrauensmann wurde einstimmig Decharge erteilt.

Es folgt der Punkt „Presse“. Hierzu hatten die Spandauer Genossen einen Antrag auf Gründung eines Kreisblattes gestellt. Dieser Antrag wurde nach lebhafter Diskussion mit allen gegen sieben Stimmen abgelehnt. Die Wahlen hatten folgendes Ergebnis:

Delegierter für den internationalen Kongress in Amsterdam: Liebknecht. Zum Parteitag in Bremen: Liebknecht und Mollenstedt-Kauen. Als Ersatzmann Staab-Potsdam.

Vor dem Parteitag soll eine Aussprache über die von den beiden Delegierten in Bezug auf die wichtigsten Parteifragen einzunehmende Haltung erfolgen.

Der Provinzial-Parteitag wird durch die Genossen Rieger-Spandau, Bräuer-Velten und Lehmann-Mariow besetzt. Die Kommission zum Entwurf des neuen Organisationsstatuts und der demnächstigen Einberufung einer kombinierten Sitzung bilden die Genossen Scholz-Spandau, Pieper-Spandau, Stof-Potsdam, Schmidt und Paris-Velten, Mollenstedt-Kauen und Liebknecht.

Der Kreis-Vertrauensmann Paris führt seine Funktionen einzuweisen weiter, die kombinierte Sitzung wird von vornherein ermächtigt, über die Annahme der Statuten zu entscheiden. Darauf wird die Konferenz von Mollenstedt mit einem begeisterten Hoch geschlossen.

## Lokales.

### Sind unsre Gemeindefschulen noch überfüllt?

Es scheint: nein! Sieht man sich die neueste Frequenz-Uebersicht an, die der Magistrat soeben den Stadtverordneten zur Kenntnisnahme hat zugehen lassen, so fällt einem zuerst auf, daß die Durchschnittsbesetzung pro Klasse wiederum heruntergegangen ist. Die Uebersicht giebt die Zahlen vom 1. Mai 1904. An diesem Tage wurden in 271 Gemeindefschulen mit 4720 besetzten Klassen 219 673 Kinder gezählt, das sind pro Klasse durchschnittlich 46,54 Kinder, während am 1. Mai 1903 die Durchschnittsfrequenz noch 47,21 Kinder gewesen war. Der Rückgang des Durchschnittes dauert nun schon seit 1 1/2 Jahrzehnten an. Am 1. Mai 1880 kamen auf jede Klasse durchschnittlich 55,84 Kinder, macht in 15 Jahren eine Verminderung um neun Kinder pro Klasse. Was will man mehr?

Der Mann, der die Durchschnittsberechnungen erfunden hat, verdient wirklich, daß die Berliner Kommunalstatistiker ihm ein Denkmal setzen. Diese Durchschnittsrechnungen sind wie geschaffen dazu, um Notstände wegzubeweisen. Wenn in einer Gesellschaft von zehn Menschen neun sind, die jeder eine Million Mark besitzen, während der zehnte ein Bettler ist, so giebt das ein Gesamtvermögen von neun Millionen. Auf die Person entfällt da ein „Durchschnittsvermögen“ von neunhunderttausend Mark; aber fragt mal den Bettler, ob diese Rechnung ihn fatter macht. Fragt ebenso die Lehrer der untersten Gemeindefschulklassen, ob ihre Schülerzahl dadurch geringer wird, daß der Durchschnitt aus den Klassen aller Stufen nur 46,54 beträgt. In den zweiten und ersten Klassen beträgt der Durchschnitt sogar nur 34 und 31 Schüler, aber in den sechsten und achten Klassen stellt er sich dafür auf 55 und 56 Schüler. Wohlgeachtet: wieder nur der Durchschnitt! Im einzelnen bleibt in den sechsten und achten Klassen die Besetzung vielfach noch unter 50, aber dafür geht sie in anderen Klassen dieser Stufen ebenso oft über 60 und selbst über 65 hinaus. Als Maximum ist für diese Klassen 69 festgesetzt. Wir sehen auch in der neuesten Frequenz-Uebersicht immer noch so manche Klasse, in der das Maximum 69 tatsächlich erreicht ist. Sind solche Klassen etwa nicht überfüllt?

Noch vor wenigen Jahren ließ sich aus den Frequenz-Uebersichten feststellen, daß gelegentlich die 69 sogar überschritten wurde. Das wird jetzt seltener vermieden: denn Frequenzen von 70 und mehr wirken denn doch zu peinlich. Dagegen wird es in den mittleren Klassen auch heute noch nicht so genau mit den von der Schuldeputation festgesetzten Maximalzahlen genommen. Für die sechsten Klassen soll 60, für die fünften Klassen 55, für die vierten bis ersten Klassen 60, das Maximum sein. Wir haben aber aus der neuesten Uebersicht mehr als 200 Klassen herausgezählt, deren Besetzung ihre Maximalzahl überschreitet. Die tatsächliche Schülerzahl geht in den sechsten Klassen bis 66 (statt 60), in den fünften bis 62 (statt 55), in den vierten bis 66 (statt 60), in den dritten bis 53 (statt 50). Wir müssen auch hier fragen: Sind solche Klassen etwa nicht überfüllt?

Die Maximalzahlen sind aus pädagogischen Gründen festgesetzt worden, und dabei sind den mittleren und oberen Klassen niedrigere Maxima gegeben worden als den unteren Klassen. Die Ueberschreitungen dieser Maxima sind aber in den sechsten, fünften und vierten Klassen so häufig, daß man fast annehmen möchte, die Schuldeputation habe hier die obere Grenze der Frequenz inzwischen wieder erhöht, ohne daß die Stadtverordneten-Versammlung davon Kenntnis erhalten hat. Oder gelten immer noch die früheren Maxima? Dann ist es geradezu unbegreiflich, daß die Schuldeputation ihre eignen Bestimmungen nicht beachtet und die Frequenzen so oft und so weit über die Maxima hinausgehen läßt.

Die Umsatzsteuer, welche beim Erwerb von Grundstücken von der Gemeinde Berlin erhoben wird, ist bekanntlich im März d. J. verdoppelt worden: bis zum 5. März betrug sie nur 1/2, von da an aber ein Prozent des steuerpflichtigen Wertes. Das halbe Prozentgen mehr bringt dem Stadtfiskus ganz artige Summen ein, die naturgemäß von den Zahlungspflichtigen schmerzhaft empfunden werden. Besonders hart trifft die doppelte Steuer diejenigen, die bei Neu-Ordnung der Dinge Grundstücke erworben haben. In Anbetracht des Umstandes, daß es sich dabei nur um Tage handelt, haben einzelne den Petitionsweg bei der Stadtverordneten-Versammlung beschritten. Bei dem einen beträgt die Differenz 1825 M., bei dem andern gar 3055 M. Diese Summen hätten sie sparen können, wenn die Auslösung einen Tag vor, anstatt nach dem 5. März erfolgt wäre. Sehr richtig! Allein die geplante Erhöhung der Umsatzsteuer war lange vorher bekannt. Der Petitionsausfluß der Stadtverordneten-Versammlung ist über beide Gesuche zur Tagesordnung übergegangen, indem er mit Recht ansah, daß von der Steuererhöhung noch eine große Anzahl anderer Personen betroffen worden sei, deren Einprüche der

Steuerdeputation ebenfalls zugegangen seien und sich die eventuell auf obige Präcedenzfälle berufen würden.

Ein Ritter vierter Klasse. Der Kaiser hat dem Stadtrat Mugdan den Orden Adlerorden vierter Klasse verliehen.

Gegen die Wahl des Stadtverordneten Leis ist von Wählern des zweiten Gemeinde-Wahlbezirks nachträglich beim Bezirksamt Klage erhoben worden. Die Klager, königliche Marschallbeamte, stützen sich auf ihren Einspruch, der von der Stadtverordneten-Versammlung zurückgewiesen worden ist. Hotelbesitzer Leis wurde in der Stichwahl mit großer Mehrheit gegen den früheren Stadtverordneten Freygel gewählt und ist inzwischen in sein Amt eingeführt. Erinnerung ist von dieser Wahl her die Mystifikation, die von freisinniger Seite an den sozialdemokratischen Wählern zu Gunsten des Herrn Leis versucht wurde.

„Die Welt am Montag“, ein an sich durchaus nicht besonders aufregendes Blatt, wird konsequent von der Polizei gemahregelt. Gestern verfügte die Behörde, daß „Die Welt am Montag“ vom Straßenhandel auszuschließen sei; außerdem wurde das Blatt in Hunderten von Exemplaren konfisziert, ein mit dem Besetz nicht in Einklang zu bringendes Vorgehen, da Konfiskationen der gerichtlichen Anordnung bedürfen. Eine Skizze „Der Fatalist“ soll die Ursache zum amtlichen Einschreiten gegeben haben.

Der Korb gefunden. Zum Nord an der Lucie Berlin hat die Kriminalpolizei eine wichtige Mitteilung erhalten. Der 31 Jahre alte Schiffer Wilhelm Klumber aus Woltersdorf bei Groß-Büsterwitz teilte Sonntag seinem Oheim mit: Am Sonntag, den 12. d. M., vormittags, habe er mit dem Steuermann Otto Tarnow aus Plaue bei Brandenburg bei der Ausfahrt mit einem leeren Steinlahn einen Korb, wie ihn die Kriminalpolizei sucht, in der Nähe des Humboldthafens im Wasser treiben sehen und an Bord gezogen. Er und Tarnow hätten ihn mit nach Woltersdorf bei Groß-Büsterwitz genommen, wo sie bei dem Schiffsbesitzer Döpner beschäftigt sind. Eine Zeitung habe weder er noch Tarnow gelesen, daher hätten sie auch von dem Korb und seiner Bedeutung keine Ahnung gehabt. Klumber fuhr auf Veranlassung der Kriminalpolizei noch Sonntagabend nach Hause und kam Montagmorgen mit dem Korb hierher zurück. Der bedeutungsvolle Fund befindet sich bereits auf dem Polizeipräsidium. Er ist mit aller Bestimmtheit als der verschwunden gewesene kleine Korb der Liebetret erkannt. Die Eigentümerin erkannte ihn an verschiedenen Merkmalen mit aller Bestimmtheit wieder. Ferner stimmen gegen von Zeitungspapier, die sich in seinem Geflecht fanden, genau zu andern Zeitungspapier, das in der Wohnung der Liebetret beschlagnahmt wurde. Endlich enthielt das Geflecht noch mehrere Muttelkissen, die ohne Zweifel von dem ermordeten Mädchen herrühren. Man muß annehmen, daß Lucie Berlin bereits um 2 Uhr nachmittags ermordet, zerstückelt und in den Korb gepackt war. Vor Eintritt der Dunkelheit hat der Mörder den Korb mit der Leiche sicher nicht nach der Ebree getragen. Die zerstückelte Leiche lag also wohl immerhin bis gegen 11 Uhr abends in dem Korb. Bis dahin konnte eine gewisse Menge Blut abtrocknen. Ein Teil wird sich im Wasser wieder abgelöst haben, aber wohl nicht alles, da ja der Korb nicht sehr lange im Wasser lag. Der übrig gebliebene Rest trocknete bald wieder an. Kriminalkommissar Behn übergab den Korb nach der Vernehmung der Zeugen dem Untersuchungsrichter Dr. Rahmann. Dieser wird ihn dem Gerichtshemiker zur näheren Untersuchung überweisen. Mit diesem Funde erweist sich auch die letzte Audrede Bergers als Schwindel.

Das Privatdetektiv-Institut Luz in der Deaniensstraße bestreitet in einer an uns gerichteten Zuschrift, daß von einer Arbeitsniederlegung die Rede sein könne, da die Angestellten wegen Arbeitsmangels ohnedies hätten entlassen werden müssen. Gestalt und Auslagen seien den Beamten am Freitag letzter Woche erstattet worden. Demgegenüber bleiben die Angestellten dabei, daß sie die Arbeit niedergelegt haben, weil sie am Sonnabend, den 18. Juni, nicht zu ihrem Geld kommen konnten.

51 000 Mark hat das vor mehreren Monaten im Krankenhaus verstorbenen Fräulein Jöller in ihrer Wohnung, Köpenickerstr. 156, bekanntlich hinterlassen. Kauter diesem Gelde hatte die 82 Jahre alte gewordene Person noch ein Kapital von 100 000 M. auf der Bank liegen. Die Jöller wohnte seit 1863, also 41 Jahre, in der erwähnten Wohnung und war so menschensüß und wunderbar, daß man an ihren Verstand zweifeln mußte. Nicht weniger als sieben Müllwagen voll Papier, Lumpen und Urat wurden aus der Wohnung herausgeschafft; Zeitungen waren von der Greifzeit seit Jahrzehnten aufgehoben und zu mannshohen Stößen angehäuft worden. Man fand ferner in der Wohnung zwölf Kaugerippen, drei Kaugerippen und — zwei Milke Zigarren. Die Federbetten, die sofort dem Müllwagen übergeben wurden, waren von der Verstorbenen im Schrank verschlossen gehalten worden, so daß sie selbst auf den von ihr angehäuften Lumpen gefaselt haben muß; die Möbel waren mit einer Schmutzkruke behaftet. Daß unter diesen Umständen keine Epidemie in dem Hause ausgebrochen ist, muß Wunder nehmen.

Sensationen. Die Ermordung der Lucie Berlin wurde von dem Schauplatz Wacker, der im Karlsgarten zu Misdorf mit einer Eule steht, geschäftlich ausgebeutet. Der geschäftsvolle Mann hatte einen Stock mit einer Bachsmaske versehen und mit einem roten braunen Kleide angezogen. Dieses Nachwerk stellte er als die ermordete Lucie Berlin zur Schau. Von einer Reuehaftigkeit der Maske war auch nicht entfernt die Rede. Für die Zugkraft des Schaustücks kommt es darauf allerdings auch nicht an, ebensowenig für die Beurteilung des Unternehmens. Als der Cigarrenmacher Berlin, der Vater des ermordeten Mädchens, am Sonntagnachmittag von diesem Unfug hörte, fuhr er mit seinem Sohne sofort nach Misdorf, überzeigte sich davon und nahm dann die Hilfe des zuständigen Reviers in Anspruch. Der Revierleutnant begleitete ihn mit zwei Schutzmännern nach dem „Karlgarten“ und veranlaßte den Schauplatz, das Bild unzerfährlich zu entfernen. — Der Sarghändler Jumpy, der für das ermordete Mädchen den Eltern einen Sarg schenkte und diesen ausstellte, nahm diesen sofort aus dem Schaufenster heraus, als die Aufstellung in einigen Zeitungen absichtlich beurteilt wurde.

Nicht minder verurteilenswert als der Mann in Misdorf verfährt ein hiesiges Panoptikum, das den Charlottenburger Leichenfund dem lieben Publikum veranschaulicht. Man verlangt von solchen Instituten ja gewiß nicht, daß sie der Kunst oder sonst einem höheren Interesse dienen sollen, aber gar zu groß sollten sie der Sensationslust der Menge auch nicht schmeicheln.

Die in Berlin erfolgte Verhaftung eines bekannten belgischen Briefmarkenhändlers verurteilt in den Kreisen der hiesigen Briefmarkenhändler und Sammler großes Aufsehen. Der Briefmarken-Christoff Veyn aus Brüssel, der schon seit Jahren regelmäßig nach Berlin kommt und mit sämtlichen hiesigen Händlern in Verbindung steht, wurde auf Veranlassung eines Sammlers am Freitagabend wegen Verlaufs gefälschter Postwertzeichen in Untersuchungshaft genommen. Er hatte ein sogenanntes Tauschheft, welches Marken im Katalogwerte von circa 600 M. enthielt, zum Preise von 180 M. verkauft. Eine Prüfung der Marken ergab nun, daß die teuren Wertzeichen sämtlich in geschickter Weise gefälscht waren. Ganz besonders gilt dies von der Einfrank-Marke der französischen Republik mit dem Kopf Napoleons III. Diese Marke ist aus sechs gleichfarbigen, blauen Wertzeichen desselben Landes kunstvoll zusammengesetzt. V., der in einem großen Hotel in der Friedrichstadt wohnte, hatte zwei Köpfer mit Briefmarken bei sich. Eine oberflächliche Besichtigung ergab, daß sich in der Sammlung noch eine ganze Anzahl falscher Marken befanden, die ordnet, besahen. Der Verhaftete, der übrigens nur höchst mangelhaft deutsch spricht, bestreitet entschieden, sich strafbar gemacht zu haben, weil jeder Käufer betrogener wertvoller Marken wisse, daß echte Wertzeichen zu so niedrigen Preise nicht geliefert werden können; auch werde in Belgien der Verkauf falscher Wertzeichen nicht strafrechtlich verfolgt. Mit dieser Entschuldigung dürfte der Briefmarkenhändler kaum Glück haben.

Der neueste Kirchenbau geht in Lankwitz vor sich. Kostenpunkt 287 000 Mark. Sonntag war die Grundsteinlegung. Herr v. Ribbach war nicht dabei.

Im Zeeher See ertrunken ist Sonntag ein 19-jähriger junger Mann namens Georg Weisling. Bei dem stürmischen Wetter fuhr der junge Mann gegen 2 Uhr nachmittags auf einem Ruderboot in den See hinaus, nachdem er auf diesem kleinen Boote vorher ein Segeltuch gehängt hatte, um bei dem anhaltenden Wind flott segeln zu können. Nach einer Stunde kehrte das Boot ungefähr 10 Meter vom Ufer zwischen dem Restaurant Döring und dem Leuchtturm. Der Unglückliche fand in den Fluten den Tod, ehe jemand zu Hilfe herbeieilen konnte.

Mit Cyanalk vergiftet hat sich der 39 Jahre alte Kaufmann Hauptmann a. D. Alexander v. Spitz aus der Turmstr. 4. Der Verstorbenen, der früher einem Provinzial-Infanterie-Regiment angehört, nahm vor neun Jahren als Oberleutnant mit dem Charakter eines Hauptmanns seinen Abschied und wurde Kaufmann. Nach sechsjährigen Aufenthalt in Ostasien kam er vor drei Jahren nach Berlin als Vertreter eines Industriewerkes in Ludwigschafen. Gleich zu Beginn seines hiesigen Aufenthaltes verheiratete sich Hauptmann v. Spitz mit einer Offizierswitwe v. Schlegel geb. v. Noabe, die ihm zwei Kinder in die Ehe mitbrachte, einen jetzt 15 Jahre alten Sohn, der eine Kadettenanstalt besucht, und eine Tochter, die jetzt 10 Jahre zählt und bei Verwandten in Pension ist. Am Sonnabend lehrte Frau v. Spitz um 8 Uhr von einem Besuche heim. Als sie die Thür zu seinem Zimmer öffnete, sah sie ihren Mann tot am Schreibtisch sitzen. Auf dem Tische fand sich ein Rest von Cyanalk. Die Frau rief um Hilfe und eilte nach der Post, während Hausgenossen einen Arzt holten. Dieser konnte nur noch den Tod feststellen. Was den Mann zum Selbstmord veranlasst, ist vorläufig nicht bekannt.

Feuerbericht. In der Nacht zum Montag wurde die Wehr nach der Brunnenstr. 101 gerufen, weil hier bald nach Mitternacht im Keller des rechten Seitenflügels ein größerer Feuer ausgebrochen war. Es brannte allerlei Gerümpel, alter Hausrat, Risten, Verpackungsmaterial u. und mußte längere Zeit Wasser gegeben werden, um die Flammen zu ersticken. Kurz vorher mußte schon in der Adalbertstr. 61 ebenfalls ein Kellerbrand beseitigt werden. Ein größerer Posten Spähne und Hölzer wurde hier vernichtet. Durch Ueberhochen von Zier entstand Montagabend 6 Uhr in der Feinereistraße 9 auf dem Hofe ein Brand, der indes vom 17. Pöschke in kurzer Zeit unterdrückt werden konnte. Kleidungsstücke und Decken gingen in der Potsdamerstr. 104 in einer Wohnung in Flammen auf, während in der Kaiserstr. 28 sich Preshöhlen entzündet hatten. Kuperden liefen im Laufe des Sonntags noch von der Schönebergerstraße 16, Schliemannstr. 39 und noch von einigen anderen Orten Alarmierungen ein, doch handelte es sich in allen diesen Fällen um Brände, die ein erforderliches Eingreifen der Wehr nicht erforderten.

Eine Blumenausstellung hat der Bund der Pflanzervereine Berlins, die bekannte Organisation der Laubenkolonisten, Sonntag im Restaurant „Jägerhaus“ in der Schönhauser Allee veranstaltet. Trotzdem das Wetter in den letzten Wochen der Blumenzucht nicht besonders günstig gewesen ist, war die Ausstellung sehr gut besucht. Neben anderen Vereinen hat sich besonders der Verein „Mauschou“ aus der Koloniestraße mit seinem Miniatur-Blumengarten hervorgetan. Als Preisrichter fungierten die Herren Handelsgärtner Jenzsch, Schreiber und Urban. Die Preise wurden wie folgt verteilt: Gruppe I (Vereins-Arrangements): 1. Preis: Verein „Mauschou“, Koloniestraße. 2. Preis: „Verg und Thal“, Beroliner Weg. 3. Preis: „Ohm Paul“, Treptow. — Gruppe II (Arrangements einzelner Aussteller). Ehrenpreis der Firma Jenzsch: Korus (Verein „Nordstern“), Schulstraße. 1. Preis: Häufer („Vergsmeinnicht“, Landsberger Allee). 2. Preis: Lamprecht („Ditwacht“, Kummelburg). 3. Preis: Engel („Ditwacht“, Kummelburg). 4. Preis: Haberstroh („Nordstern“, Pantow). — Gruppe III (einzelne Blumen und Pflanzen): 1. Preis: Krieg („Nordstern“, Pantow). 2. Preis: Lannhäuser („Neu-Californien“, Landsberger Allee).

Sportnachrichten. Im Sportpark Friedenau hielt am Sonntag der Gau XX des Deutschen Radfahrer-Bundes sein Gauverbandsfahren ab. Das Programm war reichhaltig, seine Ausführung wurde aber durch das schlechte Wetter in die Länge gezogen, so daß erst nach 9 Uhr die Veranstaltung zu Ende war. Der vorjährige Sieger Martens verteidigte erfolgreich die Bundesmeisterschaft von Preußen. Nachstehend die Resultate: Mannschaftsfahren. 1. Berliner Radfahrerklub „Jugendklub“. 2. Berliner Radfahrerklub „Wanderlust“. — Landeshauptfahren. 2000 Meter. 1. Wilm Ladebold - Andreas Hansen. 2. Otto Göhle - Alfred Truschinski. — Bundesmeisterschaft von Preußen. 1000 Meter. 1. Hermann Martens. 2. Otto Kämpferling. — Hauptfahren. 1500 Meter. 1. Max Kaba-gies. 2. Paul Hoffrichter. — Im Radpolospiel gewann Radfahrerklub „Hohenjoller“ (Zehlendorf) 1896 vor Radfahrerklub „Groß-Lichterfelde“.

Paris, 26. Juni. Bei dem heutigen großen Radrennen war Mayer (Deutscher) erster, Nitt (Deutscher) zweiter, Ellegard (Däne) dritter. Die Niederlage Jacquelin durch Mayer in der letzten halben Runde rief unter einem Teile der Zuschauer Mißvergnügen hervor; sie veranstalteten eine Kundgebung gegen Mayer und warfen ihm Sand vor das Rad.

### Aus den Nachbarorten.

Steglich, Friedenau. Heute abend 8 1/2 Uhr dritter Abend unsres Programmturnus im Gesellschaftshause, Friedenau, Rheinstraße 14. Wir fordern besonders die Steglitzer Genossen zu zahlreicher Beteiligung auf.

Die Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung hält in dieser Woche am Mittwoch und eventuell auch noch am Donnerstag eine Sitzung ab, da vor den Sommerferien noch eine Reihe wichtiger Vorlagen zu erledigen sind. Auf der Tagesordnung steht u. a. eine Vorlage betr. Einführung des obligatorischen Fortbildungsschul-Unterrichts. Der Unterricht, für den die Mittel bereits in den Etat eingestellt sind und zu dem der Staat einen Zuschuß bewilligt, soll am 1. Oktober beginnen. Zur Teilnahme an demselben sind verpflichtet alle in Charlottenburg wohnhaften und im Gewerbebetrieb eines Charlottenburger Gewerbebetreibenden nicht nur vorübergehend beschäftigten männlichen Arbeiter (Lehrlinge, Gesellen, Gehilfen usw. aller Gewerbebetriebe einschließlich der Handelsgeschäfte) bis zum Ende des Schulhalbjahres, in welchem sie das 17. Lebensjahr vollenden. Ob der Schulzwang auch auf die ungelernen Arbeiter ausgedehnt werden soll, bleibt späterer Beschlußfassung vorbehalten; vorläufig wird der Magistrat hier von ebenso Abstand nehmen, wie von der Ausdehnung des Fortbildungsschulzwanges auf weibliche Handlungsgehilfen und Lehrlinge. Vereit vom Schulbesuch sind solche Personen, welche die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst besitzen oder den vom Magistrat als hinreichend erachteten Nachweis führen, daß sie die Kenntnisse und Fertigkeiten besitzen, deren Aneignung das Lehrziel der Fortbildungsschule bildet bzw. daß sie einen andern Unterricht regelmäßig empfangen, welcher den Fortbildungsschulunterricht vollständig zu ersetzen geeignet ist oder endlich, daß sie an Unterricht in der Charlottenburger Kunstgewerbe- und Handwerkerlehre regelmäßig und in ausreichender wöchentlich Stundenzahl teilnehmen. Die Unterrichtszeit, die möglichst in die Tagesstunden zu verlegen ist, wird vom Magistrat festgelegt. Der Besuch der Fortbildungsschule ist unentgeltlich, Lernmittel dagegen werden nur Unbemittelten unentgeltlich gewährt.

Ferner wird in der nächsten Sitzung der Ausschuß zur Vorbereitung des sozialdemokratischen Antrages betreffend Wende-rung des Gemeinde-Wahlrechts Bericht erstatten. Der Ausschuß empfiehlt der Versammlung folgende Beschlußfassung: „Der Magistrat wird ersucht, mit den Vertretungen anderer Kommunen in Verbindung zu treten um gemeinsam geeignete Schritte

bei den gesetzgebenden Faktoren behufs Erhebung des Dreiklassen-Wahlrechts durch das geheime, gleiche, allgemeine, nur an die Verbindung eines einjährigen Aufenthaltsgleichnisches Wahlrecht unter Aufhebung des Privilegs der Hausbesitzer bei den Wahlen zur Gemeindevertretung zu unternehmen.“ Dem Bericht des Ausschusses sind einige Anlagen von großem Interesse beigegeben. Es wird auf Grund der Angaben des statistischen Amtes mitgeteilt, daß sich die Zahl der Wähler, welche jetzt 34 655 beträgt, wenn die Wahlfähigkeit von einem Mindesteinkommen von 900, 1050, 1200, 1350, 1500, 1650, 1800, 2100 M. abhängig gemacht würde, in folgender Weise verringern würde:

Mindesteinkommen	Zahl der Wähler
900	29 221
1050	22 759
1200	18 302
1350	15 889
1500	13 835
1650	12 269
1800	11 025
2100	9 017

Diese Daten haben diejenigen Ausschußmitglieder, die ursprünglich der Einführung eines Census nicht abgeneigt waren, zum Verzicht auf ihren Plan bewegen; eines solchen Wahlrechtsraubs wollte sich denn doch niemand schuldig machen.

Die katholischen Lehrer in Charlottenburg wollten von der Zustimmung des Alerus, beim Kindergottesdienst in der Kirche Aufpasserdienste zu verrichten, nichts wissen und hatten sich deshalb mit einer Beschwerde an die Regierung gewandt. Daraufhin ist ihnen von der Kreisoberschulinspektion zu Potsdam folgender Bescheid zugegangen: „Nach den wiederholt von dem Herrn Minister anerkannten Grundsätzen sind, wo die Schule als solche mit der Gesamtheit oder mit einer größeren Anzahl von Schülern am Schulgottesdienst teilnimmt, die Lehrer und Lehrerinnen zu ihrer Beaufsichtigung verpflichtet. Es genügt aber, wenn nach einem von dem Herrn Kreisoberschulinspektor aufzustellenden und von uns zu genehmigenden Plane, der Ihnen zunächst zugehen wird, abwechselnd nur so viele Lehrkräfte mit der Aufsicht in der Kirche betraut werden, als zu einer geordneten Ueberwachung der Schüler nötig sind. Eine Verpflichtung auch bei außerhalb des Schulgottesdienstes anberaumten religiösen Uebungen, wie beim ewigen, vierzigstündigen oder zwölftstündigen Gebete die Aufsicht zu führen, besteht nicht.“

Dieser Bescheid zeigt von neuem, wie sehr die Forderung, Schule und Kirche von einander streng zu trennen, nicht nur für die Kinder von Nutzen ist, sondern auch im Interesse der Lehrer liegt. Roheitsvergehen. Ein S ä b e l d u e l l hat in der vorigen Woche zwischen zwei Jährlichen der Potsdamer Kriegsschule stattgefunden und mit der schweren Verletzung des einen Duellanten geendet. Wir erfahren darüber folgende Einzelheiten: Beim Kroquiszeichnen waren die Jährliche v. Wedell vom 17. Feld-Artillerie-Regiment und v. Heine, von einem Dragoner-Regiment, mit einander in Wortstreit geraten, welcher schließlich in Tätlichkeiten ausartete. Jährlich v. Wedell wurde dabei von dem Jährlich v. Heine geohrfeigt und ließ diesen zum Duell herausfordern. Das Kommando der Kriegsschule entschied, daß bei der Schwere der wörtlichen und tätlichen Verletzungen dem Duell stattzugeben sei und bestimmte als Waffen scharfgeschliffene Säbel. Der Waffengang sollte bis zur Kampfunfähigkeit des einen Gegners durchgeführt werden. In der Reitbahn der Kriegsschule wurde darauf in Gegenwart zahlreicher Zeugen das Duell ausgetragen. Der beleidigte Jährlich von Wedell brachte dabei dem Jährlich von Heine schwere Wunden an der Nase, Stirn und Wangen bei, so daß er nach dem Garnisonlazarett gebracht werden mußte. von Wedell erhielt unbedeutende Verletzungen und wurde zu seinem Regiment zurückgeschickt. Auch von Heine wird später in seine Garnison zurückgeschickt werden.

Die Bevölkerung weiß ja, daß bei Offizieren Gesetzwertungen etwas selbstverständliches sind, sobald Duellraufen in Betracht kommen. Verlangen soll uns aber immerhin, ob die Mitteilung der Potsdamer Korrespondenz nicht berichtigt wird, wonach das Kommando der Kriegsschule selber die Gesetzwertung angeordnet hat und die feindlichen Jünglinge sich in der Reitbahn, also doch wohl in aller militärischen Öffentlichkeit in Gegenwart zahlreicher Zeugen mit dem Säbel verhandelt haben. Selbstverständlich ist es nicht das Mittel mit den beiden Jährlichen, das uns zur Stellung dieser Frage drängt. An Menschen, die ihr Leben und ihre Gesundheit nicht höher einschätzen, als die beiden Jünglinge, hat die Welt nicht viel verloren und sie mögen sich unferntwegen so bearbeiten, daß sie draußgehen. Etwas andres ist es aber um die Frage, wie das Offiziercorps als ganzes sich zum Gesetz stellt. Da sind neue Belege immerhin wertvoll.

### Gerichts-Zeitung.

Für alle Ladeneinhaber ist eine Entscheidung von Interesse, die das Kammergericht in der Strafsache gegen den Berliner Tapetenhändler Schulz gefällt hat. Nach der Gewerbe-Ordnung müssen die Inhaber offener Verkaufsstellen ihren Namen am Hause oder am Eingange zum Laden anbringen lassen. Hiergegen sollte sich E. vergangen haben. Sein Name ist zwar am Ladeneingange angebracht, aber so, daß er nach Geschäftsschluß dem Publikum nicht mehr sichtbar ist. Die heruntergelassene Jalousie verdeckt dann das Firmenschild.

Die Staatsanwaltschaft ging nun bei Erhebung der Anklage davon aus, daß das Gesetz im Auge habe, es dem Publikum zu ermöglichen, zu jeder Zeit, auch nach Geschäftsschluß, sich über die Person des Geschäftsinhabers zu informieren. Der Name müsse deshalb so angebracht sein, daß er dem Publikum auch nach Geschäftsschluß sichtbar sei. — Der Angeklagte wurde jedoch vom Landgericht I freigesprochen, und das Kammergericht verwarf die Revision der Staatsanwaltschaft mit folgender Begründung: Die Auffassung der Staatsanwaltschaft finde im Gesetz keine genügende Grundlage. Wenn das Gesetz die Sache so auffassen wollte, wie es die Staatsanwaltschaft thue, dann wäre es dem Gesetzgeber ein Leichtes gewesen, es mit einem Worte zu sagen. So aber habe die Gewerbe-Ordnung ausdrücklich nachgelassen, daß der Name entweder an der Außenseite des Hauses oder am Ladeneingange anzubringen sei. Bei der Art mancher Ladeneingänge, z. B. solcher, die in Hauseingänge münden, verstehe es sich von selbst, daß der Schild verdeckt werde. Deshalb könne der Gesetzgeber nicht verlangen, daß der Name des Inhabers jederzeit vom Publikum solle nachkontrolliert werden können. Es genüge, wenn dies während der Zeit des Geschäftsbetriebs möglich sei. Der Grund der Bestimmung liege ja auch im Geschäftsvorteil.

Ein vor drei Jahren verurteilter Schurkenstreich fand gestern erst vor der zehnten Strafammer des Landgerichts I die gebührende Ahndung. Der frühere Hilfs-Gerichtsbollhauer Richard Schenk besand sich wegen wissenschaftlicher Fälschung auf der Anklagebank. Durch die umfangreiche Beweisaufnahme wurde folgender Tatbestand festgestellt: Im Juni 1901 hatte der Angeklagte von dem Handelsmann Hermann in Weihenau einen kleinen Betrag an Gerichtskosten bezugstreifen. Er traf nur die Wirtschaftlerin der Hermannschen Eheleute, die Frau Julubeck an. Der Angeklagte verfaß sich so weit, ihre unästhetische Kutze zu machen, erfuhr aber Abweisung. Die Julubeck erzählte dem Herrnmann wie auch dem Handelsmann Kube von dem Vorfall, worauf beide Männer sich nach der Wohnung des Angeklagten begaben, um ihn zur Rede zu stellen. Sie trafen aber nur die Ehefrau Schenk vor, der sie von dem Grund ihres Erscheinens Mitteilung machten. Als der Angeklagte von dem Besuch erfuhr, fürchtete er, seine Stellung zu verlieren. Um dem vorzubeugen, richtete er an das Amtsgericht eine Anzeige, worin er die über ihn gemachten Erzählungen als völlig aus der Luft gegriffen bezeichnete und die Verhaftung Hermanns und Kubes wegen Verleumdung beantragte. Später stellte er den gleichen Antrag gegen die Julubeck. Gegen diese drei Personen wurde auch Anklage

erhoben. Im Termin wurde Schenk als Zeuge vernommen und dabei dementen in die Enge getrieben, daß er schließlich erklärte, er wolle seine Aussage verweigern. Es wurde darauf der Beweis der Wahrheit für erbracht angesehen und die damaligen Angeklagten wurden freigesprochen. Dann wurde der Spieß umgedreht und gegen Schenk obige Anklage erhoben. Bei seiner Vernehmung im Vorverfahren gab er zu, daß Frau Julubeck den Vorgang der Wahrheit gemäß geschildert haben könne. Später widerrief er sein Geständnis und ließ durch seinen Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Schwindt einen Beweis der Unplausibilität der Zeugen antreten. Dieser Beweis mihlang, der Angeklagte wurde zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten verurteilt.

Aus Jena wird vom Montag berichtet: Der Anfang April vorigen Jahres ausgebrochene Konkurs der Scherebender Kunstverbeschule, einer Gründung des Pastors Jacobson in Scherebeck, hatte heute ein gerichtliches Nachspiel vor dem hiesigen Landgericht wegen Konkursvergehens, Bilanzverschleierung und Gläubigerbegünstigung. Der Hauptangeklagte Pastor Jacobson wurde zu zwei Monaten Gefängnis und 900 M. Geldbuße, die Mitangeklagten Haushalter Raabe und Kaufmann Peterien, beide aus Scherebeck, zu je einem Monat Gefängnis und 600 M. Geldstrafe verurteilt.

Central-Kranken- und Begräbniskasse für Frauen und Mädchen Deutschlands (E. G. B.) Obenbach a. M. Verwaltungsstelle Berlin I. Dienstag, den 28. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Gesellschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 3: Haupt-Versammlung. Tagesordnung: 1. Wahl des Vertrauensrates. 2. Wahl des Gesamtvorstandes. 3. Verschiedene Kassengeschäfte. Mitgliedbuch legitimiert! Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht. Die Ortsverwaltung.

Kaufmännische Kranken- und Sterbekasse von 1855 (E. G. B.). Dienstag, den 28. Juni 1901, abends 9 Uhr, im Restaurant „Friedrich, Alte Jakobstr. 89: Sitzung.

### Eingegangene Druckschriften.

Von den Dokumenten des Sozialismus, herausgegeben von Ed. Bernstein (Stuttgart, Dieß Verlag), ist soden das 6. Heft des IV. Bandes erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: 1. Kritische Bibliographie des Sozialismus. 2. Aus der Geschichte des Sozialismus. 3. Der Sozialismus. 4. Der Sozialismus in den Weltkriegen. 5. Der Sozialismus in der Gegenwart. 6. Der Sozialismus in der Zukunft. 7. Der Sozialismus in der Wissenschaft. 8. Der Sozialismus in der Kunst. 9. Der Sozialismus in der Literatur. 10. Der Sozialismus in der Philosophie. 11. Der Sozialismus in der Ethik. 12. Der Sozialismus in der Politik. 13. Der Sozialismus in der Religion. 14. Der Sozialismus in der Wissenschaft. 15. Der Sozialismus in der Kunst. 16. Der Sozialismus in der Literatur. 17. Der Sozialismus in der Philosophie. 18. Der Sozialismus in der Ethik. 19. Der Sozialismus in der Politik. 20. Der Sozialismus in der Religion. 21. Der Sozialismus in der Wissenschaft. 22. Der Sozialismus in der Kunst. 23. Der Sozialismus in der Literatur. 24. Der Sozialismus in der Philosophie. 25. Der Sozialismus in der Ethik. 26. Der Sozialismus in der Politik. 27. Der Sozialismus in der Religion. 28. Der Sozialismus in der Wissenschaft. 29. Der Sozialismus in der Kunst. 30. Der Sozialismus in der Literatur. 31. Der Sozialismus in der Philosophie. 32. Der Sozialismus in der Ethik. 33. Der Sozialismus in der Politik. 34. Der Sozialismus in der Religion. 35. Der Sozialismus in der Wissenschaft. 36. Der Sozialismus in der Kunst. 37. Der Sozialismus in der Literatur. 38. Der Sozialismus in der Philosophie. 39. Der Sozialismus in der Ethik. 40. Der Sozialismus in der Politik. 41. Der Sozialismus in der Religion. 42. Der Sozialismus in der Wissenschaft. 43. Der Sozialismus in der Kunst. 44. Der Sozialismus in der Literatur. 45. Der Sozialismus in der Philosophie. 46. Der Sozialismus in der Ethik. 47. Der Sozialismus in der Politik. 48. Der Sozialismus in der Religion. 49. Der Sozialismus in der Wissenschaft. 50. Der Sozialismus in der Kunst. 51. Der Sozialismus in der Literatur. 52. Der Sozialismus in der Philosophie. 53. Der Sozialismus in der Ethik. 54. Der Sozialismus in der Politik. 55. Der Sozialismus in der Religion. 56. Der Sozialismus in der Wissenschaft. 57. Der Sozialismus in der Kunst. 58. Der Sozialismus in der Literatur. 59. Der Sozialismus in der Philosophie. 60. Der Sozialismus in der Ethik. 61. Der Sozialismus in der Politik. 62. Der Sozialismus in der Religion. 63. Der Sozialismus in der Wissenschaft. 64. Der Sozialismus in der Kunst. 65. Der Sozialismus in der Literatur. 66. Der Sozialismus in der Philosophie. 67. Der Sozialismus in der Ethik. 68. Der Sozialismus in der Politik. 69. Der Sozialismus in der Religion. 70. Der Sozialismus in der Wissenschaft. 71. Der Sozialismus in der Kunst. 72. Der Sozialismus in der Literatur. 73. Der Sozialismus in der Philosophie. 74. Der Sozialismus in der Ethik. 75. Der Sozialismus in der Politik. 76. Der Sozialismus in der Religion. 77. Der Sozialismus in der Wissenschaft. 78. Der Sozialismus in der Kunst. 79. Der Sozialismus in der Literatur. 80. Der Sozialismus in der Philosophie. 81. Der Sozialismus in der Ethik. 82. Der Sozialismus in der Politik. 83. Der Sozialismus in der Religion. 84. Der Sozialismus in der Wissenschaft. 85. Der Sozialismus in der Kunst. 86. Der Sozialismus in der Literatur. 87. Der Sozialismus in der Philosophie. 88. Der Sozialismus in der Ethik. 89. Der Sozialismus in der Politik. 90. Der Sozialismus in der Religion. 91. Der Sozialismus in der Wissenschaft. 92. Der Sozialismus in der Kunst. 93. Der Sozialismus in der Literatur. 94. Der Sozialismus in der Philosophie. 95. Der Sozialismus in der Ethik. 96. Der Sozialismus in der Politik. 97. Der Sozialismus in der Religion. 98. Der Sozialismus in der Wissenschaft. 99. Der Sozialismus in der Kunst. 100. Der Sozialismus in der Literatur. 101. Der Sozialismus in der Philosophie. 102. Der Sozialismus in der Ethik. 103. Der Sozialismus in der Politik. 104. Der Sozialismus in der Religion. 105. Der Sozialismus in der Wissenschaft. 106. Der Sozialismus in der Kunst. 107. Der Sozialismus in der Literatur. 108. Der Sozialismus in der Philosophie. 109. Der Sozialismus in der Ethik. 110. Der Sozialismus in der Politik. 111. Der Sozialismus in der Religion. 112. Der Sozialismus in der Wissenschaft. 113. Der Sozialismus in der Kunst. 114. Der Sozialismus in der Literatur. 115. Der Sozialismus in der Philosophie. 116. Der Sozialismus in der Ethik. 117. Der Sozialismus in der Politik. 118. Der Sozialismus in der Religion. 119. Der Sozialismus in der Wissenschaft. 120. Der Sozialismus in der Kunst. 121. Der Sozialismus in der Literatur. 122. Der Sozialismus in der Philosophie. 123. Der Sozialismus in der Ethik. 124. Der Sozialismus in der Politik. 125. Der Sozialismus in der Religion. 126. Der Sozialismus in der Wissenschaft. 127. Der Sozialismus in der Kunst. 128. Der Sozialismus in der Literatur. 129. Der Sozialismus in der Philosophie. 130. Der Sozialismus in der Ethik. 131. Der Sozialismus in der Politik. 132. Der Sozialismus in der Religion. 133. Der Sozialismus in der Wissenschaft. 134. Der Sozialismus in der Kunst. 135. Der Sozialismus in der Literatur. 136. Der Sozialismus in der Philosophie. 137. Der Sozialismus in der Ethik. 138. Der Sozialismus in der Politik. 139. Der Sozialismus in der Religion. 140. Der Sozialismus in der Wissenschaft. 141. Der Sozialismus in der Kunst. 142. Der Sozialismus in der Literatur. 143. Der Sozialismus in der Philosophie. 144. Der Sozialismus in der Ethik. 145. Der Sozialismus in der Politik. 146. Der Sozialismus in der Religion. 147. Der Sozialismus in der Wissenschaft. 148. Der Sozialismus in der Kunst. 149. Der Sozialismus in der Literatur. 150. Der Sozialismus in der Philosophie. 151. Der Sozialismus in der Ethik. 152. Der Sozialismus in der Politik. 153. Der Sozialismus in der Religion. 154. Der Sozialismus in der Wissenschaft. 155. Der Sozialismus in der Kunst. 156. Der Sozialismus in der Literatur. 157. Der Sozialismus in der Philosophie. 158. Der Sozialismus in der Ethik. 159. Der Sozialismus in der Politik. 160. Der Sozialismus in der Religion. 161. Der Sozialismus in der Wissenschaft. 162. Der Sozialismus in der Kunst. 163. Der Sozialismus in der Literatur. 164. Der Sozialismus in der Philosophie. 165. Der Sozialismus in der Ethik. 166. Der Sozialismus in der Politik. 167. Der Sozialismus in der Religion. 168. Der Sozialismus in der Wissenschaft. 169. Der Sozialismus in der Kunst. 170. Der Sozialismus in der Literatur. 171. Der Sozialismus in der Philosophie. 172. Der Sozialismus in der Ethik. 173. Der Sozialismus in der Politik. 174. Der Sozialismus in der Religion. 175. Der Sozialismus in der Wissenschaft. 176. Der Sozialismus in der Kunst. 177. Der Sozialismus in der Literatur. 178. Der Sozialismus in der Philosophie. 179. Der Sozialismus in der Ethik. 180. Der Sozialismus in der Politik. 181. Der Sozialismus in der Religion. 182. Der Sozialismus in der Wissenschaft. 183. Der Sozialismus in der Kunst. 184. Der Sozialismus in der Literatur. 185. Der Sozialismus in der Philosophie. 186. Der Sozialismus in der Ethik. 187. Der Sozialismus in der Politik. 188. Der Sozialismus in der Religion. 189. Der Sozialismus in der Wissenschaft. 190. Der Sozialismus in der Kunst. 191. Der Sozialismus in der Literatur. 192. Der Sozialismus in der Philosophie. 193. Der Sozialismus in der Ethik. 194. Der Sozialismus in der Politik. 195. Der Sozialismus in der Religion. 196. Der Sozialismus in der Wissenschaft. 197. Der Sozialismus in der Kunst. 198. Der Sozialismus in der Literatur. 199. Der Sozialismus in der Philosophie. 200. Der Sozialismus in der Ethik. 201. Der Sozialismus in der Politik. 202. Der Sozialismus in der Religion. 203. Der Sozialismus in der Wissenschaft. 204. Der Sozialismus in der Kunst. 205. Der Sozialismus in der Literatur. 206. Der Sozialismus in der Philosophie. 207. Der Sozialismus in der Ethik. 208. Der Sozialismus in der Politik. 209. Der Sozialismus in der Religion. 210. Der Sozialismus in der Wissenschaft. 211. Der Sozialismus in der Kunst. 212. Der Sozialismus in der Literatur. 213. Der Sozialismus in der Philosophie. 214. Der Sozialismus in der Ethik. 215. Der Sozialismus in der Politik. 216. Der Sozialismus in der Religion. 217. Der Sozialismus in der Wissenschaft. 218. Der Sozialismus in der Kunst. 219. Der Sozialismus in der Literatur. 220. Der Sozialismus in der Philosophie. 221. Der Sozialismus in der Ethik. 222. Der Sozialismus in der Politik. 223. Der Sozialismus in der Religion. 224. Der Sozialismus in der Wissenschaft. 225. Der Sozialismus in der Kunst. 226. Der Sozialismus in der Literatur. 227. Der Sozialismus in der Philosophie. 228. Der Sozialismus in der Ethik. 229. Der Sozialismus in der Politik. 230. Der Sozialismus in der Religion. 231. Der Sozialismus in der Wissenschaft. 232. Der Sozialismus in der Kunst. 233. Der Sozialismus in der Literatur. 234. Der Sozialismus in der Philosophie. 235. Der Sozialismus in der Ethik. 236. Der Sozialismus in der Politik. 237. Der Sozialismus in der Religion. 238. Der Sozialismus in der Wissenschaft. 239. Der Sozialismus in der Kunst. 240. Der Sozialismus in der Literatur. 241. Der Sozialismus in der Philosophie. 242. Der Sozialismus in der Ethik. 243. Der Sozialismus in der Politik. 244. Der Sozialismus in der Religion. 245. Der Sozialismus in der Wissenschaft. 246. Der Sozialismus in der Kunst. 247. Der Sozialismus in der Literatur. 248. Der Sozialismus in der Philosophie. 249. Der Sozialismus in der Ethik. 250. Der Sozialismus in der Politik. 251. Der Sozialismus in der Religion. 252. Der Sozialismus in der Wissenschaft. 253. Der Sozialismus in der Kunst. 254. Der Sozialismus in der Literatur. 255. Der Sozialismus in der Philosophie. 256. Der Sozialismus in der Ethik. 257. Der Sozialismus in der Politik. 258. Der Sozialismus in der Religion. 259. Der Sozialismus in der Wissenschaft. 260. Der Sozialismus in der Kunst. 261. Der Sozialismus in der Literatur. 262. Der Sozialismus in der Philosophie. 263. Der Sozialismus in der Ethik. 264. Der Sozialismus in der Politik. 265. Der Sozialismus in der Religion. 266. Der Sozialismus in der Wissenschaft. 267. Der Sozialismus in der Kunst. 268. Der Sozialismus in der Literatur. 269. Der Sozialismus in der Philosophie. 270. Der Sozialismus in der Ethik. 271. Der Sozialismus in der Politik. 272. Der Sozialismus in der Religion. 273. Der Sozialismus in der Wissenschaft. 274. Der Sozialismus in der Kunst. 275. Der Sozialismus in der Literatur. 276. Der Sozialismus in der Philosophie. 277. Der Sozialismus in der Ethik. 278. Der Sozialismus in der Politik. 279. Der Sozialismus in der Religion. 280. Der Sozialismus in der Wissenschaft. 281. Der Sozialismus in der Kunst. 282. Der Sozialismus in der Literatur. 283. Der Sozialismus in der Philosophie. 284. Der Sozialismus in der Ethik. 285. Der Sozialismus in der Politik. 286. Der Sozialismus in der Religion. 287. Der Sozialismus in der Wissenschaft. 288. Der Sozialismus in der Kunst. 289. Der Sozialismus in der Literatur. 290. Der Sozialismus in der Philosophie. 291. Der Sozialismus in der Ethik. 292. Der Sozialismus in der Politik. 293. Der Sozialismus in der Religion. 294. Der Sozialismus in der Wissenschaft. 295. Der Sozialismus in der Kunst. 296. Der Sozialismus in der Literatur. 297. Der Sozialismus in der Philosophie. 298. Der Sozialismus in der Ethik. 299. Der Sozialismus in der Politik. 300. Der Sozialismus in der Religion. 301. Der Sozialismus in der Wissenschaft. 302. Der Sozialismus in der Kunst. 303. Der Sozialismus in der Literatur. 304. Der Sozialismus in der Philosophie. 305. Der Sozialismus in der Ethik. 306. Der Sozialismus in der Politik. 307. Der Sozialismus in der Religion. 308. Der Sozialismus in der Wissenschaft. 309. Der Sozialismus in der Kunst. 310. Der Sozialismus in der Literatur. 311. Der Sozialismus in der Philosophie. 312. Der Sozialismus in der Ethik. 313. Der Sozialismus in der Politik. 314. Der Sozialismus in der Religion. 315. Der Sozialismus in der Wissenschaft. 316. Der Sozialismus in der Kunst. 317. Der Sozialismus in der Literatur. 318. Der Sozialismus in der Philosophie. 319. Der Sozialismus in der Ethik. 320. Der Sozialismus in der Politik. 321. Der Sozialismus in der Religion. 322. Der Sozialismus in der Wissenschaft. 323. Der Sozialismus in der Kunst. 324. Der Sozialismus in der Literatur. 325. Der Sozialismus in der Philosophie. 326. Der Sozialismus in der Ethik. 327. Der Sozialismus in der Politik. 328. Der Sozialismus in der Religion. 329. Der Sozialismus in der Wissenschaft. 330. Der Sozialismus in der Kunst. 331. Der Sozialismus in der Literatur. 332. Der Sozialismus in der Philosophie. 333. Der Sozialismus in der Ethik. 334. Der Sozialismus in der Politik. 335. Der Sozialismus in der Religion. 336. Der Sozialismus in der Wissenschaft. 337. Der Sozialismus in der Kunst. 338. Der Sozialismus in der Literatur. 339. Der Sozialismus in der Philosophie. 340. Der Sozialismus in der Ethik. 341. Der Sozialismus in der Politik. 342. Der Sozialismus in der Religion. 343. Der Sozialismus in der Wissenschaft. 344. Der Sozialismus in der Kunst. 345. Der Sozialismus in der Literatur. 346. Der Sozialismus in der Philosophie. 347. Der Sozialismus in der Ethik. 348. Der Sozialismus in der Politik. 349. Der Sozialismus in der Religion. 350. Der Sozialismus in der Wissenschaft. 351. Der Sozialismus in der Kunst. 352. Der Sozialismus in der Literatur. 353. Der Sozialismus in der Philosophie. 354. Der Sozialismus in der Ethik. 355. Der Sozialismus in der Politik. 356. Der Sozialismus in der Religion. 357. Der Sozialismus in der Wissenschaft. 358. Der Sozialismus in der Kunst. 359. Der Sozialismus in der Literatur. 360. Der Sozialismus in der Philosophie. 361. Der Sozialismus in der Ethik. 362. Der Sozialismus in der Politik. 363. Der Sozialismus in der Religion. 364. Der Sozialismus in der Wissenschaft. 365. Der Sozialismus in der Kunst. 366. Der Sozialismus in der Literatur. 367. Der Sozialismus in der Philosophie. 368. Der Sozialismus in der Ethik. 369. Der Sozialismus in der Politik. 370. Der Sozialismus in der Religion. 371. Der Sozialismus in der Wissenschaft. 372. Der Sozialismus in der Kunst. 373. Der Sozialismus in der Literatur. 374. Der Sozialismus in der Philosophie. 375. Der Sozialismus in der Ethik. 376. Der Sozialismus in der Politik. 377. Der Sozialismus in der Religion. 378. Der Sozialismus in der Wissenschaft. 379. Der Sozialismus in der Kunst. 380. Der Sozialismus in der Literatur. 381. Der Sozialismus in der Philosophie. 382. Der Sozialismus in der Ethik. 383. Der Sozialismus in der Politik. 384. Der Sozialismus in der Religion. 385. Der Sozialismus in der Wissenschaft. 386. Der Sozialismus in der Kunst. 387. Der Sozialismus in der Literatur. 388. Der Sozialismus in der Philosophie. 389. Der Sozialismus in der Ethik. 390. Der Sozialismus in der Politik. 391. Der Sozialismus in der Religion. 392. Der Sozialismus in der Wissenschaft. 393. Der Sozialismus in der Kunst. 394. Der Sozialismus in der Literatur. 395. Der Sozialismus in der Philosophie. 396. Der Sozialismus in der Ethik. 397. Der Sozialismus in der Politik. 398. Der Sozialismus in der Religion. 399. Der Sozialismus in der Wissenschaft. 400. Der Sozialismus in der Kunst. 401. Der Sozialismus in der Literatur. 402. Der Sozialismus in der Philosophie. 403. Der Sozialismus in der Ethik. 404. Der Sozialismus in der Politik. 405. Der Sozialismus in der Religion. 406. Der Sozialismus in der Wissenschaft. 407. Der Sozialismus in der Kunst. 408. Der Sozialismus in der Literatur. 409. Der Sozialismus in der Philosophie. 410. Der Sozialismus in der Ethik. 411. Der Sozialismus in der Politik. 412. Der Sozialismus in der Religion. 413. Der Sozialismus in der Wissenschaft. 414. Der Sozialismus in der Kunst. 415. Der Sozialismus in der Literatur. 416. Der Sozialismus in der Philosophie. 417. Der Sozialismus in der Ethik. 418. Der Sozialismus in der Politik. 419. Der Sozialismus in der Religion. 420. Der Sozialismus in der Wissenschaft. 421. Der Sozialismus in der Kunst. 422. Der Sozialismus in der Literatur. 423. Der Sozialismus in der Philosophie. 424. Der Sozialismus in der Ethik. 425. Der Sozialismus in der Politik. 426. Der Sozialismus in der Religion. 427. Der Sozialismus in der Wissenschaft. 428. Der Sozialismus in der Kunst. 429. Der Sozialismus in der Literatur. 430. Der Sozialismus in der Philosophie. 431. Der Sozialismus in der Ethik. 432. Der Sozialismus in der Politik. 433. Der Sozialismus in der Religion. 434. Der Sozialismus in der Wissenschaft. 435. Der Sozialismus in der Kunst. 436. Der Sozialismus in der Literatur. 437. Der Sozialismus in der Philosophie. 438. Der Sozialismus in der Ethik. 439. Der Sozialismus in der Politik. 440. Der Sozialismus in der Religion. 441. Der Sozialismus in der Wissenschaft. 442. Der Sozialismus in der Kunst. 443. Der Sozialismus in der Literatur. 444. Der Sozialismus in der Philosophie. 445. Der Sozialismus in der Ethik. 446. Der Sozialismus in der Politik. 447. Der Sozialismus in der Religion. 448. Der Sozialismus in der Wissenschaft. 449. Der Sozialismus in der Kunst. 450. Der Sozialismus in der Literatur. 451. Der Sozialismus in der Philosophie. 452. Der Sozialismus in der Ethik. 453. Der Sozialismus in der Politik. 454. Der Sozialismus in der Religion. 455. Der Sozialismus in der Wissenschaft. 456. Der Sozialismus in der Kunst. 457. Der Sozialismus in der Literatur. 458. Der Sozialismus in der Philosophie. 459. Der Sozialismus in der Ethik. 460. Der Sozialismus in der Politik. 461. Der Sozialismus in der Religion. 462. Der Sozialismus in der Wissenschaft. 463. Der Sozialismus in der Kunst. 464. Der Sozialismus in der Literatur. 465. Der Sozialismus in der Philosophie. 466. Der Sozialismus in der Ethik. 467. Der Sozialismus in der Politik. 468. Der Sozialismus in der Religion. 469. Der Sozialismus in der Wissenschaft. 470. Der Sozialismus in der Kunst. 471. Der Sozialismus in der Literatur. 472. Der Sozialismus in der Philosophie. 473. Der Sozialismus in der Ethik. 474. Der Sozialismus in der Politik. 475. Der Sozialismus in der Religion. 476. Der Sozialismus in der Wissenschaft. 477. Der Sozialismus in der Kunst. 478. Der Sozialismus in der Literatur. 479. Der Sozialismus in der Philosophie. 480. Der Sozialismus in der Ethik. 481. Der Sozialismus in der Politik. 482. Der Sozialismus in der Religion. 483. Der Sozialismus in der Wissenschaft. 484. Der Sozialismus in der Kunst. 485. Der Sozialismus in der Literatur. 486. Der Sozialismus in der Philosophie. 487. Der Sozialismus in der Ethik. 488. Der Sozialismus in der Politik. 489. Der Sozialismus in der Religion. 490. Der Sozialismus in der Wissenschaft. 491. Der Sozialismus in der Kunst. 492. Der Sozialismus in der Literatur. 493. Der Sozialismus in der Philosophie. 494. Der Sozialismus in der Ethik. 495. Der Sozialismus in der Politik. 496. Der Sozialismus in der Religion. 497. Der Sozialismus in der Wissenschaft. 498. Der Sozialismus in der Kunst. 499. Der Sozialismus in der Literatur. 500. Der Sozialismus in der Philosophie. 501. Der Sozialismus in der Ethik. 502. Der Sozialismus in der Politik. 503. Der Sozialismus in der Religion. 504. Der Sozialismus in der Wissenschaft. 505. Der Sozialismus in der Kunst. 506. Der Sozialismus in der Literatur. 507. Der Sozialismus in der Philosophie. 508. Der Sozialismus in der Ethik. 509. Der Sozialismus in der Politik. 510. Der Sozialismus in der Religion. 511. Der Sozialismus in der Wissenschaft. 512. Der Sozialismus in der Kunst. 513. Der Sozialismus in der Literatur. 514. Der Sozialismus in der Philosophie. 515. Der Sozialismus in der Ethik. 516. Der Sozialismus in der Politik. 517. Der Sozialismus in der Religion. 518. Der Sozialismus in der Wissenschaft. 519. Der Sozialismus in der Kunst. 520. Der Sozialismus in der Literatur. 521. Der Sozialismus in der Philosophie. 522. Der Sozialismus in der Ethik. 523. Der Sozialismus in der Politik. 524. Der Sozialismus in der Religion. 525. Der Sozialismus in der Wissenschaft. 526. Der Sozialismus in der Kunst. 527. Der Sozialismus in der Literatur. 528. Der Sozialismus in der Philosophie. 529. Der Sozialismus in der Ethik. 530. Der Sozialismus in der Politik. 531. Der Sozialismus in der Religion. 532. Der Sozialismus in der Wissenschaft. 533. Der Sozialismus in der Kunst. 534. Der Sozialismus in der Literatur. 535. Der Sozialismus in der Philosophie. 536. Der Sozialismus in der Ethik. 537. Der Sozialismus in der Politik. 538. Der Sozialismus in der Religion. 539. Der Sozialismus in der Wissenschaft. 540. Der Sozialismus in der Kunst. 541. Der Sozialismus in der Literatur. 542. Der Sozialismus in der Philosophie. 543. Der Sozialismus in der Ethik. 544. Der Sozialismus in der Politik. 545. Der Sozialismus in der Religion. 546. Der Sozialismus in der Wissenschaft. 547. Der Sozialismus in der Kunst. 548. Der Sozialismus in der Literatur. 549. Der Sozialismus in der Philosophie. 550. Der Sozialismus in der Ethik. 551. Der Sozialismus in der Politik. 552. Der Sozialismus in der Religion. 553. Der Sozialismus in der Wissenschaft. 554. Der Sozialismus in der Kunst. 555. Der Sozialismus in der Literatur. 556. Der Sozialismus in der Philosophie. 557. Der Sozialismus in der Ethik. 558. Der Sozialismus in der Politik. 559. Der Sozialismus in der Religion. 560. Der Sozialismus in der Wissenschaft. 561. Der Sozialismus in der Kunst. 562. Der Sozialismus in der Literatur. 563. Der Sozialismus in der Philosophie. 564. Der Sozialismus in der Ethik. 565. Der Sozialismus in der Politik. 566. Der Sozialismus in der Religion. 567. Der Sozialismus in der Wissenschaft. 568. Der Sozialismus in der Kunst. 569. Der Sozialismus in der Literatur. 570. Der Sozialismus in der Philosophie. 571. Der Sozialismus in der Ethik. 572. Der Sozialismus in der Politik. 573. Der Sozialismus in der Religion. 574. Der Sozialismus in der Wissenschaft. 575. Der Sozialismus in der Kunst. 5

